

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 13 vom 27. März 1981

15. Jahrgang

1 DM

Heute Reallohnabbau und morgen schon direkte Lohnkürzung?

Den Raubzug der Unternehmer abwehren!

Kapital will „lohnpolitische Wende“ erzwingen

Inzwischen haben mehr als eine Million Metaller mit Warnstreiks gegen die beispiellos provokative Haltung von Gesamtmetall bei den Tarifverhandlungen protestiert! Aus Furcht vor der großen Kampfbereitschaft in den Betrieben sahen sich die Unternehmer gezwungen, ihr total verhandlungsunfähiges „Angebot“ von 2,5 Prozent nach und nach auf zuletzt vier Prozent aufzustocken. An ihrem Ziel, die Reallohne in diesem Jahr drastisch zu senken, halten sie jedoch stur fest.

So hat sich die Unternehmenseite in der vergangenen Woche eine neue unerhörte Provokation erlaubt: Eine bereits Anfang März unterzeichnete Tarifvereinbarung mit der IG Metall über eine Lohnerhöhung von 5 Prozent für die 25000 Beschäftigten im Tankanlagenbau haben die Unternehmer vor Ablauf der Erklärungsfrist platzen lassen! Dies, obwohl völlig klar ist, daß eine 5prozentige Lohnerhöhung unterm Strich einen erheblichen Reallohnabbau bedeutet.

Der Verdacht der IG Metall, daß dieses in der jüngeren Tarifgeschichte einmalige Verhalten der Unternehmenseite offensichtlich auf Druck übergeordneter Unternehmerorganisationen zustandekam, dürfte nur zu berechtigt sein. Bereits vor und dann auch während der diesjährigen Lohnrunde haben Sprecher des Großkapitals immer wieder zu erkennen gegeben, daß das Jahr 1981 für sie eine Schlüsselrolle in der Lohnpolitik einnimmt. Unzweifelhaft haben die Führer der Kapitalistenverbände ausgespro-

chen, daß sie in der jetzigen Tarifrunde unbedingt die „lohnpolitische Wende“ für die achtziger Jahre durchsetzen wollen.

Seit Beginn der Krisenperiode im Jahr 1973 sind die Reallohnabbaue der Arbeiter und kleinen Angestellten in der Bundesrepublik und in Westberlin nicht mehr gewachsen. Sogar nach offiziellen Angaben sind im vergangenen Jahr die Reallohne insgesamt gesunken. Angesichts dieser Tatsache kann das Gerücht von einer „Wende“ in der Lohnpolitik nur eines bedeuten: Vom Einfrieren des Lebensstandards soll nun der Schritt zu einer massiven Senkung durchgesetzt werden.

Heute Reallohnabbau, im kommenden Jahr vielleicht „Lohnpause und dann 1983 direkte Lohnkürzung? Bereiten die Herren Profithaien bereits das Terrain für „Minusangebote“ in den Tarifrunden kommenden Jahre vor?

Solche Befürchtungen sind weder bloße Spekulation noch Schwarzseherei. Die unaufhaltsame Verschärfung der Krise sollen nach dem Willen der

Monopolherren wir Arbeiter und Angestellten durch Lohn- und Gehaltsabbau ausbaden, damit sie ihre Superprofite auch weiterhin steigern können!

Von daher ist es völlig untragbar, wenn die Gewerkschaftsführer praktisch nur noch um das Ausmaß eines Reallohnabbaus in dieser Tarifrunde feilschen, anstatt der lohnpolitischen Kriegserklärung des Kapitals mit dem konsequenten Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfmittel zu begegnen. Es ist ein Skandal, daß ÖTV-Boss Kluncker sich in der jetzigen Situation hinstellt und erklärt, ein Reallohnabbau im öffentlichen Dienst müsse halt geschluckt werden.

Die Warnstreiks der vergangenen Wochen in der Metallindustrie haben eine große Kraft und Kampfbereitschaft in den Betrieben offenbart.

Die nötige gewerkschaftliche Kampfkraft zur Abwehr des Lohnraubfeldzuges ist vorhanden. Sie muß nur organisiert zum Einsatz gebracht werden!



Stahlwerk bauen — Arbeitsplätze erhalten!

Diese ihre Forderung unterstrichen etwa 200 Hoesch-Kollegen mit einer eindrucksvollen Aktion in der Hauptverwaltung des Unternehmens in Dortmund: Vor Beginn der Aufsichtsrats-sitzung am 23.3. überbrachten sie den Kapitalsvertretern einen schwarzen Sarg, in dem der neueste Vorstandsplan beerdigt werden sollte. Dieser sieht 5000 Entlassungen auf der Hütte vor, ein neuer Schritt zum Tod der Stahlstadt Dortmund. Mehrere Kollegen sagten den Aufsichtsräten ihre Meinung. Großen Beifall von den Kollegen erhielt dabei auch der RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon.

Kommunalwahlen in Hessen

Große Erfolge für die Grünen

CDU behauptet sich in Frankfurt

WIESBADEN. — Das herausragende Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen waren teilweise sensationelle Erfolge der Grünen und verschiedener Wählergemeinschaften. An erster Stelle ist hier die nordhessische Gemeinde Volkmarsen zu nennen.

Sie ist von der Landesregierung als einer der möglichen Standorte für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage vorgesehen. Hier errang eine gegen dieses Projekt gegründete Bürgerinitiative 41,6 Prozent der Stimmen. In Mörfelden-Walldorf, wo es seit Monaten starke Proteste gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens gibt, kamen die Grünen auf 25,7 und die DKP auf 8,4 Prozent. Hier verloren die SPD 14 und die CDU acht Prozent.

Die Grünen konnten unter anderem in Frankfurt, Kassel, Offenbach, Gießen und Mar-

burg die undemokratische Fünf-Prozent-Hürde überspringen. In Frankfurt, der größten hessischen Stadt, baute die CDU ihre absolute Mehrheit weiter aus und kam auf 54,2 Prozent. Die SPD machte für ihr insgesamt schlechtes Abschneiden den starken Rückgang in der Wahlbeteiligung verantwortlich. Tatsächlich hat die SPD nicht nur an Grüne und Wählergemeinschaften verloren. Es sind wohl auch überwiegend traditionelle Wähler dieser Partei gewesen, die aus Enttäuschung über die reaktionäre Politik der SPD-Landesregierung am Sonntag zu Hause blieben.

Delegation der KPD besuchte Albanien

Auf Einladung des ZK der Partei der Arbeit Albaniens besuchte vor kurzem eine Delegation der KPD unter Leitung von Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der Partei und des Genossen Horst-Dieter Koch, Mitglied des Politbüros, die Sozialistische Volksrepublik Albanien.

Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Ramis Alia, empfing die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands und führte mit ihr Gespräche über eine Reihe Probleme von gemeinsamem Interesse. Die Gespräche fanden im Geist der marxistisch-leninistischen Einheit, des proletarischen Internationalismus und der aufrichtigen Freundschaft, der die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien kennzeichnet, statt. Am Gespräch nahmen außerdem teil das Mitglied des Zentralkomitees der PAA, Behar Shtylla, der Leiter der Auslandsabteilung beim Zentralkomitee der PAA, Agim Popa, und andere Genossen.

Während ihres Aufenthalts in Albanien besuchte die Delegation der Partei die Bezirke Kruja, Fieri, Berat, Gjirokaster und Saranda, wo sie mit Werktätigen, Kommunisten und Kadern dieser Bezirke zusammentraf und herzliche und freundschaftliche Gespräche mit ihnen führte.

Kritische Lage in Polen

Streiks nach Polizeieinsatz

Manöver des Warschauer Pakts in Polen

WARSAWA — Durch einen brutalen Übergriff des Staatsapparats hat sich die Lage in Polen am Wochenende erneut zugespitzt. In Bydgoszcz stürmten 200 Polizisten ein Gebäude der Bezirksregierung, in dem eine Gruppe von Bauern schon seit Tagen einen Sitzstreik durchgeführt hatte.

Die Bauern, unter denen sich auch Mitglieder der Gewerkschaft „Solidarität“ befanden, wurden gewaltsam vertrieben. Zwei Gewerkschafter wurden während der Räumung in eine dunkle Ecke gezerrt und dort zusammengeschlagen. Die Arbeiter in Bydgoszcz und einigen anderen Städten reagierten auf den brutalen Überfall mit zweistündigen Warnstreiks. Die Gewerkschaft „Solidarität“ erklärte außerdem am Freitag im ganzen Land Streikbereitschaft.

Es ist nicht auszuschließen, daß der Überfall eine gezielte

Provokation im Zusammenhang mit den Manövern des Warschauer Pakts war, die letzte Woche auf dem Gebiet Polens, der DDR, der Tschechoslowakei und der westlichen Sowjetunion begannen haben. 1968 war ein ähnliches Manöver der Auftakt für die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei gewesen. Von daher liegt es nahe, daß mit dem Polizeiüberfall eine Situation geschaffen werden sollte, die der Sowjetunion einen Vorwand für ein militärisches Eingreifen in Polen liefern könnte.

Terror der türkischen Junta

164 Todesurteile beantragt

ANKARA. — Mit faschistischem Terror versucht die Junta der türkischen Generäle den Widerstand des Volkes zu ersticken. Wie türkische Zeitungen jetzt berichteten, sind allein in der Militärregion Ankara seit dem Putsch 164 Todesurteile von Staatsanwälten bei Prozessen vor Militärgericht beantragt worden.

Diese Tatsache entlarvt auch noch einmal in aller Deutlichkeit die Propaganda der Junta und ihrer ausländischen Unterstützer, der Putsch vom 12. September hätte sich gegen Terroristen gerichtet. Denn bei 132 der Gefangenen, gegen die ein Todesurteil beantragt wurde, handelt es sich um Angehörige demokratischer und revolutionärer Organisationen. Darunter sind auch 35 Sympathisanten von „Halkin Kurtulusu.“

Insgesamt wurden nach den Angaben der türkischen Presse in der Region Ankara seit dem Putsch 1319 Prozesse gegen

4848 Menschen eröffnet. Viele von ihnen sind schon zu lebenslänglichen Kerkerstrafen verurteilt worden.

Wer könnte angesichts dieses systematischen Terrors noch daran zweifeln, daß die Junta in Ankara zu allem bereit ist, daß sie die demokratische und revolutionäre Bewegung in der Türkei ausrotten will? Bonn muß endlich seine Unterstützung für dieses Mordregime aufgeben. Schluß mit der Türkei-Hilfe! Weg mit den Todesurteilen! Freiheit für die eingekerkerten Demokraten in der Türkei!



Politische Gefangene in der Türkei

Kommentar der Woche

„Das haben Sie hervorragend gemacht.“ Mit diesem dicken Lob bedachte Kanzler Schmidt seinen Außenminister nach dessen Rückkehr aus Washington. Genscher hatte dort vollständige Einheit mit seinem amerikanischen Amtskollegen Haig demonstriert.

Das ist an sich noch nichts Besonderes. Eine solche Einheit war ja bei den westdeutsch-amerikanischen Gesprächen in den letzten Jahren immer wieder hergestellt worden. Und konkret bestand sie darin, daß Bonn zu den jeweils letzten Schritten bei den amerikanischen Kriegsvorbereitungen Ja und Amen sagte. So war es denn auch dieses Mal. Haig verlangte Basen für die amerikanische Eingreiftruppe auf dem Boden der Bundesrepublik. Genscher beeilte sich, diese Forderung zu erfüllen.

Klarstellung aus Washington

Schmidts Lob für seinen Außenminister aber galt einem anderen Ergebnis der jüngsten Gespräche. Genscher hatte es nämlich verstanden, die in Washington erzielte Einheit geschickt für den innenpolitischen Gebrauch in der Bundesrepublik umzuinterpretieren. Er habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß auch bei der Reagan-Regierung die Bereitschaft zu Rüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion vorhanden sei.

Von Bedeutung ist diese Interpretation vor allem für die Durchsetzung des NATO-Raketenbeschlusses. Schmidt und Genscher haben ihn immer wieder als Doppelbeschluß bezeichnet, der im wesentlichen ein Angebot an die Sowjetunion zur Abrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen beinhalten würde. Erst wenn solche Verhandlungen scheitern sollten, wäre der Weg frei für die von der amerikanischen Supermacht betriebene Stationierung der 572 Atomraketen vom Typ Pershing 2 und Cruise missile in Westeuropa.

Mit dieser Auslegung des NATO-Beschlusses hatten sich die SPD-Führer auf den letzten Parteitagen die zum Teil sehr knappen Mehrheiten für die neuen Atomraketen beschafft. Und jedermann weiß in Bonn, daß diese Mehrheiten jäh gefährdet wären, wenn sich zu offensichtlich zeigen sollte, daß der angebliche Doppelcharakter des NATO-Beschlusses nur ein Täuschungsmanöver ist, das die wirkliche Absicht verdecken soll: nämlich in Westeuropa ein Raketenpotential zu stationieren, mit dem die amerikanische Supermacht einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führen kann, ohne ihr eigenes Territorium zu gefährden.

Aber Genscher hat ja in Washington vollständige Einheit erzielt. Auch die Amerikaner wollen erst verhandeln und dann stationieren. Wirklich hervorragend gemacht von unserem Außenminister. Aber dann kam die kalte Dusche.

Per Fernsehinterview erklärte in den USA ein Herr Richard Pipes: Jegliche Verhandlungen mit der Sowjetunion seien sinnlos. „Von der Entspannung ist nichts mehr übrig.“ Moskau habe heute überhaupt nur noch eine Wahl: Entweder das System friedlich zu ändern oder „in den Krieg zu ziehen.“ Und es folgte auch noch ein Tiefschlag gegen die Bundesregierung, die viel zu empfänglich für sowjetische Überredungskünste wäre.

Nun ist dieser Pipes nicht irgendwer. Er gehört dem Nationalen Sicherheitsrat — der eigentlichen Regierung in den USA — an und bekleidet dort die Funktion des Sowjetexperten. Verständlich also, daß seine offeneren Äußerungen in Bonn Verstörung auslösten.

Reagans Außenminister Haig schickte dann zwar dem Pipes-Interview eine Telegramm an Genscher hinterher, in dem er versicherte, die von dem Sowjetexperten geäußerte Meinung sei nicht die der US-Regierung. Aber was hat das schon zu bedeuten? In frischer Erinnerung ist noch die amerikanische Verwirrungsstrategie um die Neutronenbombe. Kriegsminister Weinberger hatte ihren Bau und ihre Stationierung angekündigt. Auch damals schickte Haig einen Brief an die europäischen „Verbündeten“ und tröstete sie, das sei alles nicht so gemeint gewesen. Vor sieben Wochen aber brach Weinberger dann die Neutronenbombe erneut ins Spiel.

Die gleiche Strategie kann man jetzt auch in der Frage der Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen erkennen. Einige Reagan-Leute versuchen die diplomatischen Formen zu bewahren und den „Verbündeten“ die Gelegenheit zu Verschleierungsmanövern zu geben, wie sie Genscher nach seiner USA-Reise durchgeführt hat. Andere wiederum nehmen da keine Rücksichten mehr und sagen im Klartext, was Sache ist. Und was Pipes in seinem Interview so offenerzichtig ausplauderte, ist schließlich genau das, was Reagan gegenwärtig auch praktisch tut.

Detlef Schneider

Justizpolitische Debatte im Bundestag

Union beharrt auf schärferem Kurs

Alle Parteien beklagen sinkendes „Rechtsbewußtsein“

BONN. — Die Frage, wie der Staat am besten mit dem wachsenden Widerstand der Werktätigen und der Jugend fertigwerden kann, stand im Mittelpunkt der justizpolitischen Debatte im Bundestag. Dabei bekräftigten die Redner im wesentlichen die Positionen ihrer Parteien, wie sie sich in den Diskussionen der letzten Wochen schon abgezeichnet hatten.

Die Bundestagsdebatte stand deutlich unter dem Eindruck der großen Protestaktionen der letzten Zeit. Vor allem die Brokdorfer Demonstration und die Aktionen gegen die Wohnungsnot wurden immer wieder angesprochen. In bemerkenswerter Einhelligkeit beklagten die Sprecher sowohl der Koalition wie auch der CDU/CSU, daß große Teile insbesondere der Jugend nicht mehr bereit seien, sich mit dem Bonner Staat und seiner „Rechtsordnung“ zu identifizieren.

hende Verbote und Gesetze des bürgerlichen Staates hinweggesetzt. Man denke nur an die 100 000, die aktiv das Brokdorfer Demonstrationsverbot durchbrachen. Und wenn allein in Westberlin Hausbesetzer in über hundert Fällen die „Achtung vor dem Eigentum“ der Besitzer vermissen ließen, dann ist es auch nicht allein diese Tatsache, die bürgerliche Politiker aller Parteien so sehr beunruhigt. Noch mehr dürfte sie erschrecken haben, daß — trotz aller massiven Hetze — ein



Demonstration gegen die Massenverhaftung in Nürnberg

Justizminister Schmude zeigte sich beunruhigt über die zunehmende „Staatsverdrossenheit“ vor allem bei der Jugend, und er erklärte, man könne sich „auf Dauer nicht mit der Absonderung großer Gruppen abfinden, die außerhalb des allgemeinen Rechtsbewußtseins stehen“. Noch deutlicher wurde der CDU-Abgeordnete Erhard: „Es fällt auf, daß immer weniger Achtung vor dem Recht, auch immer weniger Achtung vor der Person und ihrem Eigentum in unserem Volk anzutreffen ist.“

Tatsächlich haben sich ja bei den Kämpfen der jüngsten Zeit unzählige Menschen über beste-

großer Teil der Werktätigen solche „illegalen“ Aktionen wie Hausbesetzungen gutheißt.

Natürlich denken weder die Koalitionen noch die CDU/CSU daran, die Ursachen für die Kämpfe der letzten Zeit zu beseitigen. Was etwa die Wohnungsnot betrifft, sehen beide die „Lösung“ im wesentlichen darin, daß über die Erhöhung der Mieten für die Kapitalisten ein „Anreiz“ dazu geschaffen wird, wieder im Wohnungsbau zu investieren. Unterschiedliche Standpunkte wurden bei der Bundestagsdebatte jedoch in der Frage deutlich, wie auf den wachsenden Widerstand und die zunehmende „Staatsverdrossenheit“ zu reagieren sei.

Schmude unterstützte den „Kurs der Verhältnismäßigkeit“, wie ihn gegenwärtig der Westberliner SPD/FDP-Senat gegenüber den Hausbesetzern anwendet. Das bedeutet, man verzichtet auf den massiven Einsatz des Staatsapparats in der Erkenntnis, daß dadurch eine breite Solidaritätswelle ausgelöst und sich der Widerstand noch verstärken würde, von dem dann auch Teile der eigenen Parteibasis erfaßt wären. Stattdessen demonstriert man die „Dialogbereitschaft“ in der Hoffnung, den Widerstand spalten und seinen konsequentesten Teil unbehelligt ausschalten zu können.

Die CDU/CSU dagegen will das ganze Problem nach dem Modell Nürnberg erledigen. Sie unternahm jetzt zum fünften Mal in den letzten Jahren einen Vorstoß zur Verschärfung des Demonstrationsrechts. Dabei geht es ihr vor allem darum, den Landfriedensbruchparagrafen in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen. Das bedeutet: Alle Teilnehmer einer Demonstration, aus der heraus Gewalt angewandt wird, sollen wegen Landfriedensbruchs angeklagt werden können. In der Konsequenz und etwa auf die Brokdorfer-Demonstration bezogen hieße das: Wenn auch nur ein Molli über den Bauzaun geworfen würde, könnten Zehntausende von Demonstranten für Monate oder gar für Jahre hinter Gitter gebracht werden.

Weil Strauß und seine Kumpane wissen, daß sie für diesen Vorstoß, der ja faktisch die Aufhebung des Demonstrationsrechts überhaupt bedeuten würde, gegenwärtig im Bundestag keine Mehrheit erhalten, haben sie jetzt eine reaktionäre Kampagne in den von ihnen regierten Bundesländern begonnen. Dazu gehören die von Strauß veranlaßte Massenverhaftung von Nürnberg, die besonders brutalen Polizeieinsätze in Freiburg und natürlich auch die Ankündigungen einer

verstärkten Aufrüstung der Polizei.

Bezeichnender Weise war es auch hier die bayrische Straußregierung, die den ersten Schritt machte, nämlich mit der Ankündigung von Innenminister Tandler, die bayrische Polizei werde künftig mit Gummigeschossen und Giftgas gegen Demonstranten vorgehen. Inzwischen hat auch der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) erklärt: „Wir müssen ein Mittel in die Hand bekommen, das es ermöglicht, über den Schlagstock hinaus die Angreifer auf Distanz zu halten.“ Und ebenso wie zuvor schon Tandler sagte auch Möcklinghoff, sein Land würde in der Polizeibewaffnung einen Alleingang unternehmen, wenn sich die Innenminister auf ihrer nächsten Konferenz am 6. Mai nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen würden.

Amnestie für Hausbesetzer gefordert

WESTBERLIN. — Ein von der Humanistischen Union, der GEW, den Judos, Jusos, Falken und den Evangelischen Studentengemeinden getragenes Komitee tritt in Westberlin für eine Amnestierung der inhaftierten Hausbesetzer ein. Unterstützt wird diese Forderung unter anderem von dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Albrecht, von dem Westberliner FDP-Vorstandsmitglied Loch und von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Coppik.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Wolf, appellierte an die Bundesregierung, ein Amnestiegesetz für das ganze Bundesgebiet zu erlassen.

Wie notwendig die Durchkämpfung dieser Forderungen gerade in Westberlin ist, zeigte sich erneut am vergangenen Mittwoch. Ein Schöffengericht verurteilte einen 22-jährigen Studenten wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Der Student hatte am 15. Februar an einer Hausbesetzerdemonstration teilgenommen. Zwei Polizisten wollen gesehen haben, daß er während dieser Demonstration Steine in Schaufenster geworfen hat. Der Student bestritt diese Vorwürfe nachdrücklich. Dennoch wurde er verurteilt.

Dieser Fall zeigt erneut, daß auch in Westberlin neben der „weichen Welle“ des Senats (der gegenwärtig auf die polizeiliche Räumung der besetzten Häuser verzichtet) mit der brutalen Abschreckungsstrategie gearbeitet wird.

NATO-Atomtagung in Bonn

Massendemonstration gegen Atomraketen

BONN. — Zum ersten Mal in der Geschichte des westlichen Kriegspakts tritt die Nukleare Planungsgruppe der NATO in Bonn zusammen. Wenige Tage vor Beginn der Sitzung wird in Bonn eine Demonstration durchgeführt, zu der eine große Zahl von politischen, kirchlichen, antimilitaristischen und Jugendorganisationen aufgerufen hat. Auch unsere Partei und die VOLKSFRONT werden sich an der Demonstration beteiligen.

Es ist kein Zufall, daß die NATO ihre Tagung zur weiteren Planung der Atomstrategie ausgerechnet nach Bonn verlegt

hat. Denn die Bundesrepublik spielt in den Plänen der amerikanischen Kriegstreiber und ihres Militärpakts eine Schlüssel-

rolle. Unser Land, das heute schon die größte Atomwaffen-dichte der ganzen Welt aufweist, soll auch den überwiegenden Teil der neuen atomaren Mittelstreckenraketen aufnehmen.

Die Bundesregierung, darüber können alle politischen Manöver nicht hinwegtäuschen, ist bereit, der amerikanischen Atomkriegsstrategie bedingungslos zu folgen. Sie will unser Land zum Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges machen. Deswegen sind gerade in der Bundesrepublik alle friedliebenden Menschen gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Pläne der Kriegstreiber zu vereiteln.



Keine Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik!

Demonstration am 4. April

Beginn: 11 Uhr Parkplatz Römerstraße (Nähe Autobahnausfahrt Bonn-Auerberg)

Kundgebung: 12 Uhr Münsterplatz

Es sprechen unter anderem Prof. Karl Bechert (BRD) und General a.D. Nino Pasti (Italien)

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Zuspitzung in der Lohnrunde '81

Bauarbeiter lehnen 4-Prozent-Abschluß ab!

Beispiellose Breite der Lohnbewegung

Die Metaller in den Betrieben und die Bauarbeiter in ihrer Gewerkschaft haben den Bossen und Bonzen kräftig eingeheizt. In der Metallindustrie sind es inzwischen mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte, die mit Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft bewiesen haben. Zur gleichen Zeit kam es in der IG Bau-Steinerden zu einem regelrechten Aufstand gegen die Gewerkschaftsführung wegen des 4-Prozent-Schandabschlusses.

Eine Million Metaller innerhalb von drei Wochen im Warnstreik. Hunderte von Arbeiterdemonstrationen, bei denen die Streikenden ihre Lohnforderungen bekräftigten und in vielen Fällen von der IGM-Führung den Abbruch der Verhandlungen und die Einleitung des Vollstreiks forderten. Eine solche breite Tarifbewegung hat es bisher noch nie gegeben! Ob die IGM-Führung sich das so vorgestellt hat, als sie ihre Taktik der „neuen Beweglichkeit“ austüftelte?

Natürlich lassen sich die Unternehmen allein mit Warnstreiks von ihrem entscheidenden Ziel, einem deutlichen Reallohnabbau in dieser Tarifrunde, nicht abbringen, und seien es noch so viele.

Aber die Tatsache, daß zahlreiche Betriebe zum ersten Mal seit vielen Jahren bestreikt wurden, daß andererseits manche Belegschaften schon zum dritten Mal in dieser Tarifrunde die Brocken hinwarfen, daß über eine Million Metaller in Aktion

getreten sind, hat die Herren ganz schön nervös gemacht!

Ebenso auch die Tatsache, daß der 4-Prozent-Abschluß in der Bauindustrie im ganzen Bundesgebiet von zahlreichen Konferenzen der IG Bau empört abgelehnt wurde.

In Baden Baden-Württemberg haben alle Bezirke der IG Bau den Abschluß mit Mehrheit zurückgewiesen. Von den 110 Delegierten des Landesbezirkstages Nordmark der IG Bau stimmten 108 gegen den Abschluß. Auch in Hannover, Dortmund, Lüdenscheld, Bottrop, Essen, Oberhausen und Mülheim wurde der Abschluß auf Funktionärsgründen der IG Bau verurteilt.

Von den 112 Delegierten des Landesbezirkstages Oberhausen/Mülheim der IG Bau wiesen 70 Kollegen den Abschluß zurück. Die Gewerkschafter erklärten, sie fühlten sich „belogen und betrogen“ und sie forderten, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Am 26. März läuft die Erklärungsfrist für den Tarifabschluß in der IG Bau ab. Es wäre also kein Problem für die IG-Bau-Führer, den 4-Prozent-Abschluß platzen zu lassen und damit dem erklärten Willen der Basis Rechnung zu tragen.

Bosse und Bonzen wollten den 4-Prozent-Abschluß in der Bauindustrie benutzen, um einen Reallohnabbau für die gesamte Tarifrunde in allen Branchen vorzuprogrammieren. Der Aufstand der Basis in der IG Bau hat ihnen diese Suppe versalzen. Den Metallern wurde so durch die Bauarbeiter der Rücken gestärkt.

Inzwischen haben auch in der Druckindustrie die Tarifverhandlungen begonnen. Ebenso auch im öffentlichen Dienst. Damit ist eine Situation entstanden, die die Unternehmer eigentlich verhindern wollten: In mehreren wichtigen Branchen findet jetzt gleichzeitig der Kampf gegen einen Reallohnabbau statt.

Diese Situation kann von den Gewerkschaften ausgenutzt werden, um sich gegenseitig den Rücken zu stärken. Wenn die IG Metall jetzt den längst überfälligen Schritt täte, mit Urabstimmung und Vollstreik den Unternehmern den Daumen aufs Auge zu setzen, so wäre ihr die handfeste Solidarität aus anderen Gewerkschaften sicher!

AEG und Solex in Westberlin

2 500 Kollegen gingen auf die Straße

ARBEITERKORRESPONDENZ (Westberlin). — Dienstag, 10.3. morgens um 7.00 Uhr: Vor dem Tor 4 der AEG-Brunnenstraße stehen die Kolleginnen und Kollegen dicht an dicht: Warnstreik!

Zum ersten Mal seit 24 Jahren wieder ein Streik während einer Tarifrunde in unserem Betrieb! Beifall klingt auf, als 200 Kolleginnen und Kollegen von Solex-Scheringstraße anmarschiert kommen. Der vereinte Zug zählt dann 2 500 Menschen: die bisher größte Demonstration zur Lohnrunde in Westberlin. Mehr als drei Viertel der anwesenden AEG-Belegschaft beteiligt sich.

Das ist eine machtvolle Absage an die provokatorischen 2,5 Prozent des Unternehmer-

verbandes. Eine deutliche Absage aber auch an jene Betriebsrats- und Gewerkschaftsführer, die immer gejammert haben „Wir sind doch so niedrig organisiert; die Kollegen wollen doch nichts machen“.

Oh nein. Die Kollegen waren da. Sie sind sehr wohl kampfbereit. Dabei war es bei der AEG

doch so, daß der Personalchef Dr. Delbos den Kollegen schriftlich drohte, bei Teilnahme am Warnstreik könnten sie schadensersatzpflichtig gemacht und fristlos entlassen werden. Das hat zwar manche Kollegen verunsichert. Andere aber sagten sich aber daraufhin: „Jetzt erst recht!“.

Bosch/Reutlingen

Zum dritten Mal für 8 Prozent gestreikt

ARBEITERKORRESPONDENZ (Reutlingen). — Am vergangenen Freitag traten wir von Bosch in Reutlingen erneut in einen Warnstreik für unsere Lohnforderung nach 8 Prozent, mindestens aber 107 DM. Wir machten eine Demonstration, wobei wir uns unterwegs mit den ebenfalls in den Streik getretenen Kollegen der Firma Stoll vereinten.

Von Bosch waren wir ca. 750 Kollegen; von Stoll waren 280 Kollegen gekommen. So waren wir insgesamt über 1 000 Kollegen. Nach der offiziellen Kundgebung bildete sich dann noch eine spontane Demonstration mit ungefähr 800 Kollegen, die durch ganz Reutlingen zog. Nach einer weiteren Kundgebung marschierten wir dann geschlossen als Demonstrationstruppe zurück zu Bosch.

Unsere Forderung hieß: **Volle Durchsetzung der IGM-Forderung. Eine unserer Sprechparolen lautete: „Statt Bomben und Raketen — gebt uns die Moneten!“**

In der nächsten Woche wird es weitere Aktionen geben. Am Montag soll eine große Jugenddemonstration stattfinden, zu der der Ortsjugendausschuß der IGM aufruft und für den Freitag hat der Frauenausschuß zu einer Frauendemonstration aufgerufen.

teressant ist, mit welcher hämischen Freude das „Handelsblatt“ diesen Beschluß zur Kenntnis genommen hat:

„Tatsächlich liegt Bekleidung bei den Brutto-Stundenverdiensten männlicher Arbeitnehmer an 35. Stelle einer Rangskala von insgesamt 42 Industriebranchen. Bei Stundenverdiensten zwischen 12 und 13 DM (die weiblichen Beschäftigten, die die große Mehrheit der Belegschaften in diesem Industriezweig ausmachen, verdienen noch erheblich weniger — RM) machen 7 Prozent dort dann natürlich auch weit weniger aus als etwa in der Mineralölindustrie, wo über 18 DM verdient werden. Aus all diesen Gründen bedeutet die Forderung für die Textilgewerkschaft die ‚Goldene Sieben‘.“

Lohnforderungen bei Chemie und Textil

„Die ‚Goldene Sieben‘“

In der IG Chemie, Papier, Keramik sollen nach dem Willen des Hauptvorstandes für die rund 570 000 Beschäftigten der chemischen Industrie lediglich 7 Prozent „nackt“ gefordert werden.

Von einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppe wollen Hauenschild und Konsorten nichts wissen. Eine entsprechende Empfehlung für die regionalen Tarifkommissionen der IG Chemie hat der Hauptvorstand am Mittwoch letzter Woche ausgesprochen.

Auch für die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie sollen nur 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt gefordert werden. Dies hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung Anfang März beschlossen. In-



Urabstimmung forderten auch die Metaller in Kassel auf einer Kundgebung am Mittwoch letzter Woche. 5000 Kollegen hatten sich zu der Aktion eingefunden.



Die Belegschaften von AEG-Brunnenstraße und von Solex-Scheringstraße in Westberlin traten am Dienstag, den 10. März bis zu zweieinhalb Stunden in einen Warnstreik.

DGB-Kundgebung gegen Rotstiftspolitik

9 000 Gewerkschafter protestierten gegen SPD-Regierung

DÜSSELDORF. — Rund 9000 Gewerkschafter protestierten am Dienstag vergangener Woche vor und in der Düsseldorfer Philipshalle gegen die arbeiterfeindliche Politik der nordrhein-westfälischen SPD-Regierung.

Die Kundgebung richtete sich in erster Linie gegen die unsoziale Rotstiftspolitik der mit absoluter Mehrheit im Düsseldorfer Landtag residierenden SPD. Auch der Protest gegen die unverfrorene Forderung nach einem „Sonderopfer“ der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die der SPD-Ministerpräsident Johannes Rau mit als erster und am provokativsten erhoben hatte, stand im Vordergrund.

Und die Parolen der Kollegen richteten sich nicht zuletzt auch gegen Reallohnabbau in dieser Lohnrunde.

Keine Sparbeschlüsse, kein Planstellenabbau im öffentlichen Dienst, waren häufig gestellte Forderungen. Eine Parole lautete: „Spart beim Wehrer — nicht bei uns“. Der starke Beifall der aufkam, als der ÖTV-Bezirksleiter Hans Liersch die Landesregierung als „arbeitnehmerfeindlich“ titulierte, zeigt, welcher Zorn sich bei jenen Kollegen angesammelt hat,

die noch vor zehn Monaten mit ihrer Wählerstimme den Herren Rau, Farthmann und Co. zur absoluten Mehrheit und Alleinregierung im Landtag verholfen haben.

Gewerkschafter haben inzwischen auch heftige Kritik an dem Verhalten der höheren Funktionärsebenen im nordrhein-westfälischen DGB ge-

äußert. Offensichtlich wurde von den Bonzen ganz bewußt nicht richtig für die Kundgebung mobilisiert. Sogar viele aktive Gewerkschafter wußten nichts von der Kundgebung, ganz zu schweigen von der Masse der Mitglieder. Es gab keine Flugblätter, keine Plakate und keinerlei sonstige Mittel, mit denen breit zu der Aktion hätte aufgerufen werden können. Daß dennoch 9000 nach Düsseldorf kamen, zeigt, wie stark die Basis für eine machtvolle und kämpferische Aktion gewesen wäre.



Gegen die unsoziale Rotstiftspolitik der NRW-Landesregierung und gegen Reallohnabbau demonstrierten 9000 Gewerkschafter in Düsseldorf.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.	44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.	7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr, 17-19 Uhr.	2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.	5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.
4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr, 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.	6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Röhr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi, - Fr, 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.	4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogala, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schufferblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.	7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Unternehmerkritik am neuen Grundsatzprogramm

Wie wär's mit einer Deutschen Arbeitsfront?

Sprecher des Großkapitals und extrem reaktionärer politischer Kräfte haben auf der einen Seite keinen Hehl aus ihrer Freude über reaktionäre Positionen im neuen Grundsatzprogramm des DGB gemacht, vor allem über die antikommunistische Ausgrenzungsklausel in der Präambel. Auf der anderen Seite hindert sie das jedoch keineswegs, gegen das neue Programm zu hetzen und es sogar in die Ecke der Verfassungseindlichkeit zu stellen.

So „bedauerte“ der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), daß das Programm eine „unmißverständliche Berufung auf die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft zur Lösung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme“ vermissen lasse. Es erhebe stattdessen erneut die Forderungen nach Investitionslenkung, Einsetzung von Wirtschafts- und Sozialräten, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien sowie nach dem Ausbau und der Entwicklung der Mitbestimmung als Instrument zu einer „Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft“.

Am größten ist die Wut der Herren Industrie- und Finanz-

barone allerdings darüber, daß in der Präambel von dem Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit die Rede ist. In grenzenloser Anmaßung fordern die Herren, der DGB solle gefälligst „auf den ständigen Hinweis eines angeblich unlöslichen Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital“ verzichten. Andernfalls würde der DGB den „erforderlichen ordnungspolitischen Mindestkonsens“ sprengen.

In verständlichem Deutsch heißt das, der DGB soll ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Kapitalismus und zur absoluten Enthaltsamkeit gegenüber allen klassenkämpferischen Tendenzen ablegen, andernfalls

machte er sich „verfassungsfeindlicher, staatsgefährdender Bestrebungen“ schuldig. Man muß diese unerhörten Töne des BDI im Zusammenhang mit den verschärften Angriffen der Unternehmerverbände auf das Streikrecht sehen. Zur Zeit versuchen sie sogar schon Warnstreiks als gesetzwidrig zu kriminalisieren!

Wohin diese Herrschaften den Karren wieder lenken möchten, wird vollends deutlich, wenn es in der BDI-Kritik dann auch noch heißt, das ganze Grundsatzprogramm weise „in die falsche Richtung“, denn jetzt werde die „loyale und konstruktive Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen immer dringlicher“.

Das erdreisten sich diejenigen zu sagen, die jetzt rücksichtslos ihre „lohnpolitische Wende“ (sprich: offenen Lohnabbau in den kommenden Jahren) erzwingen wollen! Diejenigen, die zynisch den Aussperkungsknüppel aus dem Sack ho-

len, die androhen, daß sie streikende Arbeiter mit Polizeieinsätzen und strafrechtlicher Verfolgung „zur Raison“ bringen wollen!

Was sie vom DGB da fordern, läuft im Grunde darauf hinaus, daß er aufhören soll, überhaupt noch gewerkschaftliche Grundsätze und Ziele zu artikulieren, um sich stattdessen als reiner Gendarm des Kapitals zur Disziplinierung der Arbeiterklasse zur Verfügung zu stellen. „Loyale und konstruktive Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen“? Wurde dies nicht von der Nazidiktatur gegen alle „marxistischen Gesellschaftsschädlinge“ blutig durchgesetzt?

Damals benutzte man ein schlichteres Wort für die gleiche Sache: „Volksgemeinschaft“! Um diese „Gemeinschaft“ den Arbeitern aufzuzwingen, hat man die Gewerkschaften zerschlagen und durch die faschistische „Deutsche Arbeitsfront“ ersetzt.

Dumme Frage

Wer spaltet die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften spaltet, wer gegen Bosse und Bonzen kämpft.

Wer verteidigt die Einheit der Gewerkschaften?

Die Gewerkschaftseinheit verteidigt, wer gemeinsam mit Strauß und Stoiber, mit „Bild“ und „Handelsblatt“ die „kommunistische Unterwanderung“ bekämpft.

Wer ist für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften?

Für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist, wer gemeinsam mit einem Kanzler Schmidt, mit der Bonner Regierung und den Unternehmerverbänden den „sozialen Frieden“ rettet und verhindert, daß die Gewerkschaften durch konsequenten Kampf gegen Reallohnabbau, und für Arbeitszeitverkürzung die elementarsten Interessen der Arbeiter und Angestellten durchsetzen.

Wer zerstört die Unabhängigkeit der Gewerkschaften?

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zerstört, wer die Gewerkschaften als Kampforchestration der Arbeiterklasse versteht und dagegen kämpft, daß sie von reaktionären Bonzen, von Agenten des Kapitals und der Regierung den bürgerlichen Parteien als „Ordnungsmacht“, als Stütze des kapitalistischen Ausbeutersystems miß-

braucht und umfunktioniert werden.

Wer unterwandert die Gewerkschaften nicht?

Diejenigen unterwandern die Gewerkschaften nicht, die in Aufsichtsräten der Konzerne der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen zustimmen oder die als Betriebsratsführer mit den Unternehmern „zum Wohle des Betriebes“ die Arbeiter verschaukeln. Und auch diejenigen nicht, die mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, um klassenkämpferische Kollegen auszuspähen und aus der Gewerkschaft ausschließen lassen. Und diejenigen ebenfalls nicht, die in der Öffentlichkeit, zum Teil sogar in der Gewerkschaftspresse, gegen Demonstrationen, AKW-Gegner, Hausbesetzer usw. hetzen und nach härteren Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen solche „Extremisten“ schreien.

Wer unterwandert hingegen die Gewerkschaften? Wer ist gewerkschaftsfeindlich? Wer gehört nicht zur Einheitsgewerkschaft? Welche politische Richtung ist unvereinbar mit der Einheitsgewerkschaft?

Was für eine Frage! Jeder der das „Handelsblatt“, „Bild“, oder „FAZ“ liest, weiß das doch ganz genau! Wozu geben unsere Gewerkschaftsführer denn schließlich ihre Interviews in diesen Blättern?

Bezirk Rhein-Ruhr-Lippe der dju:

Nein zu Ausgrenzungsklausel und Sozialpartnerschaftspolitik!

ESSEN. — Der Bezirk Rhein-Ruhr-Lippe der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier protestierte noch vor Beginn des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses gegen die vom Bundesvorstand des DGB erstellten „Entscheidungshilfen“ zur Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm.

Die „Entscheidungshilfen“ hatte der DGB-Bundesvorstand erstellt und verbreitet, um die Delegierten auf dem Kongreß auf die reaktionären Positionen in der Präambel des Programm-entwurfs einzuschwören (vgl.

RM 11/81, S. 5: „Spalter lassen die Maske fallen“). Dazu heißt es in der dju-Stellungnahme: „Die Gruppenabsprache hat uns überrascht. (...) Daß gerade die FAZ Beifall spendet, macht uns stutzig.“

Auch die dju-Kollegen vertreten in ihrer Stellungnahme die Auffassung, daß die Hintermänner dieser „Entscheidungshilfe“ damit sicherstellen wollten, „daß in der Präambel zum neuen Grundsatzprogramm die historische und politische Tradition der Einheitsgewerkschaft lediglich christlichen und sozialdemokratischen Strömungen der Arbeiterbewegung zugeschrieben wird“. Dies sei jedoch ein Versuch, eine „Ausgren-

zungsklausel“ durchzusetzen.

„Wir vermuten“ — heißt es in der Stellungnahme weiter — „daß es nicht allein darum geht, Mitglieder kommunistischer Organisationen abzublocken. Die weitergehende Zielsetzung scheint zu sein, politische Positionen zurückzudrängen, die aus den Gewerkschaften wieder Kampfverbände machen wollen“.

Als Mitglieder der IG Druck und Papier wenden sich die dju-

Kollegen in ihrer Stellungnahme abschließend an die Delegierten ihrer Gewerkschaft auf dem Düsseldorfer Kongreß mit der Mahnung, in Düsseldorf für die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier einzutreten und zu verhindern, daß „eine Ausgrenzungsklausel verabschiedet wird

und die Mehrheit im DGB sich auf eine sozialpartnerschaftliche Politik festlegt“.

Diese nur zu berechnete Aufforderung wurde jedoch — wie die einstimmige Annahme des Programmtextes in Düsseldorf zeigt — von den Delegierten der IG Druck und Papier nicht befolgt.

Grundsatzentscheidung des 2. RGO-Kongresses

„Wir kämpfen für die Verwirklichung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft“

Einstimmig verabschiedete der 2. ordentliche Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten eine Entscheidung zur Einheitsgewerkschaft, die wir nachstehend im vollen Wortlaut dokumentieren. Der 2. RGO-Kongreß tagte am 10. und 11. Januar 1981 in Frankfurt.

Einigkeit macht stark — das ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung.

Gerade jetzt — angesichts der zunehmenden Angriffe der Unternehmer auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, angesichts eines beispiellosen Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzugs der Unternehmer wie bei Hoesch, bei Opel, AEG und Ford — ist die Einheit dringender denn je. Deshalb kämpfen wir für die Verwirklichung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft. Das bedeutet, daß jeder Arbeiter, Lehrling, Angestellte und Beamte unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit Mitglied der DGB-Gewerkschaften sein kann.

Die Unternehmer halten für uns Arbeiter und Angestellten eine düstere Zukunft bereit. Schon jetzt reden sie von mehreren Millionen Arbeitslosen in den nächsten Jahren. Offen fordern sie von uns ultimativ Lohnverzicht und drohen im Fall von Streikämpfen mit dem Knüttel der Aussperrung. Auf breiter Front sind sie zum Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse angetreten.

Ohne eine starke und einige klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung kann die Arbeiterklasse diesen Angriffen der Unternehmer nicht standhalten. Ein machtvoller Kampfverband, ein einheitlicher Kampfeswille — das ist es, was die Unternehmer zu Recht fürchten. Doch anstatt die Masse der nahezu 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder entschlossen in den Kampf zu führen, sprechen sich die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern und der Regierung in verdeckten Formen der „Konzertierten Aktion“ gegen den entschiedenen Willen der Mitglieder darüber ab, wie angesichts der Zuspitzung der Klassenwidersprüche der „soziale Friede“ zu sichern sei.

Zunehmend weichen sie vor dem politischen Druck der Reaktion, der gerade im letzten Jahr unter Führung eines Franz Josef Strauß erheblich zugenommen hat, zurück und öffnen dem Einfluß solcher eingeschwoener Feinde der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf innergewerkschaftliche Entscheidungen Tür und Tor.

Während die Unternehmer Millionen Arbeiter und Angestellte auf die Straße werfen, während es den betroffenen Kollegen um die

Verteidigung und den Erhalt ihrer und ihrer Kinder Arbeitsplätze geht, zeigen die Vetter, Loderer und Kluncker vollstes Verständnis für die „wirtschaftlich notwendigen“ Rationalisierungen der Unternehmer und ebnen ihnen den Weg für Massenentlassungen durch friedliche Sozialplanverhandlungen hinter verschlossenen Türen. Doch angesichts der Bedrohungen der Arbeiterschaft durch die Unternehmer kann „sozialer Friede“ nur bedeuten, daß wir willig die Angriffe der Unternehmer hinnehmen sollen und uns wehrlos in das fügen, was die Unternehmer und der Staat beschließen. Auf dieser Grundlage verweigert uns die Gewerkschaftsführung die notwendigen und von den Kollegen geforderten Kampfmaßnahmen gegen die Tausenden von Entlassungen im AEG-Konzern. Sie führen die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht einmal dort ins Feld, wo ganze Städte und Regionen von Verelendung bedroht sind, wie in Rüsselsheim und Dortmund.

Selbst da, wo sich die Gewerkschaftsführung von der Basis gezwungen an die Spitze des Kampfes stellt — wie in Dortmund — tut sie es nur zum Schein. Im selben Moment schmiedet sie schon Pläne, wie die Forderungen der Arbeiter entschärft und für die Unternehmer tragbare Lösungen gefunden werden können. Die Forderung der Hoesch-Kollegen — Stahlwerk jetzt! — ist längst aus den Reden und Verlautbarungen der IGM-Führer gestrichen.

Die denken nicht im Traum daran, die ungeheuren Angriffe der Unternehmer auf die Lebenslage der Arbeiterklasse durch die organisierte Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung konsequent abzuwehren. Im Gegenteil: Von Anfang an haben die DGB-Führer den Ausgleich und die Zusammenarbeit mit den Unternehmern gesucht und zum Programm erhoben. Mit dem Ausschluß Tausender kommunistischer und fortschrittlicher Kollegen seit Bestehen des DGB und dem Erlaß der reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen oppositionelle und revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder wollen sie ihre Macht absichern und die Gewerkschaften zu sozialpartnerschaftlichen Richtungsgewerkschaften machen. Sie haben sich einen Apparat geschaffen, an dessen Schaltstellen Leute sitzen, die ihren Kurs in den Gewerkschaften durchsetzen und sichern sollen.

In ihrem Mund ist das Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft zur Phrase verkommen. Sie sind es, die das Prinzip der Einheitsgewerkschaft ständig mit Füßen treten. Kein Zweifel: Der DGB, so wie er sich heute darstellt, ist keine Einheitsgewerkschaft. Wir werden jedoch in den DGB-Gewerkschaften für die Durchsetzung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft kämpfen. Wer die Einheitsgewerkschaft will, muß sich klar darüber sein, daß er sie im Kampf gegen diese Verräter durchsetzen muß. Als ein Schritt dahin müssen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen!

Das ist die Alternative, vor der wir heute stehen: Soll die Gewerkschaft Ordnungsfaktor oder Kampfverband sein, dient sie dem Klassenkampf oder Klassenversöhnung? Für uns heißt die Antwort: Die Gewerkschaft muß Kampfverband und darf nicht länger Ordnungsfaktor sein. Nicht Klassenversöhnung sondern Klassenkampf muß die Grundlage der Gewerkschaftspolitik sein. Auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der Kumpanei mit den Unter-

nehmern kann es keine Einheit der Gewerkschaftsbewegung geben. Was die Arbeiter eint, sind ihre gemeinsamen Klasseninteressen, die denen der Unternehmer unversöhnlich gegenüberstehen. Nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Unternehmer kann darum die Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden. Wer statt zum Kampf zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern aufruft, wie es die heutigen DGB-Führer tun, der spaltet die Einheit. Solange sie die Gewerkschaften beherrschen wird es auch keine Einheit der Arbeiterklasse geben, kann von Gewerkschaftseinheit keine Rede sein.

Den beherrschenden Einfluß dieser DGB-Führung zu brechen ist heute zur lebensentscheidenden Frage für die Gewerkschaftsbewegung geworden. Die RGO hat sich dieses Ziel gesetzt. Sie wird zu diesem Zweck die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und auch der unorganisierten Arbeiter zusammenschließen, um diejenigen aus ihren gewerkschaftlichen Funktionen zu verjagen, die die Gewerkschaftsbewegung im Interesse der Unternehmer spalten und schwächen. In diesem Sinne wollen wir die Gewerkschaften erobern. Das heißt für uns, die Gewerkschaftseinheit herzustellen.

Wir kämpfen als Opposition in den DGB-Gewerkschaften für die Durchsetzung einer revolutionären, den Interessen der Arbeiterklasse entsprechenden Politik. Wir werden uns aber auch nicht daran hindern lassen, selbständige Kampfmaßnahmen zu organisieren und zu fördern, wenn die Gewerkschaftsgremien sie verweigern. Um unsere Ziele zu erreichen, können und werden wir nicht darauf verzichten, unter den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern selbständig und organisiert um Unterstützung in unserem Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften zu werben.

Wir treten darüberhinaus der Hetze der Gewerkschaftsführer gegen die unorganisierten Kollegen als sogenannte Trittbrettfahrer entgegen und versuchen, diese kameradschaftlich von der Notwendigkeit des Eintritts in die Gewerkschaft zu überzeugen und sie für die gegen die Verräter gerichtete Politik der RGO zu gewinnen. Die Spaltung in organisierte und unorganisierte Kollegen nützt den Unternehmern. Sie erschwert einheitliche Kampfaktionen und leistet dem Streikbrechertum Vorschub. Je mehr Kollegen gewerkschaftlich organisiert sind, desto größer ist die mögliche Einheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Entschieden bekämpfen wir die zunehmenden Versuche der Gewerkschaftsführung, zwei Klassen von Gewerkschaftsmitgliedern zu schaffen, indem sie Mitglieder und Sympathisanten bestimmter politischer Parteien mit Funktionsverboten belegen. Wir sehen darin — ebenso wie bei den reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüssen — einen offenen Angriff gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft.

Wir rufen die aktiven Gewerkschafter, die wie wir die reaktionären Führer aus ihren Funktionen vertreiben und die Gewerkschaften zu einheitlich handelnden Kampfverbänden machen wollen, dazu auf, diese wichtigen Fragen der Gewerkschaftsbewegung offen und ehrlich mit uns zu diskutieren und in die RGO einzutreten.

Farbwerke Hoechst

Sieben Sitze für die oppositionelle Liste

FRANKFURT. — Die oppositionelle Liste, die sich im Frankfurter Stammwerk der Farbwerke Hoechst gegen die Clique um den reaktionären Betriebsratsvorsitzenden und berüchtigten IG-Chemie-Bonzen Rolf Brand gebildet hatte, konnte bei der Betriebsratswahl sieben Sitze erringen.

Bei der Hoechst AG in Frankfurt hatten sich oppositionelle Kollegen zunächst für Persönlichkeitswahl eingesetzt. Sie konnten dafür 1400 Unterschriften in der Belegschaft sammeln. Aber Brand und Co. setzten Listenwahl durch. Daraufhin bildete sich eine breite oppositionelle Liste, auf der sowohl IG-Chemie-Mitglieder als auch ausgeschlossene Kollegen kandidierten. Insgesamt stellten sich 21 Kandidaten auf der oppositionellen Liste zur Wahl (Arbeiter und Angestellte wählen getrennt). Die Liste gab sich den Namen „Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat“.

Bosse und Bonzen zogen auch in diesem Fall in alter-

trauter Zusammenarbeit gegen die „Störenfriede“ am gleichen Strang. Die Leitung des Zwitter-Vertrauensleutkörpers (betrieblicher- und IG-Chemie-Vertrauensleutkörper in einem) stellte Ausschlußantrag gegen sämtliche IG-Chemie-Mitglieder der Liste, ungeachtet dessen, daß einige der Kandidaten Funktionäre der IG Chemie (z.B. Mitglied der Großen Tarifkommission) sind.

Die „Werksfahndung“ beschlagnahmte gesetzwidrigerweise eine ganze Kiste mit Wahlprogrammen der Liste. Die „Werksfahnder“ erklärten den verdutzten Kollegen, diese Maßnahme beruhe auf einer

Abprache zwischen der Geschäftsleitung und Rolf Brand! Natürlich wurde auch eine massive Hetze betrieben. Die oppositionellen Kandidaten wurden als Spalter, Chaoten, Extremisten und Pöschchenjäger beschimpft.

Trotzdem konnte die Liste einen großen Erfolg verbuchen: Sie errang ca. 16 Prozent der Stimmen. Bei den Arbeitern waren es 1538 Stimmen bzw. 16,9 Prozent. Damit erhält die Liste vier Sitze im Arbeiterbereich. Bei den Angestellten erreichten die Oppositionellen 1120 Stimmen bzw. 14,5 Prozent, wodurch in diesem Bereich 3 Sitze gewonnen wurden. Im Angestelltenbereich, wo es auch eine DAG-Liste gab, hat die Opposition damit genauso viel Stimmen wie die IG-Chemie-Liste erreicht.

Durch die sieben Sitze der Opposition hat die reaktionäre Clique der IG-Chemie-Bonzen

nun im insgesamt 43köpfigen Betriebsrat bei Hoechst die absolute Mehrheit verloren. Allerdings wird es wohl kaum zu verhindern sein, daß Rolf Brand wieder Betriebsratsvorsitzender wird, zumal er beste Beziehungen zur Spaltergewerkschaft DAG hat.

Daimler-Benz in Bremen

Persönlichkeitswahl durchgesetzt

BREMEN. — Die rund 7000 Beschäftigten bei Daimler-Benz in Bremen haben diesmal im Gegensatz zu 1975 und 1978 die Möglichkeit, ihre Betriebsräte in Personenwahl aus der IG-Metall-Liste zu wählen. Auf der Liste stehen auch sieben klassenkämpferische Kollegen, die mit einem gemeinsamen Programm als Blockvorschlag kandidieren.

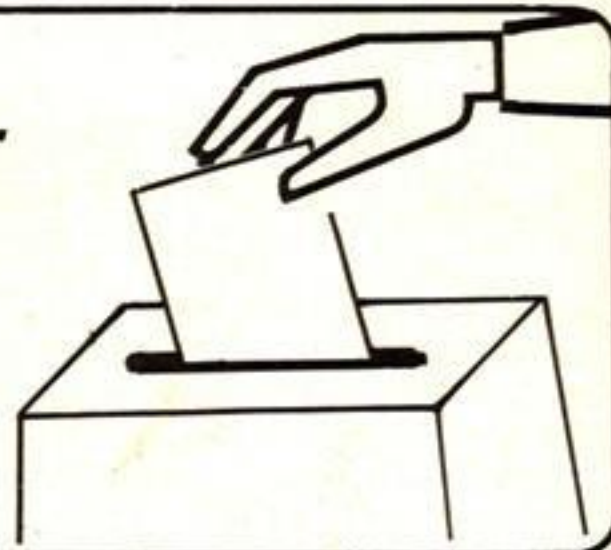
Diesen Kollegen, die dem gewerkschaftliche Arbeitskreis „IGM-Kollegen von Daimler informieren“ angehören, ist es zu einem großen Teil zu verdanken, daß es zu der Persönlichkeitswahl gekommen ist. Bei den Betriebsratswahlen vor drei und sechs Jahren hatte es „Strohmann-Listen“ gegeben, deren Zweck einzig darin bestand, durch die Provokation von Listenwahl die „Pfründe“ eingesessener Betriebsratsführer zu sichern.

Durch Flugblätter haben dieses Mal sieben oppositionelle Kollegen aus dem gewerkschaftlichen Arbeitskreis den alten Betriebsrat unter Druck gesetzt, so daß er dafür sorgen mußte, daß keine zweite „Strohmann-Liste“ eingerichtet wurde.

Die oppositionellen Kollegen hatten für den Fall des Falles eine Reserveliste vorbereitet, für die sie mehrere hundert Stützunterschriften gesammelt hatten. Diese Liste wäre beim Listen-Abgabeschluß unter Anwesenheit vieler ehrlicher Gewerkschafter eingereicht worden.

Die sieben oppositionellen Kandidaten haben zusammen ein Arbeitsprogramm erstellt. Mit Flugblättern und ihren Konterfeis werden sie sich auf Grundlage ihres Programms als Blockvorschlag zur Wahl stellen

Betriebsratswahl '81



rungen ohne die vorherige Anhörung und Zustimmung der betroffenen Kollegen.

Massive Wahlbehinderung

Die Daimler-Bosse scheinen gerade vor einem solchen Konzept von Betriebsratsarbeit großen Horror zu haben. Kaum begannen die oppositionellen Kollegen mit der Verteilung ihres Flugblattes, setzte es auch schon Repressalien. Einem Kandidaten wurden die Flugblätter von einem Vertreter der Personalabteilung einfach abgenommen. Dem türkischen Kandidaten Akbal Ibrahim wurde „angeraten“, er solle sich von der Liste distanzieren, sonst würde dafür gesorgt, daß seine Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert würde. Mindestens ein Kollege erhielt auch schon eine Abmahnung.

Dieses Vorgehen der Geschäftsleitung ist um so empörender, als es auch nach dem Betriebsverfassungsgesetz das gute Recht der Kollegen ist, ihr aktives Wahlrecht durch Werbung im Betrieb wahrzunehmen. Die Repressalien gegen die Kollegen stellen eine massive Wahlbehinderung dar. Jetzt wollen die Kollegen bei Gericht eine einstweilige Verfügung gegen diese Wahlbehinderung erwirken.



Die Kandidaten des Blockvorschlages auf der IGM-Liste bei Daimler

Freudenberg in Weinheim

Neun Arbeiter auf der oppositionellen Liste

WEINHEIM. — Zum erstenmal wird es in dem 10 000 Beschäftigten starken Großbetrieb der Lederindustrie Freudenberg (Weinheim) neben der offiziellen Liste der Gewerkschaft Leder eine zweite Liste geben. Neun Arbeiter, allesamt Mitglieder der Gewerkschaft Leder, kandidieren mit einem klassenkämpferischen Programm auf der Liste „Frischer Wind“.

Die Initiative für die Liste „Frischer Wind“ ist von der gewerkschaftsoppositionellen Kollegegruppe „Aktive Gewerkschafter“ ausgegangen. Die „aktiven Gewerkschafter“ hatten sich eigentlich für eine echte demokratische Persönlichkeitswahl bei Freudenberg eingesetzt. Dafür hatten sie immerhin 224 Unterschriften gesammelt. Der Ortsvorsitzende der Gewerkschaft Leder Karl Seider aber tat diese Unterschriften mit der seltsamen Bemerkung ab: „Die Gewerkschaft Leder läßt sich nicht erpressen, egal ob 500 oder 1 000 Kollegen unterschrieben hätten.“

So blieb es bei dem undemokratischen Beschluß, daß lediglich Betriebsräte und Vertrauensleute mit mindestens dreijähriger Amtszeit für die Liste der Gewerkschaft Leder zugelassen werden.

Aber die Absicht der Bonzen, klassenkämpferische Kollegen auszuboosten, wurde durch das beherzte Vorgehen

der Opposition durchkreuzt. Auch die Betriebszelle der KPD hat dazu beigetragen. Schon im Dezember hatte „Der Rote Freudenberger“, Zeitung der KPD für die Beschäftigten bei Freudenberg, dazu aufgerufen, sich auf die Betriebsratswahl vorzubereiten.

„Jetzt gilt es, die Weichen zu stellen für eine möglichst breite Einheit aller fortschrittlichen und oppositionellen Kräfte im Betrieb. Nur durch eine gute Vorbereitung kann es die Möglichkeit geben, mit der Wahl eine Veränderung des Betriebsrats im Interesse der Arbeiter und Angestellten herbeizuführen.“

In kurzer Zeit konnten die Kollegen die nötigen Stützunterschriften sammeln. Auf Abteilungsversammlungen zeigte sich, daß die Liste mit ihrem konsequenten Programm Sympathien bei beträchtlichen Teilen der Belegschaft genießt. Nicht zuletzt auch bei den ausländischen Kollegen. Auf der Liste sind auch drei ausländi-

sche Arbeiter vertreten: ein türkischer und zwei spanische Kollegen.

Als wichtigste Aufgabe einer betrieblichen Interessenvertretung sehen die Kollegen den Kampf gegen die Steigerung der Arbeitshetze, gegen Akkordhöhungen und gegen die Arbeitsplatzvernichtung, die durch Rationalisierung und Verlagerung von Teilen der Produktion in sogenannte „Billiglohnländer“ betrieben wird.

Die Hauptforderungen in ihrem Programm lauten:

- Stopp der Arbeitsplatzvernichtung — Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Keiner Entlassung darf zugestimmt werden.
- Stopp der Akkordverschärfung — Für mehr Erholungs-pausen!
- Keine Lohnneinbußen bei Umsetzungen — Für einen gleichwertigen Arbeitsplatz!

Dortmund: Bürgerinitiative ruft auf, den Kampf zu verstärken

Nicht „Stahlwerk morgen“, sondern „Stahlwerk jetzt!“

IGM-Ortsverwaltung verrät Kampf um Erhalt der Stahlbasis

DORTMUND. — Der Kampf um die Forderung „Stahlwerk jetzt!“ bei Hoesch und in der Stahlstadt Dortmund spitzt sich erneut zu. In dieser Woche finden sowohl Aufsichtsratssitzungen von Estel-Hoesch als auch Belegschaftsversammlungen auf den Hüttenwerken statt. Der Konzernvorstand hat den Aufsichtsräten eine Beschlüßvorlage vorgelegt, die auf die Entlassung von 5000 Stahlwerkern in den kommenden drei bis vier Jahren hinausläuft.

Anfang letzter Woche, noch vor ihrer Bekanntgabe in der Lokalpresse, enthüllte die RGO-Betriebsgruppe bei Hoesch in einem Flugblatt die Vorstandspläne. Das Flugblatt zeigte im einzelnen konkret auf, welche Auswirkungen diese Pläne in den verschiedenen Bereichen der Hoesch-Hüttenwerke haben werden. Und es wird erneut nachgewiesen, daß der Verzicht auf den sofortigen Bau des als Ersatz für die teilweise schon stillgelegten Siemens-Martin-Werke notwendigen neuen Stahlwerkes „den Tod auf Raten“ für die Stahlbasis in Dortmund bringt.

Die RGO-Betriebsgruppe entlarvte dabei gleichzeitig, daß die IGM-Ortsverwaltung inzwischen die Forderung „Stahlwerk

jetzt“ fallen gelassen und durch die Forderung „Stahlwerk morgen“ ersetzt hat. Dies aber ist nichts anderes, als der Verrat am Kampf für den Erhalt der Stahlbasis.

Vor einigen Monaten noch haben IGM-Bevollmächtigter Dieterich und die Betriebsratspitzen von Hoesch es selbst unzweideutig ausgesprochen, daß eine „Verschiebung des Baubeginns gleichbedeutend ist mit dem endgültigen Verzicht auf das neue Stahlwerk mit der schrittweisen Vernichtung der Stahlbasis. Jetzt wollen sie dies nicht mehr wahrhaben.

Die RGO-Betriebsgruppe ruft demgegenüber die Belegschaft der Hoesch-Hüttenwerke in ihrem Flugblatt auf: „Festhalten an der Forderung „Stahl-

werk jetzt“ — konsequenter Kampf für „Stahlwerk jetzt!“.

Zugleich nutzt die RGO-Betriebsgruppe ihr Eingreifen mit einer eigenen Liste in die Betriebsratswahl im Werk Union aus, um die Bewegung für den sofortigen Bau des neuen Stahlwerkes erneut voranzutreiben: Hauptparole im Programm der RGO-Liste für die Betriebsratswahl: „Stahlwerk jetzt tut not — sonst ist Hoesch und Dortmund morgen tot!“. Im Anschluß folgen dazu konkrete Forderungen:

- Sofortiger Baubeginn für das Oxygenstahlwerk auf der Westfahlenhütte;
- Erhalt der Arbeitsplätze von Union und Phönix;
- Hände weg von P3, PB1, PH/Pz, F2;
- Keine Zustimmung zu Entlassungen — Nein, zum neuen Sozialplanentwurf.

Auch die Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben!“ hat ihre Aktivitäten verstärkt, um der Bewegung „Stahlwerk jetzt!“ in der Dortmunder Bevölkerung einen neuen Anstoß zu geben. In

großer Auflage verteilte die Bürgerinitiative in der letzten Woche ein Flugblatt, das noch einmal ausführlich die unabdingbare Notwendigkeit für die Durchsetzung des sofortigen Baubeginns für das Stahlwerk erläutert.

In dem Flugblatt heißt es zum Schluß: „Weder die Hoesch-Belegschaft, noch die übrige arbeitende Bevölkerung in Dortmund können und wollen sich mit dem menschenverachtenden Vernichtungsplan der Deutschen Bank abfinden. Wir können nicht darauf verzichten, unser elementares Recht auf Arbeit und die Zukunft unserer Kinder zu verteidigen! Wir sind stark genug, den Bau des neuen Stahlwerkes zu erzwingen, wenn wir nur zusammenstehen und kämpfen.“

Für den 25. März hat die Bürgerinitiative zu einer Veranstaltung aufgerufen, auf der unter anderem auch der Dortmunder Schriftsteller Max von der Grün sprechen wird. Max von der Grün gehört zu den Initiatoren der Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben!“.

Stahlwerk Peine

Jürgen Eggers gewählt!

PEINE. — Der Kollege Jürgen Eggers hatte auf einer eigenen oppositionellen Liste kandidiert, nachdem der Ortsbevollmächtigte der IG Metall wegen Jürgens Mitgliedschaft in der VOLKSFRONT seine Kandidatur auf der IGM-Liste verhindert hatte. Mit Hetzflugblättern, in denen unter anderem mit Zitaten aus

dem Programm der KPD die Liste von Jürgen Eggers als KPD-Liste abgestempelt werden sollte, versuchten die IGM-Bonzen, seine Wahl zu verhindern. Dies ist allerdings mißlungen. Mit 431 Stimmen bzw. knapp 15 Prozent hätten sogar fünf Kandidaten auf der oppositionellen Liste in den Betriebsrat einziehen können.

Telefunken-Schwedenstraße Westberlin

RGO-Liste erhielt 18,3 Prozent

WESTBERLIN. — Die von der Betriebsgruppe der RGO aufgestellte Liste „Lichtblick“ bei AEG-Telefunken/Schwedenstraße erhielt 18,3 Prozent der Stimmen.

Damit sind zwei der drei Kandidatinnen in den Betriebsrat gewählt. Zur Wahl der dritten Kandidaten fehlten nur wenige

Stimmen. Vor drei Jahren hatte die Liste „Lichtblick“ 12 Prozent der Stimmen erhalten und damit ebenfalls zwei Betriebsratssitze errungen.

Inzwischen ist der Betriebsrat jedoch verkleinert worden, weil die Beschäftigtenzahl bei Telefunken/Schwedenstraße stark gesunken ist.

Jugendzentrum Moers:

„Wir wollen Klaus Kühl!“

Jugendliche kämpfen gegen ein drohendes Berufsverbot

MOERS. — Der Sozialpädagoge Klaus Kühl soll nicht Leiter des Jugendzentrums Südring in Moers werden — das meint der Personalrat der Stadtverwaltung Moers. Die Jugendlichen und selbst der Stadtjugendpfleger sind da aber anderer Meinung: Sie wollen, daß Klaus bleibt. Und sie haben nachdrücklich deutlich gemacht, daß es für sie in dieser Frage keinen Kompromiß geben wird.

Am 1.2. begann Klaus, vorerst ohne schriftlichen Arbeitsvertrag, seine Arbeit als Leiter des Jugendzentrums, da die Stelle sofort besetzt werden mußte, auch wenn die Ausschreibung noch lief. Über seine Arbeit urteilten die Jugendlichen so:

„WIR WOLLEN KLAUS KÜHL!“

- Aufgrund der Erfahrungen, die wir bisher mit Klaus und seiner Arbeit gemacht haben;
- es gab eine gute Zusammenarbeit mit Jugendlichen (Seminar);
- wir sehen eine gute Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Fachkräften des JZ;
- weil wir erfahren haben, daß er bisher positive Arbeit in einem JZ gemacht hat;
- weil er uns sympathisch ist!

WIR BRAUCHEN KLAUS KÜHL!

- Die derzeitige Situation des JZ Südring ist geprägt von dem Mangel an hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern; das muß sich ändern! (Zwei Planstellen sind z.Z. nicht besetzt).
- Damit das JZ in seinen Öffnungszeiten nicht eingeschränkt wird;
- weil Klaus auf der Seite der Jugendlichen steht (und die Jugendlichen auf seiner Seite), weil er unsere Interessen vertritt!
- Die hauptamtlichen Fachkräfte des JZ haben einen Anspruch auf eine gute Zusammenarbeit ihres Teams, dies ist mit Klaus möglich!

(Offener Brief des Arbeitskreises JZ Südring an die Stadt)

Mitarbeiter und Jugendwohlfahrtsausschuß befürworteten ebenfalls die feste Einstellung von Klaus Kühl. Noch nie hatte der Personalrat bisher eine Zustimmung des JWA widersprochen.

Was ist denn nun dran an diesem jungen Mann, daß gewisse Kreise ihn partout nicht haben wollen?

Mangelnde Qualifikation ist es nicht. Dafür stehen nicht nur die sechswöchigen Erfahrungen im JZ Südring. Fast fünf Jahre lang, von 1976 bis 1980, leitete Klaus Kühl ein Jugendzentrum in Oberhausen.

Jugendliche in Oberhausen schildern ihre Erfahrungen mit ihm so:

„Das sind die Fakten:

Klaus Kühl, 28 Jahre alt, verheiratet, eine Tochter, 1975 Examen an der Universität Essen als Sozialpädagoge mit sehr gutem Bestanden. Anschließend Praktikum im selbstverwalteten Jugendtreff Dulsburg-Beeck, dann viereinhalb Jahre lang Leiter des städtischen Jugendzentrums in Oberhausen.

Daher kennen wir, viele Jugendliche aus Oberhausen, Klaus Kühl. Und wir waren sehr traurig, als er Oberhausen verließ. Denn schließlich hatten wir zusammen mit ihm 'ne ganze Menge guter Sachen auf die Beine gestellt: Amateurtheaterfestival, Sommerfeste, Ferienfahrten, lehrreiche Seminare, viel Sport, man könnte seltenweise mehr aufzählen.

Natürlich waren wir sehr stolz, als unsere Kindertheatergruppe, die Krachmacherbande, zu den ersten zehn Preisträgern des bundesweiten Schülertheaterwettbewerbs zählte (Mai 1980 — Red.), ausgewählt aus über 500 Mitstreitern! Und dann in Berlin ausgezeichnet von Bundesminister Dr. Schmude, wir zitterten am Rundfunkgerät vor Aufregung mit. (...)“

Wenn einer bei so viel offenkundiger und höchstministerlich anerkannter Befähigung und Beliebtheit nicht angestellt wird — da muß doch ... da kann doch nur ... Richtig! Der aufmerksame Leser weiß es längst: Da sind politische Gründe im Spiel.

Und was für welche!

Am 23.2. wurde Klaus zum Personalamtsleiter Feind gegeben. Aber statt des Arbeitsvertrages erwartete ihn dort ein Verhör:

„(...)“

Die zweite Frage richtet sich auf meine Tätigkeit im Rahmen der Kampagne gegen die Einführung der Jugendpolizei durch den Innenminister NRW. Ich bestätigte, daß ich aufgrund eigener Erfahrungen (zivile Polizei, alkoholisierte Minderjährige, um sie über Drogenkonsum von Jugendlichen und Meinungen/Einstellungen der Heimleitung auszufragen; Stadt. JZ, Karneval 1979) die Einführung der Jugendpolizei ablehne, da sie keine Lösung von Problemen bringt, sondern die Jugendlichen nur kriminalisiert. Sozialarbeitern macht dieser Erlaß die vertrauensvolle Arbeit unmöglich.



Klaus Kühl auf dem 4. Internationalen Jugendlager im Gespräch mit Dezzement Scheinert.

Der Erlaß wurde vor ca. zwei Wochen aus diesen Gründen zurückgenommen. Innerhalb der ÖTV und einer landesweiten Initiative habe ich aktiv gegen die Einführung der Jugendpolizei mitgearbeitet, drei Rundfunk- und eine Fernsehsendung (mit Carmen Thomas) habe

Anhörung des Sozialarbeiters Klaus Kühl (Ruhig Blut, Klaus!)

Durch den Personalamtschef der Stadt Moers Feind (Der Jugend!)

Den Ablauf dieser Anhörung karikierte Walter Krebs mit den folgenden Zeilen:

„Schönen Tag, Herr Kühl! Nehmen Sie doch Platz! Rauchen Sie? Ach nein? Gelbsucht? Ah — so, so. Nun, Kommen wir zur Sache! Wie Sie sagen, Sagen Sie — Sie sagten doch! — Wurde Ihnen — Immer mal wieder! — Gekündigt ... Gut! Kündigten Sie ... Aus gesundheitlichen Gründen in Oberhausen. Uns ist zu Ohren gekommen Folgendes: Erstens. Sind Sie aktiv geworden, Herr Kühl, Sehr Aktiv! Innerhalb einer sogenannten Initiative „Keine Jugendpolizei in Nordrhein/ Westfalen!“ Ach, Sie persönlich Haben entsprechende Erfahrungen mit Jup ... Mit jungen Polizisten In Oberhausens Jugendzentrum Nun, Wen wundert's! Zweitens. Haben Sie zur Bundestagswahl 1980 Kandidiert für eine gewisse „Volksfront!“ Sie nennen die „Volksfront“ Eine demokratisch — — Wie Sie sagen! — „Antifaschistische“, Überparteiliche Organisation, Welche Nicht verfassungsfeindlich sei.

Nun traten die Jugendlichen massiv an die Öffentlichkeit: • mit dem offenen Brief, den wir vorn zitiert haben (und der bis heute nicht einmal beantwortet ist) • mit einem Auftritt bei der Eröffnung eines neuen SPD-Parteibüros, bei dem Bundesminister Schmude an die Auszeichnung von Klaus' Theatergruppe erinnert wurde • mit einer Demonstration im Saal bei der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses. Nun soll ein Vermittlungsausschuß bis zum 27.3. eine

ich mitgestaltet und eine Demonstration in Essen mit über 1000 Teilnehmern habe ich mitorganisiert.

Die dritte Frage war, ob es richtig sei, daß ich zur Bundestagswahl '80 für die Volksfront kandidiert hätte. Auch dies bestätigte ich und gab auf Befragen hin an, daß die Volksfront für mich eine Bürgerinitiative sei, die sich gegen ein Erstarren alter und neuer Nazis wendet und mit der Gefahr eines neuen Krieges verhindern will. Sie ist demokratisch, überparteilich organisiert und richtet sich weder mit Programm noch Statut gegen die Verfassung.

Die vierte Frage war, ob ich Mitglied oder Sympathisant des KBWs sei, was ich energisch verneinte. Weder früher noch jetzt habe ich irgendwelche Kontakte oder dergleichen zum KBW gehabt. Ich gab meinem Ärger darüber zum Ausdruck, daß dieses Gericht von Oberhausen nach Moers getragen wurde, da mir in Oberhausen dies schon einmal von dem dort tätigen Herrn Hahn vorgehalten worden war. Schon in Oberhausen war geklärt worden, daß diese Behauptung keinerlei Grund und Boden hat und falsch ist. (...)“

(aus dem von Klaus angefertigten Gedächtnisprotokoll)

Herr Kühl! Meine Kollegen beim Innenministerium Wissen das doch besser! Drittens. Sind Sie Mitglied oder Sympathisant

Des „KBW“? Nein, nicht Des Katholischen Bildungswerkes,

Ha, ha! Regen Sie sich doch nicht auf, Herr Kühl! Sie haben also tatsächlich keine Verbindung zum „KBW“

Bzw. gehabt? Nun ja, Mag schon sein. Sie müssen doch zugeben, Herr Kühl, — Geben Sie doch zu! Jeder der, Sich in einer schwierigen Jugendanstalt wie dem Jugendzentrum Südring Engagieren möchte, Macht sich verdächtig. Eine Frau und ein kleines Kind zu ernähren!

Ach, Herr Kühl! Hören Sie doch auf! Ein Mann mit Ihren Qualitäten Findet doch jederzeit eine andere Stelle! Gehen Sie doch zum Katholischen Bildungswerk, Herr Kühl! Eins noch, Herr Kühl! Behalten Sie unser Gespräch für sich!

Sie wissen schon! In Ihrem ureigensten Interesse! Sie hören noch von uns, Herr Kühl! Schönen guten Tag, Herr Kühl!“

„Einigung herbeiführen.“

Dazu sagen die Jugendlichen:

„Wir werden weiter für die sofortige Einstellung von Klaus Kühl kämpfen! Und am 27.3. werden wir entweder feiern oder erst richtig losschlagen!“

Solidaritätserklärungen richten an: Komitee zur Einstellung von Klaus Kühl c/o Heinz Theo Giesen Grillparzer Weg 5 4130 Moers Tel.: 02841/43314



Stolzenberg und Bundeswehroffizier.

„Stolzenberg-Skandal“:

Prozeß gegen K.-H. Ludwig eingestellt

Erfolg der breiten Protestbewegung

HAMBURG. — Am 18.3. wurde der Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig eingestellt. Der einzige Prozeß, zu dem es im Zusammenhang mit dem Giftmüll-Skandal bei der Hamburger Firma Stolzenberg kommen sollte — der Prozeß gegen den Vater des bei einer Explosion getöteten Kindes!

Ohne die breite öffentliche Protestbewegung wäre es sicher nicht zur Einstellung des Pro-

zesses gekommen. Anteil an dieser Protestbewegung hatten die Bürgerinitiative Giftmüll-Skandal Lurup/Eidelstedt und auch die Hamburger Ortsgruppe der KPD. Presse und NDR berichteten ausführlich über den geplanten Prozeß. Es wurden viele Unterschriften gesammelt, die die Einstellung des Verfahrens forderten.

Vor dem geplanten Prozeßbeginn verteilte die Partei ein Flugblatt. Darin heißt es:

Kein Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig

Nun ist es also heraus! Der Schuldige im Stolzenberg-Skandal ist gefunden. Wer geglaubt hat, der Herr Leuschner mit seinen kriminellen Geschäftspraktiken, die Bundeswehr als Zulieferer und Empfänger von Giftgas und Massenvernichtungsmitteln, die Polizei als Geschäftspartner eines kriminellen Unternehmens, und nicht zuletzt die Politiker und Verwaltungsbeamten im Hamburger Senat würden nun vor Gericht gestellt und bestraft werden, der hat sich gewaltig getäuscht.

All diese Herren haben doch nur das Leben von Tausenden von Menschen aufs Spiel gesetzt für den Profit eines gewissenlosen Unternehmers, für die Erforschung von Vernichtungswaffen für die Bundeswehr. Schuld haben soll das Opfer des Verbrechens, Karl-Heinz Ludwig.

Erinnern wir uns:

Sein Sohn Oliver verunglückte tödlich beim Umgang mit Sprengstoff vom Gelände der Stolzenberg-Firma. Das Firmengelände selbst war halb verfallen und überhaupt nicht abgesichert. Erst durch dieses tragische Unglück wurde die ganze Giftmüllfabrik aufgedeckt und eine mögliche Katastrophe verhindert — obwohl die Behörden schon lange vorher über die Stolzenberg-Giftküche informiert worden waren.

Und jetzt soll als einziger der Vater von Oliver, Herr Ludwig, vor Gericht gestellt werden. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung und Verletzung der Aufsichtspflicht.

Diese Anklage gegen den Vater ist eine kaum faßbare Provokation der Staatsanwaltschaft!

Die wahren Schuldigen sollen vernebelt werden. Zurückbleiben soll in der Erinnerung der Bürger der Stolzenberg-Skandal als Schicksal und Schuld einer einzelnen Familie.

Wir aber werden nicht vergessen!

Der Stolzenberg-Skandal ist ein politisches Verbrechen

Verbrecherisch ist es, wenn die Bundeswehr Giftgas handelt. Verbrecherisch ist es, Massenvernichtungsmittel in Privathand zu geben.

Verbrecherisch ist es, einen kriminellen Giftladen noch mit Steuergeldern zu unterstützen.

Verbrecherisch ist es, die Zustände bei Stolzenberg zu kennen und von der Bevölkerung informiert worden zu sein, und nichts dagegen zu unternehmen — solange, bis ein Junge beim Umgang mit Sprengstoff sein Leben verliert.

Der Staat schreckt offenbar vor nichts zurück, um die wahren Schuldigen zu decken. Wieviel Menschenverachtung muß man haben, um einen Vater, eine Familie, die ein tödliches Unglück getroffen hat, nun auch noch der Qual eines langwierigen Strafverfahrens auszusetzen und womöglich auch noch durch eine Freiheitsstrafe fertigzumachen. Ein Prozeß gegen K.-H. Ludwig wäre eine Fortsetzung des Stolzenberg-Skandals im Gerichtssaal.

Dazu darf es nicht kommen! Die Familie Ludwig darf nicht zum Sündenbock gestempelt werden.

Die wahren Schuldigen müssen bestraft werden!

Entschädigung der Opfer durch den Staat!

Kein Prozeß gegen K.-H. Ludwig!

Nun haben sich die Justizbehörden also doch nicht getraut, den Prozeß durchzuführen. Er wurde erst vertagt (beginnen sollte er schon am 2. Februar) und dann eingestellt. Neben der Protestbewegung fürchtete man auch die angekündigte offensive Verteidigung, die die Verantwortlichkeit der Stadt nochmal nachgewiesen hätte.

Aber noch die Begründung ist eine ungeheuerliche Beleidigung. Sie folgt inhaltlich dem Paragraphen 60 StGB, wo es heißt: „Das Gericht sieht von Strafe ab, wenn die Folgen der Tat, die den Täter getroffen haben, so schwer sind, daß die Verhängung der Strafe offensichtlich verfehlt ist.“

„Die Folgen der Tat!“ „Der Täter!“! Welch ein brutaler Zynismus angesichts der Tatsache, daß die wirklichen Verbrecher nicht im geringsten belangt werden. An die Erfüllung der Forderungen nach Bestrafung der Schuldigen oder gar nach Entschädigung der Opfer ist nicht gedacht.

So ist auch diese Entscheidung immer noch eine Fortsetzung des Stolzenberg-Skandals, der auch die ganze Verlogenheit der sozialdemokratischen Regierung des Hamburger Senats offenlegt. „Wir dürfen gar nicht wollen, daß die Wellen sich wieder glätten!“, hatte Klose 1979 getönt. Nun, er hat kräftig mitgeholfen, daß der Skandal glattgebügelt wurde.

WDR berichtet über den „Fall Kühl“

MOERS. — „Katastrophenjournalismus“ war am 19.3. das Thema der in NRW beliebten Life-Radiosendung „Hallo Ü-Wagen“, die wöchentlich von verschiedenen Plätzen im Sendebereich des WDR über den Äther geht.

Bei dieser Sendung kamen aber nicht nur große weltweite Themen zur Sprache. Wie auch die regionale Presse erst reagiert, wenn wirklich etwas passiert und sich ansonsten einen Dreck um berechnete Anliegen der Bevölkerung schert, machten verschiedene Jugendliche aus Moers in dieser Sendung deutlich. Sie benutzten die Sendung, um darauf hinzuweisen, daß ihr Kampf um die Einstellung des vom Berufsverbot bedrohten Sozialarbeiters Klaus Kühl erst in die Presse kam, nachdem sie ein SPD-Parteibüro besetzt hatten.

Neben der Information der vielen Hörer war es auch eine gute Aktion für die Bevölkerung in Moers, die zu Hunderten der Life-Übertragung beiwohnte und mit Flugblättern und Trans-

parenten über den Fall informiert wurden.

Die Leiterin dieser Sendung, die Journalistin Carmen Thomas, hat übrigens den Jugendlichen zugesagt, über ihr Anliegen eine ganze Sendung zu machen.

Am selben Tag machte die Stadt bekannt, daß sie Klaus Kühl nicht weiter in seiner jetzigen Funktion als Sozialarbeiter im Jugendheim haben will und auch nicht an eine Übernahme als Heimleiter denkt. Sie beruft sich darauf, daß Klaus immer noch keinen schriftlichen Arbeitsvertrag hat und denkt wohl (oder versucht's wenigstens mal), jetzt könne er nichts dagegen machen. Aber Klaus Kühl macht doch etwas: Er hatte schließlich unter Zeugen die mündliche Zusage bekommen, die Arbeit antreten zu können, mit Gehaltsfestlegung und allem drum und dran. Und deshalb wird er gerichtlich um sein Recht kämpfen. Und er geht natürlich weiter zur Arbeit, auch wenn er erstmal kein Geld bekommt.



„Staatsstreich gegen politische Freiheiten“

NÜRNBERG. — Während die Ermittlungen gegen die 141 Festgenommenen, von denen am 20.3. noch acht im Gefängnis saßen, wegen „schweren Landfriedensbruchs“ laufen, haben mehrere Eltern juristische Schritte gegen die fünf Haftrichter Ashelm, Dorner, Meyerhöfer, Reinecke und Wahl eingeleitet — wegen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung und Verfolgung Unschuldiger.

Dabei weisen sie vor allem darauf hin, daß die Texte der Haftbefehle bereits feststanden, bevor die Haftrichter die jeweils betroffene Person überhaupt gesehen oder angehört hatten.

Interessant am Rande: Offensichtlich wollte man auch bei der Auswahl dieser Richter ganz auf Nummer Sicher gehen. Denn während die Haftrichter normalerweise nach einem verbindlich festgelegten Dienstplan benannt werden, wurde hier ein vorgesehener Richter übergangen, obwohl er am fraglichen Tag jederzeit erreichbar war. Für ihn wurde Günther Meyerhöfer genommen, der als besonders „harter“ Richter bekannt ist. Er unterzeichnete denn auch 50 der 141 Haftbefehle.

Zu der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung unschuldiger Menschen kommt noch hinzu, wie mit den Inhaftierten umgesprungen wurde. Sie wurden nicht nur immer wieder stundenlangen Verhören ausgesetzt. Man versprach ihnen sofortige Freilassung, wenn sie schriftlich erklärten, an der Demonstration teilgenommen zu haben. Einige machten das tatsächlich, weil sie den Druck nicht mehr aushielten. Ein Rechtsanwalt bezeichnete diese

Methoden sehr richtig als Beugehaft und einen „gesetzwidrigen Nervenkrieg zur Aussageerpressung“. Wie sagte doch der Vater eines Verhafteten: „Zustände wie im Dritten Reich“ ...

Diese Qualität der Zustände in Bayern wurde hier besonders deutlich, aber sie waren nicht nur hier zu sehen.

Da ist zu nennen die „dringende Empfehlung“ des Ministerialbeauftragten für die mittelfränkischen Gymnasien, Wilhelm Wolf, gegenüber dem Leiter des Nürnberger Johannes-Scharrer-Gymnasiums, „allen Kollegen und Kolleginnen zu untersagen, im Unterricht oder sonstwie im schulischen Bereich über die Verhaftungsaktion zu diskutieren.“ Das Kultusministerium unterstützte Wolf mit

der Bemerkung, die Schüler hätten „auch Anspruch auf regulären Unterricht“. Die Staatssekretärin im Kultusministerium, Mathilde Berhofer-Weichen, erklärte gar ganz eindeutig, sie halte es für richtig, „daß in den Schulen nicht diskutiert wird“. Die Schule müsse „vor kollektiven Zwängen geschützt“ werden und dürfe sich nicht ins Tagesgeschehen einmischen.

Hier werden die Dinge doch wohl auf den Kopf gestellt! Da sind Klassen nur noch notdürftig besetzt, weil eine Reihe Schüler im Gefängnis festgehalten wird, und ihre Mitschüler dürfen nicht einmal nach ihrem Verbleib und dem Sinn ihrer Verhaftung fragen? Sie sollen ruhig sein und weitermachen, als wäre nichts ge-

st auch meiner Ansicht nach die Herabminderung der Kriegsgefahr. Ich persönlich bin im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und total gegen den Krieg, sowie alles, was Bundeswehr und Armeen angeht ...

Hier wird schon deutlich, daß sich auch Auseinandersetzungen über die Frage des Pazifismus ergeben. Wir erläutern dabei stets die Haltung unserer Partei, die sich aus den mit Blut bezahlten geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse ergeben: Eine Welt ohne Waffen wird es erst geben, wenn die Herrschaft der Kapitalisten gestürzt ist, wenn die Klasse, in deren Profitinteressen Millionen verblutet sind und wieder verbluten sollen, nicht mehr existiert. Der Weg dahin wird nicht gewaltfrei sein. Aber wir betonen die Notwendigkeit und die Möglichkeit hier und heute

kann. Wenn ich es nicht besser wüßte, müßte ich zu dem Schluß kommen, daß sich alle antifaschistischen Organisationen, wie z.B. die VVN, DFG/VK, Volksfront, etc. mit euch zu einer antifaschistischen Kampffront zusammenschließen würden; aber als Mitglied der drei genannten Organisationen, insbesondere der Volksfront, kenne ich die großen Schwierigkeiten, die da auf uns zukommen. (...)

Wenn man (...) die Schmidt/Genscher-Regierung

schehen? Und das wäre dann „regulärer Unterricht“? Das haben wir in Deutschland doch schon gehabt, daß man Menschen — Kollegen, Nachbarn, Mitschüler — einfach abholte, und keiner durfte sich trauen, sich nach ihrem Verbleib zu erkundigen oder sich gar für sie einzusetzen ...

Als „unzulässig“ bezeichnete das Kultusministerium eine Unterschriftensammlung von Lehrern am Scharrer-Gymnasium. Darüber hinaus gab Wolf Anweisung an alle Schuldirektoren, ihm die Namen aller Lehrer zu nennen, die in der „Demonstrationsszene“ aktiv beteiligt gewesen seien.

Als „Staatsstreich gegen die Grundrechte“ bezeichnete der Münsteraner Staatsrechtsprofessor Erich Küchenhoff das Vorgehen der Nürnberger Justiz, die eine „verfassungswidrige Abschreckungshaft“ verhängt hat. Dieser in einem Initiativantrag eingebrachten Bewertung schloß sich am 15. März einstimmig der Unterbezirksparteitag der SPD an. Die Delegierten sahen sich gezwungen „vor Aushöhlungen wesentlicher Grundrechte zu warnen, die schließlich auf einen Staatsstreich gegen die politischen Freiheiten hinauslaufen, von deren Ausübung die Gesamtaktion offensichtlich abschrecken soll, um die gesellschaftlichen Zustände zu konservieren, gegen die mit Demonstrationen protestiert wird.“

VOLKSFRONT vor Gericht

Der Prozeß gegen Uli Leicht hat begonnen

Strauß ist „beleidigt“

DORTMUND. — Was zeigt besser als die Nürnberger Ereignisse, wozu Strauß und seine Mannschaft fähig sind? Bundeskanzler ist Strauß nicht geworden; jetzt führt er uns in Bayern vor, wie er sich die Politik in der Bundesrepublik vorstellt. Diejenigen, die entschieden vor ihm gewarnt haben, die mit dazu beigetragen haben, daß sein Machtantritt im letzten Jahr verhindert wurde, werden aber immer noch verfolgt.

Von grundsätzlicher bundesweiter Bedeutung in diesem Zusammenhang ist der Prozeß gegen den Presseverantwortlichen der VOLKSFRONT, Ulrich Leicht, der am 24. März vor dem Dortmunder Amtsgericht begann. Er ist angeklagt als Verantwortlicher für das unseren Lesern sicher bestens bekannte „Stier-Plakat“ zur Bundestagswahl. Straftatbestand: „Beleidigung“ von Strauß ...

In einer Pressemitteilung vom 19.3. schreibt der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT u.a.:

„Angesichts der jüngsten Ereignisse in Nürnberg, für die Strauß in seiner Passauer Rede das Stichwort gab und auch die politische Verantwortung trägt, wird deutlich, wie notwendig und richtig und auch heute noch aktuell die Warnung unseres Plakates und die Aufforderung ist, den unbeherrscht anstürmenden F.J. Strauß zu stoppen ...“

Über den Verlauf des Prozesses werden wir im nächsten „Roten Morgen“ berichten, weil er erst nach Redaktionsschluß für diese Ausgabe begann.

Wir rufen unsere Leser auf, die untenstehenden Protesterklärungen zu unterzeichnen und an den Zentralen Vorstand der VOLKSFRONT zu senden. (Anschrift: VOLKSFRONT, Bundesgeschäftsstelle, Michaelstr. 18, 4300 Essen 1.) **Möglichst noch mehrere Unterschriften dazu sammeln! Wer bereit ist, den „Aufruf zur Solidarität“ als Erstunterzeichner zu unterstützen, möge das bitte anmerken.**

Aufruf zur Solidarität

Gegen über 100 Mitglieder und Anhänger der antifaschistischen Organisation „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ laufen zur Zeit Verfahren und Prozesse, bei denen mit Geldstrafen von insgesamt 100 000 Mark für die Angeklagten zu rechnen ist.

Den Antifaschisten der „Volksfront“ wird als „Verbrechen“ zur Last gelegt, für die zur Bundestagswahl 1980 zugelassene „Volksfront“ Plakate strafbaren Inhalts aufgestellt und verbreitet zu haben.

Einmal handelt es sich um das Plakat „Stoppt Strauß“ mit der Losung „gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ und einer Karikatur von Strauß als anstürmendem Stier. Laut Anklage soll dieses Plakat eine Beleidigung von F.J. Strauß darstellen, weil es ihn als einen „von intellektueller Kontrolle in Stich gelassenen“ und Vertreter einer „nicht verstandesgemäß angelegten“ und von „dumpfer Animalität geprägten“ Politiker und darüberhinaus als Reaktionär, Faschist und Kriegstreiber kennzeichnen würde.

Wir halten ungeachtet unserer persönlichen Beurteilung des Plakates die vorgebrachten Interpretationen der Anklage für nicht gegeben und können auch nicht erkennen, daß die von vielen Künstlern und Karikaturisten angewandte satirische Darstellung von Politikern als Tier — hier in der Form des Stieres — eine strafbare Handlung darstellen soll. Dies umso mehr, als der Stier, ein durchaus positives Symbol für Kraft und Potenz, eher für das Merkmal von Unberechenbarkeit oder Unbeherrschtheit steht, von der im Zusammenhang mit dem Politiker Strauß in der Öffentlichkeit wiederholt die Rede war und ist. Und darüberhinaus der sich beleidigt fühlende Herr Strauß durch die Beschimpfung von Demonstranten als Tiere und angesehenen Schriftstellern als verabscheuungswürdiges Ungeziefer „Ratten und Schmeißfliegen“ hervorgerufen hat. Auch in dem anderen Plakat „Nie wieder Faschismus“, dem wegen der einem Original-Pressfoto nachempfundenen grafischen Darstellung eines Polizeieinsatzes in Verbindung mit der programmatischen Losung der Volksfront „Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat“ eine Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Organe vorgeworfen wird, können wir keinen Straftatbestand erkennen. Wir sehen auch darin eine berechtigte politische Meinungsäußerung, die vor entsprechenden Entwicklungen und konkreten Erscheinungen warnt.

In der gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung der Verteiler dieser Plakate sehen wir eine ungerechtfertigte Einschränkung und Kriminalisierung politischen Engagements und der garantierten Grundrechte der freien Meinungsäußerung, der Freiheit der Presse und Kunst.

Im Interesse der Verteidigung dieser Rechte und Freiheiten fordern wir die sofortige Einstellung aller Verfahren und Freispruch für die angeklagten Antifaschisten der Volksfront. Wir rufen alle Demokraten auf, diese Forderung zu unterstützen und sich ungeachtet ihrer möglichen Differenzen zur Volksfront mit den Betroffenen zu solidarisieren.

Protesterklärung

Ich sehe in den Verfahren und Prozessen gegen die Antifaschisten der VOLKSFRONT wegen Aufstellung bzw. Verbreitens angeblich F.J. Strauß beleidigender bzw. die Bundesrepublik verächtlichmachender Plakate eine ungerechtfertigte Einschränkung der grundlegenden Rechte von Pressefreiheit, Freiheit der Meinung und politischer Kunst. Ich wende mich gegen die Kriminalisierung politischer Meinungsäußerung und fordere die sofortige Einstellung aller Verfahren und Freispruch für die angeklagten Anhänger der „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“.

Name _____ Adresse _____ Beruf _____ Unterschrift _____

„Mord in heimtückischer Form“

Plädoyers im Sigrist-Prozeß

Im Prozeß gegen Christian Sigrist, angeklagt wegen „Beleidigung“ der Duisburger Polizei (er hatte diese des Mordes an dem Genossen Günter Routhier bezichtigt), begannen am 18.3. die Plädoyers. Es sprachen zuerst die Verteidiger, Rechtsanwältin Mechthild Düsing und Rechtsanwalt Otto Schily.

In den letzten Prozeßtagen entwickelten sich die Polizisten, bei ihren Aussagen über den Einsatz im Duisburger Arbeitsgericht, der zum Tode Günters führte, in heilloser Widersprüche. Der letzte Zeuge, Stullenberg (K 14, Politische Polizei), erinnerte sich dann vorsichtshalber an gar nichts mehr. Das quittierte sogar der Staatsanwalt mit der Bemerkung: „Es haben ja schon viele in diesem Prozeß wenig gewußt, aber an nichts hat sich noch keiner erinnert.“ — Szenenapplaus aus dem Publikum.

Zur Sprache kam auch nochmals der Versuch des Beamten Fifer (ebenfalls K 14), Günter Routhier als Spitzel gegen die KPD/ML anzuwer-

ben. Das war ein halbes Jahr vor Günters Tod. Von da an wußte Fifer genau, daß Günter Bluter war. Die Anwerbung klappte nicht, und Polizisten sind bekanntlich oft nachtragend ...

Die genaue Planung des Polizeieinsatzes, das Ziel des brutalen Überfalls, soll im Dunkeln bleiben.

Nachdem der Präsident des Duisburger 14. Kommissariats dem Antrag von Mechthild Düsing, die Akten des K 14 zum Vorfall zum laufenden Prozeß beizuziehen, widersprochen hatte (es liege „ein besonderes Schutzbedürfnis der innerdienstlichen Vorgänge“ vor!), stellte Frau Düsing den Beweis antrag, diese Akten zu beschlagnahmen. Das Gericht entsprach

dem Antrag, doch der Innenminister verhinderte die Offenlegung: Dadurch sei „das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen gefährdet“!

Das spricht noch mehr dafür, daß der Einsatz von langer Hand vorbereitet wurde, als gezielter Schlag gegen die Partei. Im Duisburger Arbeitsgericht, wo damals der Polizei-Einsatz stattfand, wurde eine Klage unseres Genossen Hanfried Brenner verhandelt. Und unter den Zuhörern waren mehrere Mitglieder und Freunde unserer Partei.

Die Schuld der Polizei am Tode Günters wurde ganz klar nachgewiesen, besonders durch das Gutachten des Gerichtsmediziners Krauland. Verantwortlich sind die Beamten, die Günter geschlagen und die Treppe hinuntergestoßen haben!

Diese Tat muß, so stellte Mechthild Düsing heraus, als

Mord, eventuell sogar als Mord in heimtückischer Form gewertet werden.

Otto Schily ergänzte, daß Professor Sigrist selbst unabhängig davon, ob der Mordvorwurf nach dem Buchstaben des Gesetzes in engster Auslegung haltbar sei, nicht verurteilt werden darf. Das juristische Vokabular entspreche nicht der Umgangssprache.

Alles andere als ein totaler Freispruch für Christian Sigrist wäre ein offensichtliches Justizverbrechen. Das weiß mit Sicherheit auch der Staatsanwalt, der am 25.3. sein Plädoyer halten wird. Ob dieses entsprechend ausfällt, steht allerdings wie immer in solchen Prozessen auf einem ganz anderen Blatt.

Darüber hinaus bleibt die Forderung, die Beamten, die Günter Routhiers Tod auf dem Gewissen haben, endlich zur Rechenschaft zu ziehen!

Zivildienst nur noch zu Fuß?

Volkskorrespondenz aus Bremen

Mitte März verteilt in Bremen Zivildienstleistende ein Flugblatt. Darin heißt es:

„Bremer Gericht entschied: Wer Auto fährt, muß auch zum Bund!

Sind wir mit Führerschein schon zum Töten ausgebildet?

Bremer Zivildienstleistende protestieren gegen das Urteil und fordern:

- **Aufhebung des Urteils!**
- **Abschaffung der Gewissensprüfung!**
- **Keine Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate!**

Und sie wiesen unter anderem darauf hin, was das Urteil: „Führerschein = Waffenschein“ bedeuten könnte:

„Konsequent verfolgt würde dies für Bremen bedeuten, daß ca. 110 Zivildienstleistende nicht mehr fahren könnten. Folgendes würde geschehen:

- Kein Essen käme mehr zu alten Leuten
- die Behinderten müßten zu Hause bleiben,
- der Unfallrettungsdienst wäre stark eingeschränkt,
- alte Leute könnten in ihrer Wohnung keine Hilfe mehr bekommen (Mobiler Hilfsdienst).

Dies zeigt, zu welchem Unsinn der Prüfungsversuch von Gewissen führt ...“

Am 18.3. demonstrierten in Bremen Zivildienstleistende des DRK, ASB, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der AWO gegen das Urteil. Mit Ca. 16 Fahrzeugen (Behindertentransporte, „Essen auf Rädern“ etc.) erschienen um 13 Uhr ca. 100 Zivildienstler auf dem Marktplatz. Sie wollten durch verschiedene Aktionen die Bevölkerung auf dieses skandalöse Urteil aufmerksam machen.

Solidarität mit dem Volk von El Salvador

Volkskorrespondenz aus Witten

Woche für Woche verschärfen Reagan und Haig die amerikanische Aggression gegen das Volk von El Salvador. Die Solidarität mit diesem Volk, das unter so großen Schwierigkeiten kämpfen muß, ist notwendiger denn je.

Bei uns in Witten fand sich ein erfreulich breites Aktionsbündnis zusammen, um gemeinsam eine Salvador-Veranstaltung zu organisieren. Das reichte von Unorganisierten und dem türkischen Arbeiterverein bis zur DKP und den Grünen. Und natürlich waren auch die KPD und die VOLKSFRONT aktiv mit dabei. Wir hatten einen Vertreter der salvadorianischen Revolutionären Demokratischen Front (FDR) eingeladen, der hier in der Bundesrepublik lebt. Die Veranstaltung wurde mit Flugblättern und Plakaten propagiert.

Und es kamen dann auch 70 Besucher, die ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf bekunden oder sich nur einmal aus erster Hand über die Verhältnisse in El Salvador informieren lassen wollten. Für eine politische Veranstaltung in unserer Stadt ist das schon eine ziemlich große Teilnehmerzahl.

Der Genosse von der FDR gab eine detaillierte Bericht über die gesellschaftlichen Verhältnisse in seinem Land. Daraus wurde sehr gut deutlich,

Da trugen zwei Rettungssanitäter einen „Kranken“ auf einem Stuhl durch die Oberstraße. Vornweg lief einer mit „Blaulicht“. Motto: Alternativer Fahrdienst. So, Leute, sähe es aus, wenn wir keinen Führerschein hätten.

„Essen auf Rädern“ wurde mit einem Fahrrad ausgetragen. Vorne am Gepäckträger einen Karton mit einer großen Kelle drin.

Die Wohlfahrtsverbände sahen allesamt ziemlich dumm aus, wenn es diese Zivildienstleistenden nicht gäbe. Die sind nämlich weitaus billiger als hauptamtliche Kräfte. So handelt und denkt der ASB auch sehr „kostendämpfend“ und ersetzte letzters vier Hauptamtliche durch vier Zivildienstler.

Zwei hauptamtliche Funktionäre des ASB versuchten, die Kriegsdienstgegner, die beim ASB sind, einzuschüchtern: Sie hätten „die Fahrzeuge unerlaubt benutzt“, „den Dialog nicht gesucht“, die Wagen würden „kostenpflichtig für die Zivildienstler abgeschleppt“. Das geschah allerdings dann doch nicht.

Um was es hier aber vor allem ging: Das Gewissen kann nicht geprüft werden! Sehr eindringlich wurde das durch eine dreiköpfige „Prüfungskommission“ und wechselnde Kriegsdienstgegner demonstriert. Weg mit der Gewissensprüfung!

Der Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Kähler, gab im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände der Empörung über das Bremer Urteil Ausdruck. Er schrieb den Zivildienstleistenden in diesem Sinne und kündigte an, Proteste bei allen zuständigen Institutionen einzulegen, wenn das Urteil ihnen vorliegt.

wie sich dort die Oligarchie der berüchtigten 14 Familien herausgebildet hat, die alle Reichtümer in ihren Händen konzentriert und das Volk gnadenlos ausbeutet. Aber dieser Zustand wurde nicht hingenommen. Der Widerstand des Vokes wurde so stark, daß sich die Oligarchie nur noch mit Hilfe eines terroristischen Militärregimes an der Macht halten konnte. Und heute ist sie ja bekanntlich sogar auf die unmittelbare militärische Unterstützung Washingtons angewiesen.

In der lebhaften Diskussion, die sich an den Vortrag anschloß, wurde unter anderem auch klar, welche Bedeutung die FDR als einheitliche Front aller demokratischen Kräfte in El Salvador hat. Zu Recht wurde auch darauf hingewiesen, daß der Zusammenschluß aller Kräfte eine Kampfaufgabe für jedes Volk ist und daß wir insofern auch von El Salvador lernen können.

Als Ausdruck der praktischen Solidarität wurde am Schluß der Veranstaltung eine Geldsammlung für den Befreiungskampf durchgeführt. Es kamen 70 Mark zusammen und der gleiche Betrag noch einmal durch das Eintrittsgeld von einer Mark pro Person. Alles in allem also eine erfolgreiche Veranstaltung.

Die Machenschaften der Firma M. Schreiber Transporte

Arbeiterkorrespondenz aus Tostedt

Als ich im Januar 1981 vom Arbeitsamt eine Vermittlung für die Firma Schreiber Transporte erhielt, fuhr ich im guten Glauben, daß ich eine feste Arbeitsstelle bekommen werde, nach telefonischer Anmeldung nach Jesteburg, um mich vorzustellen. Herr Manfred Schreiber suchte nach seinen Angaben einen festen, vollzeitbeschäftigten Kraftfahrer mit der Fahrerlaubnis Klasse 2.

Ich mußte noch am gleichen Nachmittag anfangen. Als ich am nächsten Tag meine Arbeitspapiere abgeben wollte, wies Herr Schreiber sie zurück, mit der Begründung, er brauche diese noch nicht. In gutem Glauben arbeitete ich weiter und fuhr in nur drei Tagen 48,5 Stunden. Als ich nun überraschend erkrankte, schickte

meine Frau die Arbeitspapiere mit der Krankmeldung an die Firma M. Schreiber. Meine Frau und mein Schwiegervater brachten die Folgebescheinigung der Krankmeldung zur Firma und fragten, wann ich in der nächsten Woche anfangen sollte. Erst einmal wies Herr Schreiber die Krankmeldung zurück mit der Antwort, daß ich bei ihm nur als Aushilfe beschäftigt gewesen sei. Dann sagte er noch, daß er mich nicht zu versichern brauche.

Herr M. Schreiber hat, wie ich vom Arbeitsamt (Herrn Rücker) erfahren habe, dort nur Vollzeitbeschäftigte gesucht und ist dort als noch suchend eingetragen. Am Wochenende kamen die Arbeitspapiere und die Krankmeldung von der Firma M. Schreiber zurück. Mit

einem Schreiben, das wörtlich lautete:

„Sehr geehrter Herr A.“

In der Anlage übersenden wir Ihnen Ihre Lohnsteuerkarte und das Versicherungsscheffelt zu unserer Entlastung zurück. Wir sehen hiermit ihre Einstellung als Kraftfahrer als beendet an, und zwar bedingt durch dreimaliges unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz sowie Arbeitsmangel. Außerdem erhielten wir ihre Arbeitspapiere erst am 31.1.1981. Evtl. noch fehlende Stunden wollen Sie bitte in Jesteburg anhand Ihrer Tachoscheiben geltend machen.“ (Meine Frau hatte die Firma am ersten Tag angerufen!)

Herr M. Schreiber teilte mir also mit, daß er meine Anstellung, die er vorher abstritt,

als beendet ansieht. Ich frage mich, wie es möglich ist, eine Anstellung zu beenden, wo er mich eigentlich nur als Aushilfe beschäftigte.

Da Herr M. Schreiber mich nicht versicherte, hatte ich also auch keinen Anspruch auf Krankengeld. Ich muß also meine Medikamente und die Behandlung durch meinen Hausarzt selber bezahlen.

Ich habe mich an das Arbeitsgericht gewandt und hoffte, dort mein Recht zu bekommen. Meiner Meinung nach hätte Herr M. Schreiber mir gleich mitteilen müssen, daß er mich nur zur Aushilfe beschäftigen würde.

Als nun der Termin mit der Ladung zum Arbeitsgericht kam, versicherte Herr M. Schreiber mich dann nachträglich bei der Ortskrankenkasse in Bremervörde, womit er meinen Meinung nach sein Unrecht eingestanden hat. Aber ich muß nun noch auf mein Krankengeld warten. Herr M. Schreiber teilte der Krankenkasse mit, daß er nun doch noch bis zum Kündigungsschreiben zahlen wird.

Neu erschienen:



inausgeschritten waren. Das chloemann-Konsortium wollte öffentlich keine Angaben darüber machen, was alles für das geplante Kaltwalzwerk schon konstruiert und fabriziert worden ist. Immerhin laufen aber inzwischen schon Entschädigungsverhandlungen mit der chinesischen Regierung.

Deutlicher ist das Bild hinsichtlich der in Japan aufgekündigten Verträge (unter anderem in Chemiekomplex für 1,1 Milliarden Mark und sieben Petrochemieanlagen für insgesamt 2 Milliarden Mark). Für viele der jetzt ersatzlos gestrichenen Aufträge für japanische Konzerne ist nahezu die Hälfte der Anlagen bereits produziert und verschifft worden. Und Japans Finanzminister Watanabe hat die Linie für Entschädigungsverhandlungen mit Peking bereits abgesteckt: Er forderte vollen Schadensersatz für die Resabonnement zum Preis von 25,- DM.

Kapitalisten gesorgt. Denn die Provinzregierungen haben von Peking auch das Recht zugestanden bekommen, nach Belieben Arbeiter aus anderen Betrieben herauszuziehen und sie den ausländischen Kapitalisten zuzuteilen.

So werden also die chinesischen Arbeiter wie in den Zeiten vor der Befreiung wieder als Arbeitssklaven für das ausländische Kapital schuften müssen. Und für die Bauern in China sind die Perspektiven sogar noch düsterer. Im Januar hielt sich auf Bitten der Peking Regierung eine Delegation der UNDO (Katastrophenhilfswerk der UNO) in den Provinzen Hebei (Nordchina) und Hubei (Mittelchina) auf. In diesen Provinzen hatte es starke Überschwemmungen bzw. Dürreperioden gegeben. Der Bericht, den die Delegation nach ihren Untersuchungen vorlegte, ist

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Inflation in der Tschechoslowakei aufgeführt. Sie werden dort als Stabsmanöver bezeichnet — genauso wie die jetzt angelaufene Übung Soju 81. Auch an den Sommermanövern von 1968 hatten sich relativ



Sowjetische

Bankrott des jugoslawischen „Inflation“ als Zentralorgan der KPD. Hiermit bestelle ich: Abonnement ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
- ☐ für 1/2 Jahr
- ☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich ☐ halbjährlich

DM 60.- DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift: (Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Radiothek und kein Ende!

Sofortige Wiedereinstellung des WDR-Redakteurs Ulrich Le?

Wir wollen die Radiothek und keinen Totenkopf!

27.3. ab 18.00 Uhr Glück Auf Saal

Abschlußfeier des WDR-Redakteurs Ulrich Le?

Neukirchen Vluyn

Die 3 Tornados, Frank Baier, Klaus der Geiger, Werner Worschech u.a.m.

Redakteur WDR mit: ...

Gruppe Solidaritätsunterstützung WDR-Redakteur Ulrich Le?

Veranstaltung organisiert (und finanziert) wird die Freundesgruppe vom WDR-Redakteur Ulrich Le?

Erfahrungen mit dem „Friedensplan der KPD“

Unser Friedensplan stößt auf Interesse

Zuschriften an den „Roten Morgen“

In der letzten Zeit sind bei uns eine ganze Reihe von Zuschriften zu unserem Friedensplan eingegangen, die beweisen, daß er bei vielen Kriegsgegnern auf Interesse stößt. Zustimmung und Kritiken werden geäußert, mit den Schreibern entwickelt sich ein Gedankenaustausch, der für das gemeinsame Ziel sehr nützlich ist. (Daß wir jeden Leserbrief hierzu beantworten, versteht sich am Rande.)

Einige Beispiele dafür führen wir in dieser und in folgenden Nummern des RM an, damit sich unsere Genossen und die Leser des RM ein Bild davon machen können. Nicht zuletzt soll dies ein Anstoß sein, noch offensiver mit unserem Friedensplan zu arbeiten, ihn überall bekanntzumachen.

Es schreiben uns auch Menschen, die von unserer Partei und ihrer Arbeit nicht viel wissen. Ein typischer Briefanfang: „Liebe KPD'ler! Neulich ist mir — weiß der Geier wie — Euer Friedensplan in die Hände gefallen. Zuerst eine Frage: Wer oder was ist eigentlich die KPD?“

Daß es sich auch lohnt, in Flugblättern auf den Friedensplan hinzuweisen (die Bestelladresse nicht vergessen!), beweist der folgende Brief: „In Brokdorf habe ich eines eurer Flugblätter erhalten. Nach dem Durchlesen forderte ich euren Friedensplan an, weil ich mehr über ihn erfahren wollte...“

Der Kernpunkt unseres Friedensplanes — die Forderung nach dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die Neutralität der Bundesrepublik — findet breite Unterstützung. Wie das Beispiel der DKP und der ihr nahestehenden Organisationen beweist, ist das gar nicht einmal so selbstverständlich. Diese Tatsache beweist aber wohl hauptsächlich, daß die DKP mit ihrem Manöver, zugunsten der Verhandlungen des russischen Sozialimperialismus mit dem amerikanischen Imperialismus diese alte Forderung der westdeutschen Arbeiterbewegung aufzugeben, tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen in unserem Lande vorbeigeht.

Mehrfach klingen Bedenken durch, wie sie J.S. aus Bad Homburg äußert: „Was ihr schreibt, klingt ganz gut, ist aber im Moment zumindest utopisch...“. Oder aus Essen: „... die USA (wird) eine Neutralität der BRD nicht hinnehmen. Es wäre sogar denkbar, daß in die-

sem Fall die USA intervenieren würden.“ Und J.H. aus Schwelm: „Eure Forderung nach Neutralität der Bundesrepublik und der DDR findet meine volle Unterstützung. Ich wäre schon mit der Neutralität der Bundesrepublik zufrieden... Inwieweit sich das verwirklichen läßt, sei dahingestellt. Das Ziel ist jedoch in Ordnung...“

M.P. aus Gütersloh schreibt: „...Ich habe euren Friedensplan gelesen und fand ihn sehr beeindruckend. Das wichtigste ist auch meiner Ansicht nach die Herabminderung der Kriegsgefahr. Ich persönlich bin im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und total gegen den Krieg, sowie alles, was Bundeswehr und Armeen angeht...“

Hier wird schon deutlich, daß sich auch Auseinandersetzungen über die Frage des Pazifismus ergeben. Wir erläutern dabei stets die Haltung unserer Partei, die sich aus den mit Blut bezahlten geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse ergeben: Eine Welt ohne Waffen wird es erst geben, wenn die Herrschaft der Kapitalisten gestürzt ist, wenn die Klasse, in deren Profitinteressen Millionen verblutet sind und wieder verbluten sollen, nicht mehr existiert. Der Weg dahin wird nicht gewaltfrei sein. Aber wir betonen die Notwendigkeit und die Möglichkeit hier und heute an einem Strang zu ziehen, wenn es um die Verhinderung des konkret drohenden Krieges geht. Diese Haltung durchzieht auch die Zuschriften, die wir von Menschen ganz unterschiedlicher Weltanschauung erhalten.

Das zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Das Gemeinsame muß im Vordergrund stehen

In einem Antwortbrief schreibt M.K. aus Essen: „...Für mich ist auch ganz klar, daß nur der Sturz der kapitalistischen Herrschaft einen lang andauernden Frieden sichern könnte, aber ich bin auch der Meinung, daß die absolute Abrüstung genauso für ein sozialistisches Deutschland gilt, denn auch in einer sozialistischen Gesellschaft ist nicht unbedingt Gewähr dafür gegeben, daß kein Krieg von diesem Boden ausgeht. Ich glaube, daß an diesem Punkt unsere Meinungen auseinandergehen. Wo ich voll und ganz eurer Meinung bin, ist die Forderung, daß alle friedliebenden Kräfte zusammenarbeiten müssen, über die Grenzen von Organisationen und Weltanschauungen hinweg, und daß Euer Friedensplan maßgeblich dazu beitragen kann. Wenn ich es nicht besser wüßte, müßte ich zu dem Schluß kommen, daß sich alle antifaschistischen Organisationen, wie z.B. die VVN, DFG/VK, Volksfront, etc. mit euch zu einer antifaschistischen Kampffront zusammenschließen würden; aber als Mitglied der drei genannten Organisationen, insbesondere der Volksfront, kenne ich die großen Schwierigkeiten, die da auf uns zukommen. (...)

Wenn man (...) die Schmidt/Genscher-Regierung

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden
Friedensplan der KPD

Zu beziehen über: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526.

und Leute wie Strauß, Geißler etc., die noch längst nicht aufgegeben haben, sieht, sieht man auch, daß unser Kampf für eine Neutralität der BRD, Abrüstung, gegen das Atomprogramm etc. immer schwerer wird. Das bedeutet für uns, daß wir unter allen Umständen eine breite antifaschistische Basis gegen den schleichenden Faschismus in diesem Land schaffen müssen. Ein weiterer Schritt dazu wäre eine noch weit engere Zusammenarbeit zwischen der KPD und der Volksfront. Ich schließe mich damit Deiner Hoffnung an, weiter im Gespräch zu bleiben und zu gemeinsamen Aktionen zu finden. (...)

Der Weg ist schwer; eine breitestmögliche Einheit, machtvolle Massenaktionen bieten die einzige Erfolgschance — so ist es. Das ist auch die Antwort, die man anderen Menschen, die Bedenken haben, geben muß. Wir müssen unsere Anstrengungen in dieser Hinsicht noch verstärken.

In den folgenden Nummern des RM werden wir noch weiter auf Stellungnahmen zu unserem Friedensplan eingehen und ausführlicher bestimmte Kritiken und Probleme behandeln.

Wir bitten auch alle Genossen, und Freunde unserer Partei, uns mehr Beispiele ihrer eigenen Arbeit mit dem Friedensplan zu berichten: auf welche Fragen stoßt ihr, wie beantwortet ihr sie, welche Probleme habt ihr selber damit?

Veranstaltung:

„Wie kämpft man für den Frieden?“

Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Zum Friedensplan der KPD
Donnerstag, 26.3.1981, 19 Uhr
in Lüneburg

Hotel Scheffler, Bardowicker Str. 7
— Eintritt frei —

Demonstration gegen US-Raketenbasis

Am Samstag, dem 14. März 1981, demonstrierten in Heilbronn etwa 500 Menschen gegen die amerikanische Raketenbasis und den Beschluß der NATO, in der Bundesrepublik „Pershing-II“-Atomraketen und die Marschflugkörper „Cruise Missiles“ zu stationieren. Für Heilbronn ist die Teilnehmerzahl sehr beachtlich. Aufgerufen hatte zu der Aktion der Antimilitaristische Arbeitskreis Heilbronn, in dem auch die KPD mitarbeitet.



In einem Flugblatt des Arbeitskreises heißt es unter der Überschrift „Tatsachen zur Waldheide und dem NATO-Nachrüstungsbeschluß“:

„1976 Bau der Raketenbasis WH; 8 unterirdische Hallen für Pershing-I-Raketen; Reichweite 750 Kilometer, Sprengkraft 60 bis 400 Kilotonnen; Wohntrakt für 250 Soldaten, Wirtschafts- und Lagergebäude sowie ein Werkstatttrakt.“

Dezember 1980: Auf der Raketenbasis stehen neun Raketen mit Köpfen auf vorbereiteten betonierten Abschußstellungen. Neun weitere stehen ohne Köpfe im hinteren Teil der Basis.

Bis zum Sommer '85 sollen in der BRD alle Pershing I durch Pershing II ersetzt werden. Reichweite 1 600 Kilometer, maximale Zielabweichung 45 Meter; Vorwarnzeit: keine, da die Strecke in vier bis sieben Minuten zurückgelegt wird.

Ab Herbst '84 sollen 160 „Cruise-Missiles“-Marschflugkörper in Europa stationiert werden, bis Sommer '88 weitere 304 Raketen dieses Typs. Sie tragen einen bis drei atomare Sprengköpfe, besitzen eine Reichweite von 2 500 Kilometern und unterfliegen im Zickzackkurs alle gängigen Radarsysteme in 30 Meter Bodenhöhe.

Allein die in Süddeutschland und am Niederrhein stationierten Pershing-Raketen haben eine Sprengkraft von 36 000 Kilotonnen. (...)

Viele verschiedene Organisationen haben sich an der Demonstration beteiligt und machten so deutlich, daß in dieser lebenswichtigen Frage die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gerückt werden müssen. Der Arbeitskreis betont: „Die Demonstration kann nur ein Anfang sein. Die Atomraketen sind

damit nicht verschwunden, der Nachrüstungsbeschluß nicht zu Fall gebracht, die Militarisierung von Staat und Gesellschaft nicht beendet. (...)“ Deshalb werden weitere Maßnahmen folgen. Unsere Partei arbeitet intensiv dabei mit.

Die Waldheider Aktion sollte viele Nachahmer finden!

Liebe Freunde,

beiliegend sende ich Euch einen Zeitungsartikel aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. März. Dies betrifft einen Hungerstreik in der Stuttgarter Innenstadt gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen. Er wurde von Klaus B. und Rainer M. aus eigener Initiative durchgeführt. Unterstützt wurde die Sache von sehr vielen Menschen, darunter waren auch die Kriegsdienstverweigerer und die VOLKSFRONT. Etliche andere Leute machten zum Beispiel Nachtwache, damit die beiden nicht überfallen werden. Sie halfen Unterschriften sammeln. Manche Passanten nahmen ganze Unterschriftenlisten mit und nachdem der Artikel in der Zeitung erschien, kamen etliche extra her zum Unterschreiben. Andere brachten Blumen mit, um ihre Solidarität zu demonstrieren.

Im folgenden schreibe ich einige Fragen, die ich ihnen ge-

Hungerstreik gegen Atomraketen

Volkskorrespondenz aus Stuttgart

stellt habe, auf und die Antworten dazu von den beiden Kollegen. Sie haben erlaubt, daß Ihr das Ganze abdruckt.

Aus welchem Grund macht Ihr den Hungerstreik?

Antwort: Wir glauben, daß im Falle der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa die Gefahr eines dritten Weltkriegs erheblich gesteigert wird und Europa bei Verwirklichung dieser Pläne im Fall eines Krieges vorerst sein geschichtliches Ende gefunden hätte. Die neue amerikanische Militärstrategie (Carter-Direktive 59), die kriegsvorbereitenden Reden der Reagan-Mannschaft, die für die Weltwirtschaft immer mehr an Bedeutung gewinnende Rüstungsindustrie lassen den Ernst

der Lage erkennen.

Diesem Ernst in unserer Friedensarbeit gerecht zu werden, das heißt, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie ernst wir und andere die internationale Entwicklung nehmen, haben wir uns aus Protest gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung zum Hungerstreik entschlossen.

Was seid Ihr von Beruf und wie alt seid Ihr?

Antwort: Rainer: Ich bin 25 Jahre alt und Fahrer. Klaus: Ich bin 19 Jahre alt und Photograph, zur Zeit arbeitslos.

Seit wann seid Ihr im Hungerstreik und wie lange werdet Ihr noch weitermachen?

Antwort: Seit Freitag, den 6. März befinden wir uns im

Hungerstreik. Beenden werden wir ihn am Samstag, den 14. März '81.

Wieviele Unterschriften habt Ihr bisher gesammelt? Wie haben die Leute, die vorbeikamen, reagiert?

Antwort: Bis Donnerstagabend haben wir 2210 (!) Unterschriften gesammelt. Die Reaktion der Leute war unterschiedlich. Beschimpfungen wie „Arbeits-scheues Gesindel“, „Moskau-treue ins KZ“, „Zelt abbrennen“ usw. waren öfters zu hören. Dagegen gab es aber auch viel Zustimmung, immer gepaart mit Worten wie „das bringt ja doch nichts“, oder „es gibt ja doch wieder Krieg, die machen ja doch mit uns, was sie wollen.“

Resignation und Hoffnungslosigkeit kommt bei fast allen Leuten, die unsere Sache unterstützen, durch. Wir haben uns überlegt, daß wir noch weitere Möglichkeiten haben. Zum Beispiel können wir bei Nichtbeachtung des Krefelder Appells, wenn eine Million Unterschriften zusammengekommen sind, und trotzdem niemand diese falschen Entscheidungen ändert, nochmal in vielen Städten einen Hungerstreik machen, alle genau zur gleichen Zeit, zum Beispiel 14 Tage lang oder so ähnlich. Auf keinen Fall wollen wir uns mit so gefährlichen Sachen einfach abfinden und resignieren.

Wie haben die Behörden auf Euren Hungerstreik reagiert?

Hattet Ihr deswegen irgendwelche Schwierigkeiten?

Antwort: Die Behörden haben keinerlei Schwierigkeiten gemacht, was umso erstaunlicher ist, da die genehmigte Quadratmeterzahl um vier Quadratmeter überschritten ist, der politische Inhalt scharf formuliert ist, und die Polizei zwecks harter Auseinandersetzungen am Zelt schon einmal einschreiten mußte.

Wohin gehen die gesammelten Unterschriften?

Antwort: Die von uns gesammelten Unterschriften werden zurück ans Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit geschickt und von dort nach Eintreffen einer Million Unterstützungsbekundungen an die Bundesregierung weitergeleitet. Die Sammlung wird bundesweit durchgeführt.

Wir hoffen, daß diese Masse von Appellen die Kapazität der Papierkörbe unserer Regierenden übertrifft, und die Bundesregierung damit gezwungen ist, endlich zu handeln.



Bauerndemonstrationen in Peking (1979)

Im Norden droht Hungersnot

China ist pleite

Aufbau der Schwerindustrie gestoppt

PEKING. — Als Anfang des Monats der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin den Haushaltsentwurf vorlegte, sparte er nicht an großen Worten. Seit der Zeit der Gründung der VR China sei die wirtschaftliche Lage so gut gewesen wie heute. Das Volk habe mehr Geld in der Tasche und mehr zu essen als je zuvor.

Wer immer das auch geglaubt haben mochte, er wurde bald darauf desillusioniert. In der „Volkszeitung“ nämlich las sich in der letzten Woche ganz anders. Dort wurde in aller Offenheit auf ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und auf drohende Einkommensverluste hingewiesen; verbunden natürlich mit dem Appell an die Massen, sich um die Peking-Führungsclique zusammenzuschließen und persönliche Einschränkungen hinzunehmen.

Tatsächlich eröffnet der von Yao vorgelegte Haushaltsentwurf den Werktätigen nur äußerst trübe Aussichten. Es ist ein drastisches Sparprogramm, in dem das Ausmaß der Krise deutlich wird, von der China heute getroffen ist. Im ganzen Land sollen „unprofitable Betriebe“ geschlossen und Investitionsvorhaben gestoppt oder eingeschränkt werden. Bei der Produktion von Stahl, Kohle und Öl werden die ursprünglichen Ziele erheblich gesenkt. All das wird vor allem zu einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen, von der jetzt schon 20 Millionen Menschen in China betroffen sind.

Anzubieten hat Yao den Werktätigen nur das Versprechen, die Versorgungslage würde sich bald bessern. Und als Weg zur Belebung der Wirtschaft pries er den „begrenzten Gebrauch vom Kapitalismus und von den Kräften des freien Marktes“ an. Vom Kapitalismus lernen — das war ja das Zauberwort der chinesischen Revisionisten, seitdem Teng Hsiao-ping sein Programm der „Vier Modernisierungen“ verkündet hatte. Tatsächlich jedoch hat dieses Programm in den letzten Monaten seinen vollständigen Bankrott erlebt, mit noch nicht abzusehbaren Folgen für die chinesische Wirtschaft.

Vor etwa drei Jahren hatte Teng den Monopolherren in der ganzen westlichen Welt den Mund wägrig gemacht, als er sein Programm verkündete, dessen Kern der Kauf von ganzen Industrieanlagen im westlichen Ausland und die in Aussicht gestellte Zusammenarbeit beim „Aufbau der chinesischen Industrie“ war. Allein in Japan

beispielsweise wollten die Peking-Führer bis 1985 Anlagen im Wert von 20 Milliarden Mark kaufen.

Angesichts solcher Geschäftslage lobte noch Mitte Januar der westdeutsche Stahlkapitalist und Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen: „Atemberaubend ist das Tempo, mit dem man die Kursänderung und die jetzt auf die Fahne geschriebenen vier Modernisierungen anpackt.“ In China selbst hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings schon die große Ernüchterung eingesetzt. Bereits im vergangenen September stellte eine chinesische Expertenkommission fest: „Das Investitionsprogramm ist buchstäblich außer Kontrolle geraten.“

Und im Februar sahen sich die Peking-Führer dann zu einem in der Geschichte wohl einmaligen Schritt gezwungen. Sie stornierten Aufträge für insgesamt über 20 Milliarden Mark, die sie an japanische, westdeutsche und amerikanische Konzerne vergeben hatten. Betroffen davon ist unter anderem auch die gesamte zweite Baustufe des Hüttenkomplexes von Shanghai-Baoshan, an der neben dem japanischen Konzern Mitsubishi auch ein westdeutsches Konsortium (Siemens, AEG u.a.) unter Führung der Schloemann-Siemens AG beteiligt war. Das Konsortium sollte für den Hüttenkomplex ein komplettes Kaltwalzwerk für eine Milliarde Mark beisteuern.

Schloemann-Boß Weiß, der nach der Stornierung des Auftrags mit Vertretern der chinesischen Regierung gesprochen hatte, sagte über die Gründe für den plötzlichen Stopp des Modernisierungsprogramms: Der Grund dafür sei nicht etwa die Angst der Chinesen vor einer höheren Verschuldung im westlichen Ausland oder vor Devisenzahlungen zu suchen. Vielmehr hätte ihm die Regierung klargemacht, daß sie ihren eigenen Beitrag für die einzelnen Projekte (z.B. Bauinvestitionen, Infrastruktur usw.) nicht mehr finanzieren könne. Der weitere Aufbau der Schwerindustrie sei vollständig eingestellt

worden. Mit anderen Worten: Peking ist pleite.

Wie ernst die Situation ist, wird deutlich, wenn man sich die Umstände der spektakulären Vertragsauflösung näher ansieht. Es handelt sich dabei nämlich durchweg um Projekte, die schon weit über die Planung hinausgeschritten waren. Das Schloemann-Konsortium wollte öffentlich keine Angaben darüber machen, was alles für das geplante Kaltwalzwerk schon konstruiert und fabriziert worden ist. Immerhin laufen aber inzwischen schon Entschädigungsverhandlungen mit der chinesischen Regierung.

Deutlicher ist das Bild hinsichtlich der in Japan aufgekündigten Verträge (unter anderem ein Chemiekomplex für 1,1 Milliarden Mark und sieben Petrochemieanlagen für insgesamt 1,2 Milliarden Mark). Für viele der jetzt ersatzlos gestrichenen Aufträge für japanische Konzerne ist nahezu die Hälfte der Anlagen bereits produziert und verschifft worden. Und Japans Finanzminister Watanabe hat die Linien für Entschädigungsverhandlungen mit Peking bereits abgesteckt: Er forderte „vollen Schadensersatz für die japanische Wirtschaft.“ Der Bankrott des Modernisierungsprogramms wird also noch gewaltige finanzielle Belastungen nach sich ziehen.

Inzwischen gewähren die Peking-Führer den „Kräften des freien Marktes“ und ausländischem Kapital auf andere Art freie Bahn in ihrem Land. Seit einigen Monaten haben sie den südöstlichen Provinzen Guangdong und Fukien weitgehende Privilegien eingeräumt. Die Provinzbörsen dürfen jetzt unabhängig von der Peking-Regierung auf eigene Faust Fremdkapital ins Land holen — zu äußerst günstigen Bedingungen für die ausländischen Kapitalisten. Ihnen wird sehr billiger Boden für Industrieansiedlungen angeboten und eine Besteuerung der Profite von nur 17 Prozent eingeräumt (im übrigen China gibt es bei gemeinsamen Unternehmen mit ausländischen Kapitalisten eine 45prozentige Profitsteuer.)

Dieses Sonderangebot zielt vor allem auf Kapitalisten in Hongkong ab, und tatsächlich haben sich bislang schon 300 Unternehmen aus der britischen Kolonie zu Investitionen zu diesen Bedingungen in Guangdong und Fukien entschlossen. Nicht zuletzt dürfte sie dabei der nie-

drige Preis der Arbeitskraft gereizt haben. Denn die Arbeiterlöhne in China sind nur ein Drittel oder gar ein Viertel so hoch wie in Hongkong (was ja auch schon als Billiglohnland gilt). Zudem ist auch für den Nachschub von Arbeitskräften die Fabriken der ausländischen Kapitalisten gesorgt. Denn die Provinzregierungen haben von Peking auch das Recht zugelassen, daß sich aus dem Manöver heraus eine militärische Besetzung Polens ergeben könnte.

In der Liste der Armeezeitung sind auch die Sommermanöver von 1968 in der Tschechoslowakei aufgeführt. Sie werden dort als Stabsmanöver bezeichnet — genauso wie die jetzt angelaufene Übung Sojus 81. Auch an den Sommermanövern von 1968 hatten sich relativ wenige sowjetische Soldaten beteiligt, nämlich 16000 Mann mit 4500 Fahrzeugen. Diese Einheiten waren aber die Stäbe einer gewaltigen Streitmacht: von zwei Armeen und zwei Luftlandeeinheiten. Sie bereiteten bis ins kleinste die sowjetische Intervention vor, die dann wenige Wochen später erfolgte.

Die polnische Armeezeitung „Zolnier Wolnosci“ hat in der vergangenen Woche eine Liste aller seit 1962 durchgeführten gemeinsamen Manöver veröffentlicht. Das dient offenbar dazu, die jetzige Übung als etwas Gewöhnliches erscheinen zu lassen und Befürchtungen zu zerstreuen, daß sich aus dem Manöver heraus eine militärische Besetzung Polens ergeben könnte.

Ein Sündenbock für die tiefe Krise der kapitalistischen chinesischen Wirtschaft, für Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit, ist jedenfalls schon gefunden. Nach polnischem Vorbild soll der Generalsekretär der Partei in die Wüste geschickt werden. Bei dem wahrscheinlich noch in diesem Frühjahr tagenden Plenum der Zentralkomitees wird Hua Kuo-feng alle Ämter verlieren.

Stabsübung Sojus 81

Sowjetisches Manöver in Polen

WARSAWA. — Mitte der vergangenen Woche teilten polnische Zeitungen den Beginn des Stabsmanövers Sojus 81 mit. Es wurden jedoch weder Angaben über die Zahl der daran beteiligten Truppen noch über die Dauer der Übung gemacht.

An dem Manöver sind Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Sowjetunion, der DDR, der Tschechoslowakei und Polens beteiligt. Es findet auf dem Territorium der vier beteiligten Länder statt. Die Sowjetunion beziffert die Zahl der Soldaten auf weniger als 25000 Mann. Zu Beginn des Manövers stattete der Oberste Befehlshaber der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, der sowjetische Marschall Kulikow, der polnischen Führung einen Besuch ab. Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt.

Die polnische Armeezeitung „Zolnier Wolnosci“ hat in der vergangenen Woche eine Liste aller seit 1962 durchgeführten gemeinsamen Manöver veröffentlicht. Das dient offenbar dazu, die jetzige Übung als etwas Gewöhnliches erscheinen zu lassen und Befürchtungen zu zerstreuen, daß sich aus dem Manöver heraus eine militärische Besetzung Polens ergeben könnte.

In der Liste der Armeezeitung sind auch die Sommermanöver von 1968 in der Tschechoslowakei aufgeführt. Sie werden dort als Stabsmanöver bezeichnet — genauso wie die jetzt angelaufene Übung Sojus 81. Auch an den Sommermanövern von 1968 hatten sich relativ

wenig sowjetische Soldaten beteiligt, nämlich 16000 Mann mit 4500 Fahrzeugen. Diese Einheiten waren aber die Stäbe einer gewaltigen Streitmacht: von zwei Armeen und zwei Luftlandeeinheiten. Sie bereiteten bis ins kleinste die sowjetische Intervention vor, die dann wenige Wochen später erfolgte.

Die Gefahr, daß sich die damaligen Ereignisse heute in Polen wiederholen, besteht nach wie vor. Breschnew hat der polnischen Führung im Anschluß an den sowjetischen Parteitag das Ultimatum gestellt, „den Lauf der Ereignisse umzukehren“. Mit der Entwicklung in den letzten Wochen aber dürften die Kreml-Herren wohl kaum zufrieden sein. In Radom hat die Kania-Clique eine neue schwere Niederlage hinnehmen müssen. Die Arbeiter der Stadt haben den Rücktritt des regionalen Parteiführers und des Chefs der Bezirksverwaltung erzwungen. Beide waren maßgeblich an der brutalen Niederschlagung der Arbeiterkämpfe im Jahr 1976 beteiligt gewesen.

Inzwischen haben die Forstarbeiter und die Arbeiter der Holzindustrie Streiks angekündigt, um die Einhaltung von Vereinbarungen, die sie mit der Regierung abgeschlossen hatten, durchzusetzen.



Sowjetische Panzertruppe.

Bankrott des jugoslawischen „Sozialismus“

Inflation steuert auf 100 Prozent zu

BELGRAD. — Die titoistische Spielart des modernen Revisionismus — das sogenannte Selbstverwaltungssystem — gerät immer tiefer in die Krise. Für den Verlauf dieses Jahres deutet sich eine Inflationsrate von 100 Prozent an.

Bereits 1980 betrug die offizielle Inflationsrate 40 Prozent. Die Löhne hinkten hinter die Teuerung erheblich hinterher. Die Werktätigen mußten im Verlauf des vergangenen Jahres eine Senkung des Lebensstandards von acht Prozent hinnehmen.

Allein in diesem Januar stiegen dann die Lebenskosten um weitere 7,5 Prozent an; bei Industriegütern wurde sogar ein Preisauftrieb von neun Prozent errechnet. Dieses Tempo der Teuerung hielt auch im Februar ungebrochen an. Wenn sich der Trend über das ganze Jahr fortsetzt, und davon gehen die Experten aus, muß mit einer Inflationsrate von sage und schreibe 100 Prozent gerechnet werden, was dann den Lebensstandard der Werktätigen noch wesentlich drastischer abbauen würde als im vorigen Jahr.

Auch im Außenhandel ist die Situation katastrophal. Die Regierung hatte für dieses Jahr eine Steigerung des Exports um

sieben Prozent geplant. Im Januar aber war nicht nur keine Steigerung zu verzeichnen, der Export war sogar um elf Prozent zurückgegangen. Bis Mitte dieses Jahres dürften sich die jugoslawischen Außenhandels-schulden auf die gewaltige Zahl von 20 Milliarden Dollar summieren haben. In dieser Situation sehen die titoistischen Führer in Belgrad ihr Heil in einer zunehmenden Kreditaufnahme im westlichen Ausland. Um die Jahreswende hat allein der Internationale Währungsfonds Kredite von insgesamt 2,2 Milliarden Dollar zugesagt.

Diesen Weg der Aufnahme immer neuer Kredite im Westen sieht auch die polnischen Revisionisten gegangenen — bis schließlich ein Zustand erreicht war, wo sämtliche Exporterlöse vom Schuldendienst geschluckt wurden. Und es gehört keine Prophezie dazu, der jugoslawischen kapitalistischen Wirtschaft polnische Verhältnisse vorauszusagen.

Putsch in Spanien

Washington war eingeweiht

MADRID. — In der vergangenen Woche legte die spanische Regierung dem Parlament einen geheimen Bericht über den gescheiterten Putsch vom 23. Februar vor. Zur gleichen Zeit verdichteten sich die Anzeichen dafür, daß die Fäden der Verschwörung bis nach Washington reichten.

Selbst die neue Regierung des reaktionären Zentrumspräsidenten Calvo Sotelo hielt es für nötig, dem US-Präsidenten Reagan gegenüber offiziell ihre „tiefe Enttäuschung“ über die amerikanische Haltung während des Putsches auszudrücken. Reagans Außenminister, der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Haig, hatte in der Nacht vom 23. Februar nur eine kurze Erklärung abgegeben: Die USA würden sich nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen. Danach folgte ein langes Schweigen von 24 Stunden. Und erst nachdem völlig klar wurde, daß der Putsch gescheitert war, meldeten sich die Reagan-Leute wieder zu Wort — mit einem Glückwunschtelegramm an die spanische Regierung.

In Madrid wird die Haltung Washingtons so interpretiert, daß Reagan ein Gelingen des Putsches nicht ungern gesehen hätte. Die westeuropäischen Regierungen jedenfalls hatten sich noch in der Nacht des 23. Februars ausnahmslos für die Erhaltung der „verfassungsmäßigen Ordnung“ in Spanien ausgesprochen.

Inzwischen ist auch deutlich geworden, daß Reagan und Haig nicht von dem Putsch überrascht wurden. Die liberale spanische Zeitung „El País“ berichtete in der vergangenen Woche, daß die Verschwörer vor ihrem Putschversuch zweimal mit hohen Mitgliedern der US-Regierung Kontakt aufgenommen und nach einer eventuellen Unterstützung für den Staatsstreich gefragt hätten. Washington habe daraufhin zwar keine Putschhilfe zur Verfügung gestellt, eine Zusammenarbeit mit

den faschistischen Verschwörern jedoch „nicht ausgeschlossen“.

Diese Tatsache wurde auch vom Chef der sozialdemokratischen Partei, Felipe Gonzales, bestätigt. Nach seinen Informationen, so Gonzales in der vergangenen Woche, habe man in Washington auf die Frage, wie sich die Reagan-Regierung bei einem Putsch nach türkischem Vorbild verhalten würde, geantwortet: Man sei nicht dafür, aber auch nicht unbedingt dagegen. Nach Angaben der spanischen Zeitung „Cambio 16“ war der amerikanische Geheimdienst CIA auch in die konkreten Putschpläne eingeweiht, habe sein Wissen aber der spanischen Regierung nicht mitgeteilt.

Diese Informationen erhelten die offizielle amerikanische Reaktion in der Nacht des Putsches. Man wollte offenbar die Entwicklung erst einmal abwarten und sehen, wer sich im Endeffekt durchsetzen würde. Der Verzicht auf eine offizielle Verurteilung des Putsches jedoch ist ein deutliches Signal an die Verschwörer gewesen, daß sie nach einem Gelingen ihres Staatsstreiches auf die Unterstützung Washingtons rechnen könnten.

Diese Tatsachen führen dem ganzen spanischen Volk in aller Dringlichkeit vor Augen, wie gefährlich die militärische Allianz mit der amerikanischen Supermacht ist und wie verhängnisvoll es wäre, wenn das Land (wie es Washington und die spanische Regierung wollen) auch noch Mitglied des amerikanischen Kriegspakts NATO wird. Schon heute haben die amerikanischen Imperialisten

vier Stützpunkte und mehrere Radarstationen auf dem Territorium Spaniens, die ihnen noch vom faschistischen Diktator Franco eingeräumt wurden. Erst auf Druck der Volksbewegung ist es den Amerikanern in dem vor zwei Jahren verhandelten Stützpunktabkommen untersagt worden, in ihren spanischen Militärbasen Atomwaffen zu lagern.

In diesem Jahr wird das Abkommen neu verhandelt. Und in dieser Tatsache ist sicher auch einer der Gründe für die wohl-

dungen der faschistischen Putschisten zur US-Regierung bekannt wurden, wird die anti-amerikanische Bewegung in Spanien neuen Auftrieb erhalten.

Die Regierung in Madrid legte dem spanischen Parlament in einer Geheimsitzung ihren Untersuchungsbericht über den Putsch vom 23. Februar vor. Die spanischen Zeitungen sorgten anderntags dafür, daß der Bericht trotz der Geheimhaltung veröffentlicht wurde. Er enthält allerdings nichts neues



Putschisten im spanischen Parlament

wollende Haltung der Reagan-Leute gegenüber den Putschisten zu suchen. Denn von einem Militärregime, wie es die Verschwörer errichten wollten, hätte sich Washington die erneute Stationierung von Atomwaffen erhoffen können. Zudem gibt es in Spanien eine breite Massenbewegung für den Abzug aller amerikanischen Militärs aus dem Land und gegen den NATO-Beitritt. Mit dieser Bewegung hätte ein faschistisches Militärregime zur Freude der Reagan-Leute nach türkischem Vorbild aufgeräumt. Jetzt aber, nachdem die Verbin-

über schon bekannte Tatsachen hinaus. Vielmehr ist auch hier wieder einmal das Bemühen der Regierung zu spüren, eine wirkliche Untersuchung der Hintergründe des Putsches ebenso zu verhindern wie eine Bestrafung der daran beteiligten Militärs und Zivilisten.

Lediglich eine verschwindend kleine Zahl der Putschisten ist bislang angeklagt worden — die übrigen Verschwörer haben weiter Kommandogewalt in Armee und Polizei und können in aller Ruhe daran gehen, den nächsten Putsch vorzubereiten.

Meldungen

Schlappe für Thatcher

Große Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Partei hatte die britische Regierungschefin Thatcher bei der Verabschiedung des Haushalts für 1981/82, der unter anderem drastische Steuererhöhungen vorsieht. Acht Mitglieder der konservativen Fraktion im Parlament stimmten gegen den Haushalt, 25 weitere enthielten sich der Stimme, ein Abgeordneter lief während der Haushaltsdebatte sogar zu der Gruppe über, die sich kürzlich von der Labour-Partei abgespalten hat.

So blieb Margaret Thatcher nur eine Mehrheit von ganzen 14 Stimmen; eine schwere Schlappe angesichts der Tatsache, daß die Regierung im Unterhaus über eine absolute Mehrheit von 42 Stimmen verfügt.

USA: Krankenhäuser werden für Krieg vorbereitet

Die Reagan-Regierung macht nun auch im zivilen Bereich Ernst mit den Kriegsvorbereitungen. Das Pentagon hat die zivilen Krankenhäuser der USA dazu aufgefordert, 50000 Betten bereitzustellen, um die Opfer aufzunehmen, die bei Beginn eines größeren Krieges in den USA erwartet werden.

Das Pentagon erläuterte seine Aufforderung mit dem Hinweis, daß die Hilfe der zivilen Krankenhäuser besonders in den ersten Monaten eines solchen Krieges notwendig sei, weil die Militärlazarette wahrscheinlich bei der zu erwartenden großen Zahl von Verwundeten überfordert wären. Bisher haben sich schon 58 Krankenhäuser bereit erklärt, rund 4200 Betten bereitzustellen.

Reagan beraubt Arbeitslose

Zu den Folgen des Entwurfs von Präsident Reagan für den nächsten Staatshaushalt äußerte sich jetzt in aller zynischen Offenheit ein Vertreter der neuen Regierung. Lawrence Weatherford, stellvertretender Unterstaatssekretär im US-Arbeitsministerium erklärte, nach diesem Entwurf würde eine Million arbeitsloser Amerikaner entweder weniger oder überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen. Diese Maßnahmen, so Weatherford, würden dabei helfen, diejenigen loszuwerden, die so lange auf dem System herumreiten, bis die Mittel erschöpft sind und sich erst dann nach Arbeit umsehen.

485000 Arbeitslose sollen ganz ausgesteuert werden, bei 570000 weiteren will die Reagan-Regierung die Mittel dra-

stisch kürzen. Unterdessen beginnen die Sparmaßnahmen der neuen Regierung zu greifen und auf dem Weg über Massenentlassungen einen neuen Schub von Arbeitslosigkeit zu produzieren. Ein Beispiel dafür war jetzt die mit Bundesmitteln unterstützte Eisenbahngesellschaft Conrail. Aufgrund des Reagan-schen Sparprogramms muß die Gesellschaft 200 Millionen Dollar einsparen. Und wo setzen die Conrail-Bosse den Hebel dafür an? Natürlich im Personalbereich. 21000 Eisenbahner werden auf die Straße gesetzt. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Sudan bietet den USA Stützpunkte an

Der sudanesishe Präsident Numeiri hat Washington die Nutzung militärischer Anlagen im Sudan angeboten. Heute schon bilden US-Offiziere die Streitkräfte dieses Landes aus. Numeiri forderte nun die Reagan-Regierung dazu auf, Flugplätze im Sudan anzulegen, die der sudanesischen Armee übergeben werden sollten, im Ernstfall aber von den amerikanischen Streitkräften genutzt werden könnten.

Wenn Reagan dieses Angebot annimmt — woran kaum zu zweifeln ist — wäre das ein weiterer Schritt bei der Verwandlung ganz Nordost-Afrika in ein militärisches Aufmarschgebiet der beiden Supermächte. Die USA verfügen jetzt schon über Militärbasen in Ägypten, Somalia und Kenia. Die Sowjetunion hat Stützpunkte in dem von ihr kontrollierten Äthiopien angelegt.

UNO verurteilt libanesishe Milizen

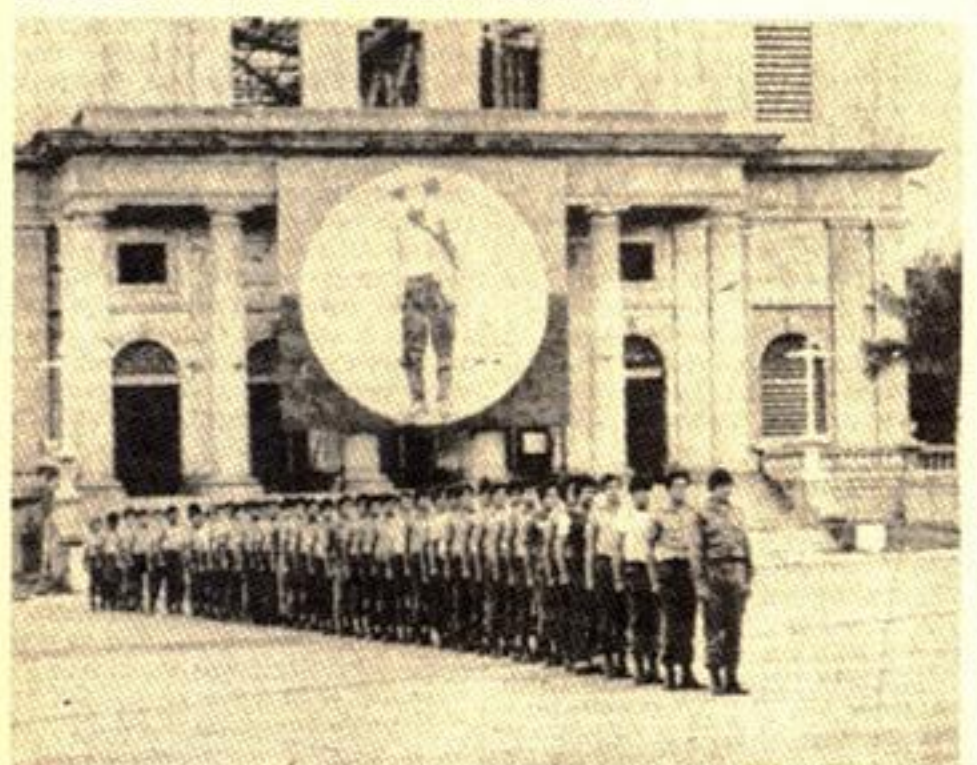
Der UN-Sicherheitsrat hat in scharfer Form den Angriff faschistischer Milizen auf das Dorf Kantara im Südlibanon verurteilt. Bei dem Angriff waren zwei nigerianische Soldaten der sogenannten Friedenstruppe der UNO (Unifil) getötet und 20 weitere verwundet worden. Außerdem wurden auch zehn Dorfbewohner und vier libanesishe Soldaten verletzt.

Die faschistischen Milizen haben unter der Führung des Majors Haddad im Südlibanon faktisch einen eigenen Staat errichtet. Lebensfähig ist dieser Staat jedoch nur durch die Unterstützung Israels, in dessen Auftrag die Milizen immer wieder mit brutalen Terrorakten gegen palästinensische Flüchtlinge und die südlibanesishe Bevölkerung vorgehen. Wiederholt haben sie dabei auch Soldaten der Unifil angegriffen, ohne daß die UNO jedoch einen Versuch unternommen hätte, dem terroristischen Treiben der faschistischen Milizen mit einem militärischen Schlag gegen die Banden entgegenzutreten.

Nach Reagans Drohungen gegen Nicaragua

Das Volk organisiert sich in Milizen

MANAGUA. — Immer unverhüllter sind die Kriegsdrohungen der Reagan-Regierung gegen das nicaraguanische Volk, das in langen, opferreichen Kämpfen die Diktatur der US-Marionette Somoza gestürzt hat. Im Zuge ihrer Aggression gegen El Salvador haben die amerikanischen Imperialisten eine Kampagne gegen angebliche Waffenlieferanten der salvadorianischen Partisanen eröffnet.



Junge Milizionäre üben auf dem Platz vor der Kathedrale der Hauptstadt Managua

Sie beschuldigen Nicaragua, Transitland für solche Lieferungen zu sein und kündigen immer lauter Schritte zur Unterbindung der angeblichen Waffentransporte an. Neben solchen unverhohlenen Kriegsdrohungen ist Washington inzwischen

auch zu praktischen Schritten gegen Nicaragua übergegangen. So wurden noch unter Carter vereinbarte Kredite an das mittelamerikanische Land, mit denen Weizenkäufe finanziert werden sollten, von Reagan gekündigt. Ein deutlicher Ver-

such, die durch den Bürgerkrieg verursachten wirtschaftlichen Probleme weiter zu verschärfen und die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu sabotieren.

Aber auch die militärische Aggression gegen Nicaragua hat längst begonnen. In den amerikanischen Städten Miami und New Orleans haben faschistische Banden ihren Sitz, die zu meist aus ehemaligen Somoza-Soldaten gebildet wurden. Sie unterhalten in den unter US-Kontrolle stehenden Nachbarländern Nicaraguas Operationsbasen und stoßen von dort aus immer wieder auf nicaraguanisches Gebiet vor. Durch Massaker an Bauern und andere Mordaktionen versuchen sie die Grenzbevölkerung zu terrorisieren.

Aber auch im Innern des Landes operieren solche Banden. Ihre bevorzugten Opfer sind die Beauftragten der Regierung für die Landreform. Viele von ihnen sind schon den Anschlägen der proamerikanischen Terroristen zum Opfer gefallen.

Als Antwort auf die Tätigkeit der konterrevolutionären Banden und die Kriegsdrohungen aus Washington hat die Regierung von Nicaragua das ganze Volk aufgerufen, sich in Milizen zu organisieren. In dem

Aufruf heißt es: „Unser Volk muß sich auf Aggressionen vorbereiten, die bereits auf ökonomischem Gebiet begonnen haben, z.B. durch das Aussetzen des 75-Millionen-Kredits aus den USA. Das Volk muß auf die schwersten ökonomischen Repressionen gefaßt sein, die unser Leben noch weiter erschweren werden. (...) Auch müssen wir uns gegen die bewaffnete Aggression rüsten. Die Verteidigung der nationalen Souveränität, der Unversehrtheit unseres Bodens und der revolutionären Macht ist nicht nur Aufgabe der bewaffneten Streitkräfte, des Heeres. Es ist eine Aufgabe, die nur von Erfolg sein kann, wenn sie vom ganzen Volk übernommen wird. (...) Das ganze Volk in die Milizen ist die Aufgabe der Stunde.“

Dieser Appell ist sofort zustimmend aufgenommen und verwirklicht worden. Die Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauenorganisation, Sandinistische Jugend usw.) haben ihre Mitglieder dazu aufgerufen, den Milizen beizutreten. Die Kampfseinheiten werden jetzt auf der Basis der Massenorganisationen gebildet, so daß beispielsweise die Mitglieder der Gewerkschaft in einem Betrieb gemeinsam mit der Ausbildung zu einer Milizgruppe beginnen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





„Verhindert das ‚Gesamtschulverhinderungsgesetz‘!“

Kölner Schüler streiken und demonstrieren

KÖLN. — Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat einen Gesamtschul-Gesetzesentwurf vorgelegt, den die Schüler weitgehend als ein „Gesamtschulverhinderungsgesetz“ charakterisieren. 10 000 Schüler demonstrierten am 17. März in Köln gegen die Pläne der SPD-Landesregierung.

„Wir werden streiken! Wir werden den neuen Gesamtschul-erlaß niemals zulassen!“ So heißt es in einem Aufruf zum Aktionstag am 17.3.

Im Wahlkampf hatte die SPD sich wortreich für den Ausbau des Gesamtschulkonzepts ausgesprochen. Jetzt sehen sich Schüler, Eltern und Lehrer hinter Licht geführt:

vorher ausgeklüngelt hat.“ (Aus einem Flugblatt der Bezirks-schülerversammlung Köln)

Die Gesamtschulen bieten, das hat die zehnjährige Erfahrung auch in Köln gezeigt, mehr Chancengleichheit gerade für Kinder aus Arbeiterfamilien. Der Streik ist geringer, ebenso die Prüfungsangst, die Schule macht mehr Spaß. Eine Ent-

pro Woche

- Gesamtschulen auch ohne gymnasiale Oberstufe

Dagegen fordern die Schüler:

- Gesamtschulen als Ganztagschulen, weil sonst das gesamte pädagogische Konzept der Gesamtschule stark beschnitten würde
- Keine Bestandsgarantie für das dreigliedrige Bildungssystem, weil das die Durchsetzung des besseren Systems blockiert



5 000 Schüler demonstrierten in Köln gegen den Gesamtschul-Gesetzesentwurf der Landesregierung.

„In den nächsten vier Jahren sollen nach Worten von Kultusminister Jürgen Girsensohn nur acht weitere Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen errichtet werden.“

Wir fühlen uns getäuscht. Getäuscht von solchen Männern wie Girsensohn, die im letzten Landtagswahlkampf noch ihren Rücktritt für den Fall angeboten haben, daß es in der Gesamtschulfrage nicht zu einer befriedigenden Lösung komme.

Wir finden es nicht befriedigend, wenn die Gesamtschule der Rotstiftpolitik und den konservativen Eltern- und Lehrerverbänden sowie der CDU geopfert werden soll, mit der die SPD-Landesregierung diesen Gesetzesentwurf offensichtlich

scheidung über den endgültigen Bildungsweg fällt erst im 9. Schuljahr, nicht bereits im vierten.

Eine Verwirklichung des SPD-Gesetzesentwurfes würde bedeuten:

- Gesamtschule nur noch als Ersatz Hauptschule
- Gesamtschule als Halbtagschule
- Fortbestehen von Realschulen und Gymnasien ohne Rücksicht auf rückläufige Schülerzahlen und den Elternwillen
- Keine Errichtung von Gesamtschulen in ländlichen Gebieten
- Unzumutbare Belastung der Lehrer durch Erhöhung der Stundenzahl von 24 auf 26

- Gesamtschule nur mit Oberstufe
- Keine Erhöhung der Lehrer-arbeitsstunden
- Errichtung von Gesamtschulen überall da, wo Eltern es wünschen
- Gesamtschule als Regelschule
- Verkleinerung der Klassen, mehr Lehrer für Gesamtschulen
- Nicht acht, sondern 30 neue Gesamtschulen in den nächsten vier Jahren!

Am 17.3. erfolgte dann der Unterrichtsboykott und die Demonstration von etwa 10 000 Schülern durch die Kölner Innenstadt zum Neumarkt. Die Aktion wurde von der GEW unterstützt.

Erfahrungen aus anderen Ländern Hartgummigeschosse können töten

Wenn die bundesdeutsche Polizei Gummiwuchtgeschosse, Hartgummigeschosse in verschiedenen Variationen, einsetzt, folgt sie damit dem Beispiel der Polizei in anderen kapitalistischen Ländern. Dort kommen diese Geschosse schon seit Jahren zum Einsatz, besonders gegen Demonstranten. Und aus dieser Erfahrung weiß jeder Politiker in der Bundesrepublik genau: von der gepriesenen „mannstoppenden Wirkung“, ohne zu Töten“, stimmt nur die „mannstoppende Wirkung“.

Hartgummigeschosse sind Bürgerkriegswaffen. Ständig zur Anwendung kommen sie durch die englischen Besatztruppen in Nordirland. Dort werden sie sogar gegen Kinder eingesetzt. Am 10. Oktober 1976 zum Beispiel starb der 13jährige Brian Stewart in Belfast an seinen Verletzungen durch diese Waffe.

Eingesetzt werden Hartgummigeschosse auch in Frankreich, Spanien und der Schweiz. Bei den außergewöhnlich brutalen Polizeieinsätzen in Zürich, die seit dem Herbst 1980 zur Niederschlagung der Jugendbewegung erfolgen, werden sie dauernd benutzt. Durch eine Hartgummikugel verlor ein junges Mädchen dabei ein Auge. Viele Menschen werden dadurch schwer verletzt.

Im übrigen ist die Rolle des Vorbilds eher auf Seiten der deutschen Polizisten. Die Bürgerkriegstruppe „GSG 9“ hat entsprechende Einheiten in der Schweiz und auch bei der faschistischen spanischen Polizei ausgebildet.

Die Tatsachen belegen ganz

klar, daß es bei der Einführung der Hartgummigeschosse nicht darum geht, bei der „notwendigen Verteidigung“ der Polizisten vor Gewalttätern „den Einsatz von Schusswaffen zu vermeiden“. Ihr Einsatz ist als eine Art Vorstufe gedacht. Man soll sich langsamer an verschärfte Polizeigewalt gewöhnen.

Und man sollte es nicht einfach als Zufall werten, daß sich gerade in dieser Zeit, wenn auch formell außerhalb der „Gewaltdiskussionen“ anlässlich der Nürnberger Ereignisse, auch führende SPD-Gremien positiv über die Legalisierung des „finalen Rettungsschuß“ genannten gezielten Todesschusses durch Polizeibeamte äußern, wie vor wenigen Tagen die SPD in Niedersachsen.

Die wenigstens in Worten zur Voraussetzung für die Tötungserlaubnis angegebene „gegenwärtige Bedrohung für Leib und Leben“ wurde von Einsatzleitern der Polizei bereits bei den Hausbesetzerdemonstrationen der letzten Wochen ebenso geltend gemacht wie etwa in Brokdorf.

Die KPD fordert in diesem Zusammenhang:

- Keine Bürgerkriegswaffen für die Polizei!
- Auflösung der Bürgerkriegstruppen, der MEKs, SEKs usw.!
- Generelles Verbot des Einsatzes von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung unseres Landes!
- Weg mit dem Todesschußgesetz!
- Uneingeschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit!

Elf Jahre nach dem Massaker von Mailand Faschistische Mörder freigesprochen

Auf große Empörung ist in Italien eine skandalöse Entscheidung des Appellationsgerichts von Catanzaro gestoßen. Die Hauptverantwortlichen für das Blutbad auf der Piazza Fontana in Mailand wurden „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen.

Am 12. Dezember 1969 war in der Mailänder Landwirtschaftsbank eine Bombe detoniert. 16 Menschen fanden den Tod, 88 wurden schwer verwundet. Dieses Blutbad war der Auftakt einer Serie von faschistischen Mordanschlägen, die bis heute anhält. Nach dem Massaker von Mailand wurde auch die Strategie formuliert, in deren Rahmen diese Terrorakte ausgeübt werden. Es ist die „Strategie der Spannungen“, mit der die italienischen Faschisten ein Klima der Angst und des Schreckens schaffen wollen, um einen Militärtputsch zu provozieren.

Nach dem Anschlag von Mailand erfolgte aber nicht etwa ein Schlag gegen die faschistischen Banden. Die Ermittlungsbehörden gingen vielmehr einer angeblichen „pista rossa“, einer „roten Spur“ nach und versuchten so, das Massaker den italienischen Linken in die Schuhe zu schieben. Nicht aus Dummheit oder Unfähigkeit ließen sie die wirklichen Massenmörder unbehelligt. Als beispielsweise der Polizeikommissar Juliano angesichts der erdrückenden Beweise auf die faschistische Täterschaft an dem Anschlag hinwies, wurde er sofort strafversetzt.

Aber schließlich ließ sich die Wahrheit nicht mehr unterdrücken, und es zeigte sich auch,

warum die Behörden ein so starkes Interesse an ihrer Vertuschung gehabt hatten. Als Haupttäter nämlich wurden schließlich die Faschisten Freda, Ventura und Gianettini ermittelt. Letzterer war während der Tatzeit Agent des italienischen Geheimdienstes SID. Im Laufe der sich über Jahre hinschleppenden Verhandlungen wurden dann Stück um Stück gegen den zähen Widerstand der Ermittlungsbehörden die tiefe Verwicklung des Geheimdienstes und hoher Militärs in das Mailänder Blutbad und die faschistische „Strategie der Spannung“ aufgedeckt.

Die Komplizen im Geheimdienst sorgten dann auch dafür, daß Freda und Ventura aus der Untersuchungshaft ins Ausland fliehen konnten. Freda wurde später wieder gefaßt, Ventura lebt heute noch unbehelligt in Argentinien. Auch Gianettini gelang es zeitweilig, mit Unterstützung von Fluchthelfern aus dem Sicherheitsapparat, aus der Haft zu entkommen.

Mit dem Freispruch aus „Mangel an Beweisen“ soll jetzt ein Schlußstrich gezogen und eine weitere Aufdeckung der Komplizenschaft zwischen dem organisierten Faschismus und Teilen des Staatsapparats verhindert werden.

Tips

Samstag, 28. März
19.30 Uhr ZDF

La Traviata. Das ZDF bringt Verdis Oper in einer Life-Übertragung aus der New Yorker Metropolitan Opera. Die Hauptrollen singen Ileana Cortubas und Plácido Domingo. Ein besonderer Clou für alle Musikfreunde: Die Hörfunk-Sender BR II und WDR III strahlen die Oper gleichzeitig in Stereo aus.

Samstag, 28. März
21.15 Uhr WDR III

Verspottet. Ernst Klee ist seit Jahren als unermüdlicher Streiter für die Rechte der Behinderten bekannt. Und weil 1981 offiziell zum Jahr der Behinderten erklärt wurde, hat er die Chance, sich mit diesem beachtlichen Film an ein größeres Publikum zu wenden. Im Mittelpunkt von „Verspottet“ steht die nur 1,15 Meter große Psychologin Ortrun Schott, die hier ihr eigenes Leben spielt.

Sonntag, 29. März
14.50 Uhr ZDF

Seminola. Spielfilm von Budd Boetticher über die Ausrottung der Seminolen-Indianer in Florida. Mit Anthony Quinn und Rock Hudson.

Sonntag, 29. März
15.25 Uhr ARD

Der Junge mit den grünen Haaren. In deutscher Uraufführung wird Joseph Loseys Film aus dem Jahr 1948 gezeigt. Der kleine Peter, der seine Eltern bei einem Bombenangriff der Nazis auf London verloren hat, erwacht eines Morgens mit grünen Haaren. Losey benutzt die märchenhaften Elemente in seinem Film zu einer Anklage gegen den Krieg.

Sonntag, 29. März
20.15 Uhr ZDF

Christus kam nur bis Eboli. Francesco Rosis Film, den das ZDF in zwei Teilen ausstrahlt, basiert auf dem dokumentarischen Roman von Carlo Levi. Es ist die Geschichte eines Intellektuellen, der wegen seines antifaschistischen Kampfes vom Mussolini-Regime in ein abgeschiedenes Bergdorf im italienischen Süden verbannt wird und der erst dort eine tiefe Beziehung zu seinem Volk herstellt.

Montag, 30. März
21.15 Uhr ARD

Die lange Nacht von Madrid. Film von Dieter Lesche über den faschistischen Putschversuch und seine Folgen.

Mittwoch, 1. April
22.40 Uhr ZDF

Albanien — BRD. Sicher nicht nur für Fußballfreunde interessant: Das WM-Qualifikationsspiel in Tirana.

Donnerstag, 2. April
22.05 Uhr ZDF

Die alten Leute vom Kreuzberger Kiez. Monika Hoffmann hat in diesem Film das Porträt des Westberliner Stadtteils Kreuzbergs gezeichnet, der heute im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen in aller Munde ist.

Donnerstag, 2. April
22.15 Uhr WDR III

Gewerkschaftspresse. Ralph Durchleuter informiert in diesem Bericht über die Presse des DGB und der Einzelgewerkschaften.

Bücher über J.W. Stalin

J.W. Stalin war einer der großen Führer des Weltproletariats. Als Klassiker des Marxismus-Leninismus steht er in einer Reihe mit Marx, Engels und Lenin.

Die Beschäftigung mit seinem theoretischen Werk, mit der Politik des von ihm geführten Sowjetstaats ist auch heute für jeden revolutionär gesinnten Menschen unerlässlich. Andererseits hat kein proletarischer Führer so sehr den Haß der internationalen Reaktion auf sich gezogen, wie der Genosse Stalin. Auch heute noch — fast drei Jahrzehnte nach seinem Tod — wetteifern die bezahlten Ideologen der Bourgeoisie mit den Opportunisten der verschiedenen Schattierungen in der Hetze gegen Stalin.

In seiner Person wollen sie den Kommunismus diffamieren, um die Arbeiterklasse zu verwirren und ihr den revolutionären Ausweg zu versperren. Auch um dieser Hetzkampagne entgegenzutreten zu können, ist eine Kenntnis der Stalinschen Politik notwendig. Die bei-

den hier angezeigten Bücher beleuchten diese Politik von verschiedenen Gesichtspunkten aus.

Die „**Begegnungen mit Stalin**“ von **Enver Hoxha** sind ein Teil der umfangreichen Erinnerungen und politischen Tagebücher, die der Erste Sekretär der PAA in den letzten Jahren vorgelegt hat. Genosse Enver Hoxha beschreibt seine fünf Begegnungen mit Stalin in Moskau. So entsteht ein sehr lebendiges Bild der vom proletarischen Internationalismus getragenen sowjetisch-albanischen Beziehungen und dadurch auch ein Bild der korrekten Stalinschen Außenpolitik überhaupt. Darüber hinaus enthält dieses Buch aber auch eine Fülle von Informationen über die Weltpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit und über verschiedene Aspekte des sozialistischen Aufbaus.

Dem Band ist eine Rede des Genossen Enver zum 100. Geburtstag J.W. Stalins beigegeben, in der die grundsätzliche Bedeutung des Stalinschen Werks dar-

gestellt wird.

Das Buch „**Die Wahrheit über J.W. Stalin**“ antwortet unmittelbar auf die Lügen und Verleumdungen, die im Lauf der Jahrzehnte von den Feinden des Proletariats in Umlauf gesetzt wurden. Die Palette der hier behandelten Themen reicht von der angeblichen „Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft bis zur Haltung der Stalinschen Sowjetunion bei der Gründung Israels.

Von besonderem Interesse sind dabei sicher diejenigen Kapitel, die sich mit der Deutschlandpolitik Stalins beschäftigen. Gerade hier erleben wir gegenwärtig — etwa in der Fernsehserie „Flucht und Vertreibung“ — eine wahre Schlammschlacht von historischen Lügen und Verdrehungen. „Die Wahrheit über Stalin“ hält diesen Lügen die tatsächlichen Fakten entgegen. Insofern ist es ein Buch, das sich auch sehr gut zum Verschenken an Freunde und Kollegen eignet, die an diesen geschichtlichen Tatsachen interessiert sind.

Nur
8,80

Die erste Begegnung

Juli 1947
Die außenpolitische Situation der VRA. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den Anglo-Amerikanern. Der Zwischenfall in der Straße von Korfu — vor dem Haager Gerichtshof. Die politische, wirtschaftliche Lage und die soziale und Klassenstruktur in Albanien. Stalins allseitiges Interesse für unser Land, unser Volk und unsere Partei, seine hohe Meinung über sie. „Es ist unsinnig, daß eine Partei, die an der Macht ist, illegal bleibt.“ „Eure kommunistische Partei sollte sich Partei der Arbeit nennen.“

Die zweite Begegnung

März/April 1949
Unsere Haltung zur jugoslawischen Führung schon in den Kriegsjahren. Der I. Parteitag der KPA. Terrorpolitik in Kosovo. Über die jugoslawischen Divisionen, die nach Albanien geschickt werden sollten. Die Titoisten zielen auf eine Umwälzung der Verhältnisse in Albanien ab. Über den Kampf des griechischen Brudervolkes. Falsche Ansichten der Führung der KP Griechenlands. Die Engländer wollen als Voraussetzung für die Anerkennung Militärstützpunkte in unseren Hafenstädten. Der Kurs der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Albaniens. Über die Lage unserer Bauernschaft. Zur Geschichte, Kultur, Sprache und den Sitten des albanischen Volkes.

Die dritte Begegnung

November 1949
Ein fünfstündiges Treffen in Suchumi. Ein Gespräch unter vier Augen mit Genossen Stalin. Noch einmal über das griechische Problem. Über die Lage in Jugoslawien nach Titos Verrat. Das Problem Kosovos und der anderen von Albanern bewohnten Gegenden in Jugoslawien. „Albanien anzugreifen, ist keine leichte Sache.“ „Wenn Albanien im Innern stark ist, droht ihm keine Gefahr von außen.“ Ein unvergeßliches

Abendessen. Noch einmal über die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Albaniens. Die Haltung zu Religion und Klerus. „Der Vatikan ist ein Hort der Reaktion, ein Werkzeug im Dienst des Weltkapitals und der Weltreaktion.“

Die vierte Begegnung

Januar 1950
In Stalins Anwesenheit kommt es zwischen der Führung der Partei der Arbeit Albaniens und den Führern der griechischen KP zur Konfrontation ihrer unterschiedlichen Meinungen in prinzipiellen Fragen. Es nehmen teil: Stalin, Molotow, Malenkov; Enver Hoxha, Mehmet Shehu; Nikos Zachariadis, Mitsos Partsalidis. Über die Strategie und Taktik der griechischen demokratischen Armee. Warkisa. Die Taktik der passiven Verteidigung ist die Mutter der Niederlage. Deshalb kam es zu den Niederlagen von Witsi und Grammos? Über die führende Rolle der Partei in der Armee. Die Stellung und die Rolle des Kommissars. Nikos Zachariadis äußert seine Ansichten. Stalins Einschätzung.

Die fünfte Begegnung

April 1951
Über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Albanien. Die ausländische Reaktion zielt darauf ab, unsere Volksmacht zu stürzen. Die abschließende Entscheidung des Haager Gerichtshofs. „Durch große Wachsamkeit und eine entschlossene Haltung lassen sich die Versuche des Feindes aufdecken und durchkreuzen.“ „Parallel zur Errichtung der Industriewerke müßt Ihr die Arbeiterklasse stärken und Kader ausbilden.“ Über die Kollektivierung der Landwirtschaft. „Die sowjetischen Spezialisten sollen bei Euch nicht im Büro herumsitzen, sondern an Ort und Stelle helfen.“ Scharfe Kritik des Genossen Stalin an einer sowjetischen Oper, die die Wirklichkeit beschönigt. Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU(B) — zum letzten Mal bei dem unvergeßlichen Stalin.

Nur
8,—

Die Wahrheit über Stalin

Stalin, ein Diktator und Massenmörder? — Nein! Ein Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen?

Die Kollektivierung der Landwirtschaft — Sicherheit, Brot und Wohlstand für die Völker der Sowjetunion
Die Moskauer Prozesse — warum nennt die bürgerliche Propaganda sie den „Höhepunkt des Stalinismus“?

Anhang: Unterredung mit dem englischen Schriftsteller H.B. Wells, 23. Juli 1934

Stalin — ein Großmachtpolitiker und Imperialist? — Nein! Ein Internationalist der Tat, ein Vorkämpfer gegen Imperialismus und Faschismus

Der „Hitler-Stalin-Pakt“ — nicht Wegbereitung des Kriegs, sondern Fortsetzung einer langjährigen Friedenspolitik

Das Massaker von „Katyn“ — ein Verbrechen der deutschen Faschisten
Wer hat den Aufstand von Warschau verraten?

Die Rote Armee in Deutschland

Die Situation nach der Niederlage der faschistischen Staaten

Die „Vertriebenen“ — ein Racheakt der Russen?

Die „Berliner Blockade“ — ein Lügenmärchen

Die UdSSR und die Gründung Israels

Anmerkungen

J.W. Stalin, ein großer Marxist-Leninist, Führer des Weltproletariats

Bestellungen an:

Verlag Roter Morgen, Wellingshofer Str. 103, 46 Dortmund 30

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 13 27 Mart 1981

Yıl: 15

1 DM

Bugün gerçek, yarın normal ücretlerin
doğrudan kısaltılması mı?

Kapitalistlerin çapulculuğuna karşı direnelim!

Sermaye, „ücret politikasında dönüşü“ zorlamak istiyor

Son birkaç hafta içinde bir milyonun üzerinde metal işçisi, metal işverenler Birliği Gesamtmetall'in toplu sözleşmelerde takındığı eşine rastlanmamış provakatif tavırları uyarı grevleriyle protesto etti. İşçilerin mücadele kararlılığından korkan kapitalistler, yüzde 2,5 „ücret zammı önerilerini“ yavaş yavaş yüzde 4'e çıkardılar. Ama, bu yılki toplu sözleşmelerde gerçek ücretlerin büyük oranda düşürülmesi stratejisine sık sıkıya sarılmaktadırlar.

Bu stratejiye uygun olarak kapitalistler, geçen hafta içinde işitilmiş ilginç bir provakasyona gittiler: Mart ayı başlarında yüzde beş ücret zammıyla IGM ile imzalanan ve depo yapım firmalarında çalışan 25 000 işçiyi kapsayan toplu sözleşme anlaşması, „açıklama süresi“ geçmeden önce işverenler tarafından iptal edildi. Öyle ki, yüzde 5, gerçek ücretlerin açıkça düşürülmesi olduğu halde!

IG Metall'in de şüphelendiği gibi, bu toplu sözleşme anlaşmasının iptal edilmesi, işverenlerin üst örgütlerinin basıncı sonucu olmuştur. İşverenler, daha bu yılki ücret turları başlar başlamaz, 1981 yılının kendileri için ücret politikasında anahtar rolü oynadığını döne döne açıkladılar ve açıklamaktadırlar. Kapitalistlerin örgütlerinin yöneticileri, bu yılki toplu sözleşme turlarında 80 yılları için „ücret politikasında dönüşü hayata geçirmek istediklerini açıkça belirtmektedirler.

1973 yılında ekonomik kriz başladığından bu yana ülkemizde emekçilerin gelirleri artmadı. Aksine, resmi verilere göre ücretler genel olarak düşürülmüştür. Bu gerçeklere karşın, ücret politikasında bir „dönüşüm“ sadece tek bir anlamı vardır: Gerçek gelirler donduruldu, şimdi de düşürülmek istenmektedirler.

Bugün gerçek ücretlerin düşürülmesi, gelecek yıllarda ücretlerin doğrudan düşürülmesi mi? Kapitalistler, gelecek yıllardaki toplu sözleşmelerde „sıfırın altında ücret zammı önerisinde“ bulunmak için kendilerine yer mi hazırlıyorlar? Bu gibi endişeler, ne çıplak bir spekülasyon, ne de bir karamsarlıktır. Tekelci kapitalistlerin arzularına göre, kapitalizmin derinleşen krizinin yükünün, biz emekçilerin ücretlerinin ve maaşlarının düşürülmesiyle giderilmesi gerekmektedir. Ancak bu şekilde onlar, süper kârlarına kâr katmış olurlar.

Sendika yöneticileri, sermayenin açtığı savaşa, sendikal gücü harekete geçirerek cevap verecekleri yerde, gerçek ücretlerin düşürülmesi ölçütü üzerine pazarlığa oturmak eğilimindedirler. ÖTV sendika başkanı Klüncker, bu koşullarda sahneye çıkar ve kamu işletmelerinde gerçek ücretlerin düşürülmesinin yutulmak zorunda olduğunu söylerse, bu bir skandal değil de, nedir?

Son haftalarda metal sanayiinde yapılan uyarı grevleri, fabrikalarda, işçilerin umulmadık gücünü ve mücadele kararlılığını ortaya koymaktadırlar. Diğer sendikalarından yönetici durumunda olan bazı görevliler (IG Papier und Druck veya HBV gibi), greve gidiğinde IGM'in yalnız bırakılmayacağını ve metal işçileriyle dayanışmaya gideceğini açıkladılar. Kapitalistlerin ücretleri yağmalama seferlerini püskürtmek için gerekli olan sendikal güç hazır durumda beklemektedir. Bu güç örgütlü bir biçimde harekete geçirilmek zorundadır.

(„Den Raubzug der Unternehmer abwehren!“ RM/Nr. 13, S. 1)

Polonya'da durum gerginleşti

Polisin saldırısından sonra grevlere gidildi

Varşova Paketi Polonya'da tatbikat yapıyor

VARŞOVA. — Devlet aygıtının vahşi bir saldırısı sonucu Polonya'da geçen hafta sonunda durumlar yeniden gerginleşmeye başladı. 200 kişilik bir polis birliği, Bydgoszcz şehrinde günlerden beri bir grup köylü tarafından işgal edilen hükümet binasına saldırarak, sendika hakkı isteyen köylüleri sürükleyerek binadan çıkardı.

İçlerinde „Dayanışma“ sendikası üyesi işçilerin de bulunduğu köylüler, polisin vahşi bir terörüne uğrayarak, zorla binadan atıldılar. Saldırı esnasında iki sendikacı ve bir çok köylü polisin joplama sonucu ağır şekilde yaralandılar ve hastaneye kaldırıldılar. Bydgoszcz şehrinde ve diğer bir çok şehirde işçiler, olayı protesto etmek amacıyla uyarı grevlerini gittiler. Ayrıca, „Dayanışma“ sendikası geçen Cuma günü yaptığı bir açıklamayla, bütün ülke çapında grev hazırlığına gideceğini bildirdi.

Bu baskını, geçen hafta Polonya'da, Doğu Almanya'da,

Çekoslovakya'da ve Sovyetler Birliği'nin batısında başlayan Varşova Paketi tatbikatıyla bağlantılı bir şekilde hedeflenmiş bir provakasyon olmadığı düşünülemez. Benzeri bir şekilde aynı durum, Sovyetler Birliği'nin 1968 yılında Çekoslovakya'yı işgal etmesine başlangıç olmuştur. Çekoslovakya gerçeği göz önüne alındığında bu polis baskını, Sovyetler Birliği'nin Polonya'ya askeri bir saldırısına bahane teşkil edecek şartların yaratılması için kullanılmış olabilir.

(„Streicks nach Polizeieinsatz“ RM/Nr. 13, S. 1)

Faşist cunta terör estiriyor

Ankara'da 164 kişinin idamı isteniyor

ANKARA. — Askeri cuntanın başını çeken generaller, estirdikleri faşist terörle emekçi halkın direnişini boğmak istemektedirler. Burada yayınlanan Türkçe gazetelerin verdikleri haberlere göre, sadece Ankara bölgesinde Sıkıyönetim Komutanlığı Askeri Savcılığı tarafından 164 kişi hakkında idam cezası istenmektedir.

Bu gerçekler, 12 Eylül darbesi „teröristlere karşı“ yönelmiştir diyen cuntanın ve onun yabancı destekçilerinin propagandalarını bütün açıklığıyla bir defa daha teşhir etmektedir. Çünkü, idamı istenen 164 kişiden 132'si devrimci demokrat örgütlerin üyesi veya sempatisini anti-faşistlerden oluşmaktadır. Ve bunların içinde 35'i „Halkın Kurtuluşu“ sempatisidir.

Türk basınının verdiği haberlere göre, 12 Eylül'den beri Faşist cuntanın askeri savcıları tarafından 4848 kişi hakkında 1319 dava açılmıştır. Bunların bir çoğu hakkında yaşam boyu



Çelik işletmesi yapılsın — İşyerleri korunsun!

Bu talep ile Dortmund'daki Hoesch fabrikasında çalışan 200'e yakın işçi, işverenlerin merkez idare meclisi oturumu başlamadan önce sermaye temsilcilerine, Hoesch merkez yönetim kurulunun son kararını mezara gömmeyi simgeleyen bir tabut teslim ettiler. Bu plan, 5 000 işçinin işten atılmasını öngörmektedir. Bir çok işçi arkadaş idare meclisi üyelerine görüşlerini açıklamadılar. RGO işçi temsilcisi Hartmut Siemon, açıklaması sırasında uzun süre alkışlandı.

Hessen'de belediye seçimleri yapıldı

„Yeşilciler“ seçimlerden başarılı çıktı

CDU, Frankfurt'ta oylarını korudu

WIESBADEN. — Hessen Eyaleti'nde il ve ilçelerde geçen Pazar günü yapılan belediye seçimlerinde en başarılı sonuçları „Yeşilciler“ (Grünen) ve çeşitli yerel gruplar aldılar. Bu grupların oy oranlarının yüksek olduğu yerler arasında birinci sırayı alan, Eyalet'in kuzeyinde kalan Volkmarsen ilçesidir.

Volkmarsen ilçesi, „Atom enerjisi yeniden hazırlama santrali“ için Eyalet Hükümeti tarafından elverişli yerlerden birisi olarak görülmüştü. Bu projeye karşı oluşturulan halk komitesi „Bürgerinitiative“, oyların 41,6 gibi bir oranını aldı. Frankfurt havaalanının genişletilmesine karşı aylardan beri güçlü protestoların sürdürüldüğü Mörfel-Walldorf ilçesinde „Yeşilciler“ oyların yüzde 25,7'sini ve DKP yüzde 8,4'nü aldı. Bu ilçede SPD geçen seçimlere oranla oyların yüzde 14'ünü ve CDU yüzde 8'ni kaybetti.

„Yeşilciler“ Frankfurt, Kassel, Offenbach, Giessen, Marburg ve diğer bazı yerlerde anti-demokratik, „yüzde-5-barajı“

nı aşabildiler. Hessen Eyaleti'nin en büyük şehri olan Frankfurt'ta CDU, oy oranını yüzde 54,5'e çıkardı. SPD, seçimlerdeki genel oy kaybına gerekçe olarak, katılımdaki büyük düşüşü göstermektedir. Gerçekte ise, SPD'nin geçen seçimlere karşın oy kaybına uğraması, sadece oyların bir bölümünün „Yeşilciler“e veya yerel gruplara gitmesinden ileri gelmemektedir. SPD'ye oy veremeyi gelenek haline getiren pek çok seçmen, SPD Hessen Eyalet Hükümeti'nin gerici politikası yüzünden Pazar günü yapılan seçimlerde sandık başına gitmemişlerdi.

(„Grosse Erfolge für Grünen“ RM/Nr. 13, S. 1)

KPD delegasyonu Arnavutluk'u ziyaret etti

Arnavutluk Emek Partisi Merkez Komitesi'nin daveti üzerine, bundan kısa bir süre önce KPD Başkanı Ernst Aust ve siyasi büro üyesi Horst Dieter Koch yönetiminde bir KPD delegasyonu Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'ni ziyaret etti.

Partimizin delegasyonunu, AEP merkez komitesi sekreteri ve siyasi siyasi büro üyesi Ramiz Alia karşıladı ve onunla, iki partinin ortak sorunları üzerine görüşmeler yaptı. Görüşmeler, Marksizm-Leninizm'in birlik anlayışı, proletarya enternasyonalizminin ve iki parti arasındaki ilişkileri şekillendiren gerçek dostluk anlayışı içinde geçti. Ayrıca görüşmelere, AEP Merkez Komitesi üyesi Behar Shtylla, AEP Merkez Komitesi'nin yurtdışı bürosu başkanı Agim Popa ve diğer yoldaşlar katıldılar.



Türkiye'de politik tutuklulara özgürlük!

HAFTANIN YORUMU !

Bu satırlar yazıldığı sıralarda Nürnberg'deki rehine alma olayı henüz sona ermemiştir. Sokaktan sürüklenen gençlerin bir bölümü henüz rehine olarak tutulmaktadır. Bu arada olayın politik içyüzü tamamen açıklanmış durumda. Görüldüğü gibi olayın izi sağ terörist kesimlere gitmektedir. Rehine alma olayının başını tanıtmış eski bir Nazi görevlisi ve şimdiki Baviera Eyaleti Başbakanı ve CSU'nun başkanı Franz Josef Strauss çekmektedir.

İçin canı gönülden beklenen ve hatta amaçlanan bir neden idi. Burada, Strauss'un kişisel olarak polis amirlerine, savcılara ve hakimlere doğrudan bir emir verdiğini iddia etmek istemiyoruz. Çünkü, birincisi; Strauss bunu yapacak kadar deli değil, ikincisi; buna hiç te gerek duymamıştır. Robert Leicht, "Süddeutsche Zeitung" gazetesinde çok doğru olarak şunları yazmaktadır: "Nürnberg olayı, Franz Josef Strauss'un açıklamalarının şimdi pratiğe nasıl...

sadece bir skandal değil, o aynı zamanda keyfi idarenin kaba bir türü, sözümona hukuk devletinin iflasıdır.

Strauss yeniden saldırdı ve onun bu saldırısı diğer eyaletlerdeki emekçileri de hedeflemektedir. Rehine alma olayıyla zorlanmak istenen neydi? İsyan eden gençlerin sakin davranmaları mı? Elbette, Nürnberg'deki korsan eylemle hedeflenen, alabildiğine korku salmak ve bununla emekçilerin gelişen mücadelesini engellemektir. Bu

olarak uyarı grevlerine yasa dışı gösteren bir propaganda sürdürmektedirler.

Polis için yeni silahlar. Sadece cezalandırma tehdidiyle bir hareketin durdurulamayacağını Strauss ve takipçileri en azından yasaklanan Brokdorf yürüyüşünden beri bilmektedirler. O halde polisin yeni silahlarla donanması gerekir: Lastik kurşunlar, zehirleyici gaz vs. Ve Strauss, kuklası durumunda olan Tandler'e yürüyüşçülere karşı ateşli silahların da kullanılmasının göz adı edilemeyeceği şeklinde çılgınlık attırmaktadırlar.

İşçilerin grevini kana bula-mak. Makinali silahlarla barış mitinglerini gençlik eylemlerini taramak. F. J. Strauss'un stratejisinin varacağı son nokta bu olmalı. Bu, Nürnberg'den polis devleti yolunda; yeni bir faşist diktatörlük yolunda birinci veya ikinci adım olacak. Nürnberg'deki rehine alma olayı, bu devletin demokratik görünümünün

NÜRNBERG REHİNELERİ!

Ve Strauss yeniden sahnede. O, demokratlara ve anıt-faşistlere vahşi ve kalles bir şekilde yeniden saldırmaktadır. Strauss'un yeniden saldırmaması, seçimlerdeki başkanlık adaylığı yenilgisinden sonra Strauss'u bir köy kabadayısı şeklinde gösterip, Münih'teki sarayında emekliye ayrılmasını bekleyen birisi olarak tanımlayanların bu iddialarının ne derece tehlikeli olduğunu açıkça göstermektedir. Eğer, Nürnberg'deki rehine alma olayı, isyancı gençliğe karşı Strauss'un intikam alma hırısı; geçici bir kızgınlık olarak değerlendirilirse, bu da tehlikeli bir yanılgı olur.

Bu olay şaşılabilecek bir itinayla hazırlanmakla beraber, Strauss tarafından ısrarla sürdürülen uzun vadeli stratejinin bir parçasıdır.

Baviera Eyaleti'nin Başbakanı Strauss, geçen Şubat ayında Eyaleti'nin İçişleri Bakanı Tandler'e gönderdiği resmi bir mektupta Federal Almanya'da "iç savaşa benzeyen durumları" belirtmekte ve bunların Baviera'yı kapsamaması gerektiğini ikaz etmekteydi. Strauss, Tandler'e şöyle yazmakta: "Bu konuda görevinizi en iyi dikkatlilikle yerine getirmenizi rica ederim." Bu mektubun açıklanmasından güdülen amaç, sadece Bay Tandler'e gönderilmek için düşünülmüş olmadığıdır. Daha sonradan, 100.000 kişinin katıldığı yürüyüşü engellemek için Baviera polisi Brokdorf'a gönderildi. Tabii ki, bu direktife uygun olarak. Brokdorf'a gönderilen bu polisler, yürüyüşçülere karşı saldırılarda en sırada yer aldılar ve beklediği gibi bazıları hafif şekilde yara alarak geri döndüler. Bu durum, yürüyüşçüleri "yeni bir terörist hareketin çekirdeği" olarak gösterip, yeniden saldırmak ve "Baviera polisi karşı koyacaktır" şeklinde Passau'da tehditler savuran Strauss'un konuşması

uygulandığını çok açık bir biçimde göstermektedir."

O halde, Strauss'un Tandler'e gönderdiği mektup veya Passau'da yaptığı konuşma, "Hür Baviera Devleti'nin tüm şiddet aygıtının böyle illegal bir eylem için harekete geçirilmesi yeterli gelmişti. İşte olayın

yönüyle Nürnberg olayı, emekçilere gözdağı vermek ve onları yıldırma için sık sık başvurduğu, kötü ünlüyle tanınmış taktiklerden birisidir. Ama, Strauss bundan da fazlasını istemektedir.

O, birden bire bütün Union- (CDU/CSU) lideri olarak ye-



Nürnberg'deki rehine alma olayından sonra şehirde olayı protesto eden birçok kitle eylemleri yapıldı. Resimde Lorenzkirche önünde yapılan büyük mitingi görüyorsunuz.

korkunç yönü de burada yatmaktadır. "Bağımsız Hakimler"den hiç biri, baskı makinasında çoğaltılmış bu tutuklama kararlarının altını imzalamaya karşı çıkmadı. Bir tanesi bile, en azından bu olaylardan birini inceleme zahmetine katılmadı. Bir tek hakim, var olan yasalara dayanarak, bütünüyle yasadışı olan böyle bir olayda suç ortağı olmamak için delil gösterip, karşı çıkmadı.

Polis amirleri ve savcılar gibi, hakimler de, Strauss'un konuşmalarından "yukarda" kendilerinden ne beklediğini çok iyi biliyorlardı. Hitler diktatörlüğünün ilk dönemlerinde de; Naziler'in direktiflerine uygun olarak yasalar çıkarılınca kadar bu şekilde bir adalet işleyişi vardı. Nürnberg olayı

niden politik sahnelerde göründü. Strauss, stratejiyi geliştirmekte, yol belirtmekte ve hedef göstermektedir. Ve bu yolda hepisi; Kohl, Stoltenberg veya Albrecht, onu takip etmektedir.



Sert lastik kurşunları ateşleyen tüfek. Yürüyüşçülere karşı kullanılmak istenmektedir.

ler. Hedef: Yürüyüş hakkını kısıtlamak, her yer Nürnberg'e çevirmek, ... Ve buna karşı direnenleri demir parmaklıklar arkasına tıkamak. Kapitalistler, bugünlerde bu stratejiye uygun

ne derece boş birşey olduğunu gözlerimizin önüne sermektedir. Bu devlet aygıtı, Strauss'un arkasında duran gerici güçlerin saldırılarına karşı koyan bir koruyucudan tamamen başka

Halk Cephesi mahkeme önünde

Ulrich Leicht yargılanmaya başlandı

Strauss'a "hakaret" edilmiş

DORTMUND. — Strauss ve tayfasının neden bu kadar faal olduklarını Nürnberg olaylarından daha iyi gösteren kanıt var mı? Gerçi Strauss başkanlık koltuğuna oturmadı ama, Federal Cumhuriyet için nasıl bir politika tasarladığını Baviera Eyaleti'nde göstermektedir.

Geçen yıl Strauss'un iktidara gelmesini engelleyenler; ona karşı kararlı bir mücadele verenler veya bu mücadeleye katkıda bulunanlar ve Strauss'un önünde halkı uyarımlar hala takip edilmekte ve baskı altına alınmaktadır.

Meseleyi böyle bir yaklaşımla ele aldığımızda, Halk Cephesi'nin yayın sorumlusu Ulrich Leicht'in 24 Mart'tan itibaren

Dortmund'da yargılanmaya başlamasının Federal Almanya çapında önemli bir yeri vardır. Çünkü, Ulrich Leicht'in şahsında Strauss'a ve onun arkasındaki gerici güçlere karşı mücadele veren bütün anti-faşistler yargılanmaktadır.

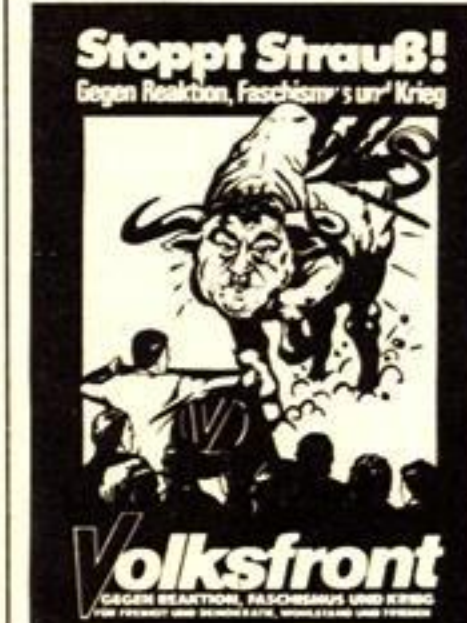
Bugün, "Faşizme, gericiliğe ve savaşa karşı Halk Cephesi"nin yüze yakın üyesi ve taraftarı Federal Parlamento seçimlerin-

deki çalışmaları yüzünden dava açılmıştır. Bu davalarda toplam 100 bin DM para cezası geleceği tahmin edilmektedir.

Ulrich Leicht, Federal Parlamento seçimlerinde asılan ve okurlarımız tarafından iyi bilinen tanınmış "Boğa Afişi"nin sorumlusu olarak yargılanmaktadır. Bu yargılanmaya gerekçe olarak ta Strauss'a "hakaret" edildiği ileri sürülmektedir.

Halk Cephesi Merkez Yönetim Kurulu 19 Mart günü yaptığı bir basına açıklamasında, diğer şeylerin yanı sıra şunları yazmaktadır: "Strauss'un Passau'da yaptığı konuşmayla parolasını verdiği ve de politik sorumluluğunu taşıdığı Nürnberg'deki

birşeydir. Yeni bir 1933'e doğru ilerleyen bu güçlerin yoluna set çeken tek güç, emekçi kitlelerin eylemidir. ("Die Geiselnahme von Nürnberg" RM/Nr. 12, S. 2)



Bu afişte Strauss'a "hakaret" edilmiş.

en taze olaylar, afişimizdeki uyarının ne derece gerekli ve doğru olduğunu, bugün dahi aktüel olduğunu, zaptedilemeyen saldırgan F. J. Strauss'un durdurulması gerektiğini açıkça göstermektedir. ("Prozess gegen Ulrich Leicht" RM/Nr. 13, S. 7)

HABERLER

Hoesch-Union

Yeniden RGO Listesi çıkarıldı

DORTMUND. — Sendika ağalarının ve patronların yıldırma çabaları Hoesch fabrikasının Dortmund'daki Union bölümünde hedefine ulaşamadı.

RGO işletme grubunun çıkardığı aday teklif listesi için kısa zamanda 148 imza toplandı. Bunun sonucu seçim kurulu RGO listesinin işçi temsilciliği

seçimlerine katılmasını kabul etmek zorunda kaldı.

RGO'nun aday teklif listesinde Hoesch fabrikasında şimdiki durumda işçi temsilcileri olan Hartmut Siemon ve Norbert Bömer yer almaktadırlar. Bu iki arkadaşın yeniden işçi temsilciliğine seçilebilmeleri için RGO listesinin yeteri sayıda oy alacağı kesindir.

HDW/ Kiel

RGO listesinde beş aday yeralmakta

KIEL. — Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO), Kiel'deki HDW (Howalds-Werke Deutsche Werft) tersanesinde bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde yeniden ayrı bir liste çıkarmak zorunda kaldı.

Bundan üç yıl önceki işçi temsilciliği seçimlerinde RGO-Listesinde üç işçi arkadaş aday-

lığını koymuştu ve üçü de işçi temsilcisi seçilmişlerdi.

Bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde RGO'lu üç işçi temsilcisiyle beraber iki arkadaş daha RGO-Listesinde adaylığını koymaktadırlar. 107 geçerli imza ile RGO-Listesi seçime katılmaya hak kazanmıştı.

Polis grevci işçilere karşı

TIMMENDORF. — Bundan bir kaç hafta önce Brokdorf'ta polisi harekete geçirerek, iç savaş provalarına giden Schleswig-Holstein Eyaleti İçişleri Bakanı Barschel (CDU), şimdi de grevci işçilere karşı polisi devreye sokmaktadır.

50 grevci işçiden oluşan bir delegasyon, toplu sözleşme görüşmelerinde kapitalistlerin ta-kındığı alaycı tavırları protesto etmek istemişti. Timmendorfer Strand (Kiel yakınlarında) köyünde görüşmeler yapıldığı

Seehotel'in önüne gelen delegasyonun üzerine yanında köpekler bulunan arabalar dolu polis gönderildi. Barschel tarafından harekete geçirilen polis, delegasyonda yer alan grevci işçilerin görüşme salonuna girmesini engelledi.

Bu arada, Hamburg IG Metall Bölge Yönetimi, işçilere karşı polisin harekete geçirilmesini sert bir dille eleştirerek, bunun, işçilerin haklı mücadelesinin yasadışı olarak gösterilmesi olduğunu söyledi.

Telefunken-Batı Berlin

RGO Listesi oyların yüzde 18,3'nü aldı

BATI BERLİN. — Schwedenstrasse'deki Telefunken firmasında yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde, RGO İşletme Grubu tarafından çıkarılan ve adı: "lichtblick" olan liste oyların yüzde 18,3'ü aldı.

Aldıkları oyların sayısına göre, listede yer alan üç kadın arkadaşın ikisi işçi temsilciliğine seçildiler. Üçüncüsünün seçi-

lebilmesi için pek az oya ihtiyaç vardı. Bundan üç yıl önceki seçimlerde RGO listesi oyların yüzde 12'sini almıştı ve bunun sonucu iki arkadaş işçi temsilcisi seçilmişti.

Ama, bu arada Telefunken çalışan işçilerin sayısı oldukça düşürüldüğünden, işçi temsilcilerinin sayısında da azalma oldu.

Stahwerk/Peine

Jürgen Eggers işçi temsilcisi seçildi

PEİNE. — IG Metall sendikası bölge sorumlusu, Halk Cephesi üyeliğinden ötürü Jürgen Eggers'in IG metall listesinde yer almasını engellemiştir. Bunun sonucu Jürgen arkadaşına, çıkardığı ayrı bir listede işçi temsilciliğine adaylığını koymuştu.

IG Metall sendika ağaları, Jürgen arkadaşın işçi temsilciliğine seçilmesini engellemek için çeşitli çabalara ve oyunlara başvurdular. Arkadaşa karşı işçileri kışkırtmak amacıyla,

bildiriler dağıttılar ve bu bildirilere KPD'nin programından alıntılar yaparak, Jürgen Eggers'in listesini KPD'nin listesi olarak damgalamaya çalıştılar.

Ama, bütün bu çabalar bir netice vermedi, sendika ağaları bekledikleri yenilgiyi yaşadılar. Jürgen oyların yüzde 15'ni (431 oy) alarak, işçi temsilcisi seçildi. Listede başka adaylar olmuş olsaydı, bu oylarla 4 işçi temsilcisi daha seçilebilirdi.

Sosyalist Arnavutluk:

AEP'nin 8. Parti Kongresi yapılacak

TIRAN. — Arnavutluk Emek Partisi Merkez Komitesinin 9. Plenum'u aşağıdaki kararı almıştır.

Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Parti Kongresine 1 Kasım 1981 için çağrı yapılacaktır. Kongrenin gündeminde aşağıdaki maddeler yer alacaktır: 1. Merkez Komitesinin çalışma raporu. Bu raporu Merkez Komitesi birinci sekreteri yoldaş Enver Hoca verecek. 2. Merkez Denetleme Komis-

yonu raporu. Komisyonun Başkanı yoldaş Pilo Peristeri tarafından sunulacaktır.

3. 1981 yılından 1985 yılına kadar Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin ekonomik ve kültürel gelişmesinin 7. Beş yıllık planı için AEP 8. Parti Kongresinin direktifleri üzerine rapor. Bu rapor AEP Siyasi Büro üyesi ve ASHC Bakanlar Kurulu Başkanı yoldaş Mehmet Shehu tarafından verilecek.

Anti-militarist mücadele geliyor

ABD roket üssüne karşı yürüyüş yapıldı

HEILBRONN. — 14 Mart Cumartesi günü Heilbronn'da şehrin yakınında Waldheide'de bulunan Amerikan roket üssüne ve NATO'nun Federal Almanya'da "Pershing 2" ve "Cruise Missiles" atom roketlerini yerleştirmesi kararına karşı bir yürüyüş yapıldı. Heilbronn gibi küçük bir yerde yapılan bu yürüyüşe 500 kişinin katılması dikkate değer bir şeydir. Yürüyüşe, Partimizin de içinde çalıştığı "Heilbronn Anti-Militarist Çalışma Grubu" çağrı yapmıştı.

Anti-militarist Çalışma Grubu'nun "Waldheide ve NATO silahlanma kararı ile ilgili gerçekle" başlığı adı altında dağıttığı bir bildiride şunlar yazılmaktadır:

"1976 yılında Waldheim'de inşa edilen Amerikan roket üssü şu yapıya sahiptir: 750 km uzağa varan ve 60-400 kiloton patlama gücüne sahip olan "Pershing 1" roketleri için 8 adet yeraltı mevzilenme deposu, askerler için 250 daire, bir tamirhane, ekonomi ve depolama binaları.

Aralık 1980. Roket üssünde ateşlemeye hazır şekilde yerleştirilmiş ve başlarında ateşleme kodu bulunan 9 adet roket bulunmaktadır. Bu roketlerden diğer 9 tanesi kodsuz olarak üssün arka tarafında durmaktadır.

1985 yılının yaz aylarına kadar Federal Almanya'daki bütün "Pershing 1" roketlerinin "Pershing 2" roketleriyle değiştirilmesi gerekmektedir. "Pershing 2" roketlerinin varacağı mesafe 1600 km, maksimum hedef sapması 45 m ve ateşlendiği hedefe 4 ile 7 dakika arasında varmaktadır.

1984 yılının sonbaharına kadar Avrupa'da 160 adet "Cruise Missiles" tipi atom roketlerinin yerleştirilmesi ge-

rekmetedir. 1988 yılına kadar aynı tipten 304 adet daha yerleştirilecek. Bu tip roketler 1 ile 3 arasında atomar ateşleme kodu



Heilbronn'da ABD üssüne karşı yapılan yürüyüşe KPD de katıldı.

taşımakta, 2500 km uzaklığa varmakta ve radar istasyonlarının 30 metre üzerinde uçarak, zikzaklar yapabilmektedir.

Sadece Güney Almanya'da ve Aşağı Rhein'de yerleştirilen Pershing roketleri, 36000 kiloton nükleer patlama gücüne

sahiptirler..."

Yürüyüşe çeşitli örgütler katıldılar ve hayati önemi olan bu sorunda beraberliğin en başta gelen görevlerden biri olduğunu açık bir biçimde dile getirdiler. "Anti-militarist Çalışma Grubu" şöyle vurguluyordu: "Bu yürüyüş sadece bir başlangıç olabilir. Bununla atom roketleri defedilmiş değildir, NATO silahlanma kararı kaldırılmış değildir, devletin ve toplumun militaristleştirilmesi son bulmuş değildir..." Bütün bunlar var olduğuna göre, bu eylemi diğer

NATO atom toplantısı Bonn'da yapılacak

Atom roketlerine karşı kitle yürüyüşü düzenlendi

BONN. — Batı savaş paketi kurulduğundan bu yana ilk olarak NATO Nükleer Planlama Grubu Bonn'da toplanıyor. Bu toplantıdan bir kaç gün önce Bonn'da büyük bir kitle yürüyüşü yapılacak. Bu yürüyüşe çok sayıda politik, kilise, anti-militarist ve çeşitli gençlik örgütleri çağrı yaptılar. Partimiz KPD ve Halk Cephesi de bu yürüyüşe katılacaklardır.

NATO'nun gelecekteki atom stratejisini tayin etmek için yapılacak toplantının birden bire Bonn'a nakledilmesi tabii ki bir rastlantı değildir. Çünkü, Federal Almanya Cumhuriyeti, savaş kışkırtıcısı Amerikan emperyalistlerinin planlarında ve onların askeri paktında anahtar rolünü oynamaktadır. Bugün dünyanın en yoğun atom silahları deposuna sahip olan ülkemize, şimdi orta menzilli

atom roketlerinin en büyük bölümünün yerleştirilmesi gerekmektedir.

Federal Hükümet, Amerikan emperyalizminin atom savaş stratejisini kayıtsız şartsız izlemeye hazır bulunmaktadır. O, yaptığı politik manevralarla bunu halkımızdan gizleyemez. Doğrusu bu hükümet ülkemizi yeni bir dünya savaşının çatışma alanına çevirmek istemektedir. Bundan ötürü, bugün Federal

Almanya'daki tüm barışsever insanların görevi, bütün gücüyle mücadeleye atılıp, savaş kışkırtıcılarının planlarını boşa çıkartmaktır.

YÜRÜYÜŞ

Gün : 4 Nisan 1981

Başlangıç saati ve yeri : 11,00 Parkplatz Römerstrasse (Bonn-Auerberg otoban çıkışının yakınında)

Miting : Saat 12,00'de, Münsterplatz'ta

Konuşmacılar : Prof. Karl Brechert (BRD) ve görev dışı edilmiş General Nino Pasti (İtalya) ve diğerleri.

("Massendemonstration gegen Atomraketen" RM/Nr. 13, S. 2)

Daimler-Benz firmasında çoğunluk seçimleri yapılacak

Muhalefetteki arkadaşlar blok halinde adaylığını koydular

BREMEN. — Bremen'deki Daimler-Benz firmasında çalışan yaklaşık 7 000 emekçi, 1975 ve 1978 yılına karşın, bu yıl işçi temsilciliklerini çoğunluk seçimiyle (Persönlichkeitswahl) IG Metall listesinden seçme olanağına sahiptirler. IG Metall listesinde, ortaklaşa bir programla "Blok önerisi" (Blockvorschlag) olarak adaylığını koyan, 7 sınıf mücadelecisi arkadaş yer almaktaydı.

Sendikal çalışma grubuna (IGM Kollegen von Daimler informieren) ait olan bu arkadaşlar, çoğunluk seçimlerinin yapılması için büyük bir çaba gösterdiler. Ve bu çabaları sonucu çoğunluk seçimlerine gitmesini başardılar. Bundan üç yıl ve altı yıl önceki işçi temsilcilik seçimlerinden "Kukla-adam listeleri" çıkarılmıştı. Bu gibi kukla listelerin çıkarılmasıyla güdülen amaç

güç katalım", başlığı altında Türkçe ve Almanca olarak yayınlanan bildiride işçi arkadaşlar, işçi temsilcilik çalışmalarını hakkında görüşlerini belirtmekte ve taleplerini sıralamaktadırlar. Bu taleplerden bazıları şöyle: "İşçi temsilciliklerine geldiklerimizde, ilgili arkadaşların fikri alınmadan ve rızası olmadan hiç bir karar almayacağız. Tüm kararlar ve ilanlar yabancı işçi



'81 işçi temsilcilik seçimleri

Seçimleri engelleme çabaları

Muhalefetteki aday arkadaşlar, bu bildiriyi dağıtmaya başlar başlamaz Daimler-Benz patronlarının saldırılarına uğradılar. Personel bürodan patron uşağı bir temsilci, aday arkadaşlardan birinin elindeki bildirilere sebep göstermeden el koydu. Türkiyeli

"BEKLEME SALONUNDA OLDUKLARINI SANSINLAR"

İlticalara bilerek eziyet ediliyor

KÖLN. — Kendi kendine "sosyal devlet" şanı veren Batı Alman Devleti, iltica hakkını giderek kısıtlamak için elindeki bütün araçlarla çaba harcamaktadır. Bu araçlardan birisi de, ilticaların yaşam koşullarını mümkün olduğunca kısıtlamaktır. Bu şekilde onlara yaşamı zehir edip, bir an önce ülkelerine dönmelelerini sağlamaktadır.

Köln'de bir tek kişi için düşünülen otel odalarında, birden fazla iltica yerleştirilmektedir. Ayda en fazla 300 DM sosyal yardım alan bu insanların, otel odalarında yemek pişirmelerine izin verilmemektedir. Tabii ki, aldıkları bu 300 DM ile bir ay boyunca dışarda karınlarını doyurmalarına asla olanak yoktur.

Köln'de ilticacılara çekitirilen en vahşi eziyetlerden birisi de, otel odasında kalmak istemeyip, bulduğu bir odaya veya eve taşınmak isteyen bir ilticacıya, bulduğu eve taşınmasına engel olunmasıdır.

Bu gibi evler otel odalarından daha ucuz olmalarına rağmen, Sosyal Daire (Sozialamt) kirayı ödememektedir. Bununla güdülen amaç, iltica isteyen bu insanların kendilerini evsiz ve barksız hissetmeleri, daha fazla umutsuzluğa kapılıp, ülkelerine geri dönmeleridir. Sosyal giderler için fazla bir paranın olmadığını söyleyen politikacılar, insanlara eziyet çektiirebilmek için yeterli kadar para bulabilmektedirler.

Bu insanlıkdışı uygulamalar Köln'de protestolara yol açmaktadır. Bir "Anti-faşist Çalışma Grubu" (Antifaschistische Arbeitsgruppe), Belediye

Başkanına, şehir valisine ve şehir meclisinde yer alan partilere açık bir mektup gönderdi. İlticaların içinde bulundukları zorlukları konu alan mektupta şunlar yazılmaktadır: "Sayın Baylar ve Bayanlar!

20. 2. 1981 tarihinde 'Kölner Stadtanzeiger' gazetesinde bir haberde 'ilticaların kendilerini bekleme salonunda imişler gibi hissetmeleri gerekir' şehir konut dairesi (Wohnungsamt) Müdürü Uwe Kessler'in açıklamasını nefretle okuduk.

Şehrimizin resmi makamlarının, politik veya ekonomik sorunlardan ötürü ülkemize gelip iltica eden insanlara yaptıkları insanlıkdışı muamele endişe vericidir.

Ne çalışma hakkı, ne de sabit bir yerde oturma hakkı olan bu insanlara ayda 300 DM sosyal yardım verilmektedir! Odalarında yemek pişirmelerine de izin verilmeyen bu insanların, ayda 300 DM parayla nasıl geçindiklerini Konut Dairesi Müdürü Kessler düşünabiliyor mu, yetkili memurlar bunu düşünabiliyorlar mı?

Doğrudan bir bağlantı kurmak istemiyoruz ama, uyarmak ve bunların endişe verici durum olduğunu göstermek amacıyla

la NSDAP (Hitler'in Partisi) Programından aktardığımız bu maddeleri hatırlamanızı istiyoruz:

Madde 5: Devlet vatandaşı olmayan bir kişinin sadece misafir olarak Almanya'da yaşaması gerekir ve yabancılık yasanına tabii tutulmak zorundadır...

Madde 7: Biz, devletin ilk sırada kendi vatandaşı olanlara çalışma ve yaşam olanakları konusunda yardımcı olmasını, ilgilenmesini görev kabul etmesini talep ediyoruz. Eğer, ülkede yaşayan bütün halkın ihtiyaçlarını temin etmek mümkün değilse, bu durumda yabancı milliyetlere mensup kişilerin Almanya'dan yurtdışı edilmesini talep ediyoruz.

Madde 8: Almanya'ya, Alman olmayan her türlü göç engellenmelidir. (Bu maddeler NSDAP'nin 1920 yılındaki programından alınmıştır) Bu şehirde onbin yabancı vatandaşı çalışmakta ve yaşamaktadır. Bu insanlar da gerek şehrin, gerekse de eyaletin vergi çuvallarına para doldurmaktadırlar.

Bizler, şehir yönetiminden ve şehir meclisinden, iltica hakkı isteyen insanlara, sosyal ve insancıl bir muamele yapılmasını talep ediyoruz."

Anti-faşist Çalışma Grubu'nun bu taleplerini destekliyoruz.

İlticalar üzerindeki baskılara son! ("Wie im Wartesaal" RM/Nr. 12, S. 7)



IGM listesinde "Blockvorschlag" olarak adaylığını koyan arkadaşlar birarada.

liste seçimleri vasıtasıyla patronların çıkarlarını savunan işçi temsilcilerinin rahat koltuklarının güvenceye alınmasıydı.

Sendikal çalışma grubunu oluşturan muhalefetteki arkadaşlar, dağıttıkları bildirilerle yeni bir "Kukla-adam listesi"nin seçim kuruluna ulaştırılması için eski işçi temsilciliklerini tedbir almaya zorladılar.

Muhalefetteki arkadaşlar, her ihtimali göz önüne alarak, yedek bir liste oluşturdular ve bu liste için bir kaç yüz imza topladılar. Eğer liste seçimlerine gidilecek olsaydı, hazırlanan bu yedek liste dürüst sendikacıların huzurunda listelerin verilmiş süresi sona erdiği anda seçim kuruluna verilecekti.

IG Metall içinde muhalefette olan bu yedi arkadaş, bir araya gelerek ortaklaşa bir program oluşturdular. Arkadaşlar, programlarını açıklayan bir bildiri dağıtarak, "blok önerisi halinde seçimlere katılacağını açıkladılar. Ayrıca, bu bildiri tutarlı ve mücadelecisi bir işçi temsilcilik için mücadele edeceğini belirttiler.

"İşyeri temsilciliklerine yeni

arkadaşların diline çevrilmelidir. Önemli kararların arifesinde işçi arkadaşlarla toplantı yapılmalıdır. İşyeri genel kurulu yılda dört defa toplanmalıdır. Hiç bir işyeri eksiltilmemelidir. Hiç bir işçi işten çıkarılmamalı. İşyeri dahilinde bir arkadaşın bir yerden alınıp, kendi fikri olmadan bir başka yere verilmesine karşıyız..."

adaya İbrahim Akbal'a listeden geri çekilmesi için baskı yapılmakta, çekilmediği takdirde oturma müzadesinin uzatılmayacağı söylenmektedir. Ama, bütün engelleme çabaları muhalefetteki arkadaşları mücadelesinden yıldırmayacaktır. ("Persönlichkeitswahlen Durchgesetz" RM/Nr. 13, S. 5)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı... sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.